

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis (postnumerando)
 Vierteljährlich 2,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisklasse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgespaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Berichtigungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (letzt-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Interate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 19. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das Ende des Kampfes in Crimmitschau.

Aus Crimmitschau wird in später Abendstunde telegraphiert:
Die Lohnkommission und die Fabrik-Vertrauensmänner be-
schlossen, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen.

Die Leiter der Bewegung in Crimmitschau haben durch eignen
Entschluß den Kampf abgebrochen.

Die gegenwärtige Lage der kämpfenden Arbeiter von Crimmitschau
war nichts weniger als schwierig oder gar verzweifelt. Vor allem
sind sie auf längere Zeit hinaus durch die Hilfe der gesamten
deutschen Arbeiterschaft mit Geldmitteln reichlich versehen und nach
Erschöpfung der jeglichen Mittel hätte der Opfermut der Arbeiterschaft
neue Unterstützung gebracht.

Wenn dennoch der Kampf jetzt abgebrochen wird, so ist sicher,
daß entscheidende Gründe die zunächst an Ort und Stelle Ver-
antwortlichen dazu bestimmt haben. Die Arbeiter in Crimmitschau
wußten, daß die materielle Hilfe ihnen auch weiterhin nicht fehlen
würde, aber sie scheinen zu der Ansicht gelangt zu sein, daß der
Kampf nicht in ungewisse Zukunft fortgeführt werden dürfe, weil das
Unternehmertum ganz Deutschlands den Kampf zu einer Machtprobe
zwischen Kapitalistenklasse und Sozialdemokratie fälschte und durch
Sinhabe gewaltiger Geldmittel die Fabrikanten von Crimmitschau auf
unbestimmte Zeit in die Möglichkeit des Widerstandes setzt. Dazu kam,
daß die Auflösung des Versammlungsrechts durch die sächsischen Be-
hörden schließlich die Gefahr herbeiführen mußte, daß die Massen der
Kämpfenden des nötigen Zusammenhalts verlustig gingen, daß die zu
Streikbrecherdiensten herbeigezogenen fremden Arbeiter nicht unter-
richtet und für den Kampf gewonnen werden konnten.

Die Lohnkommission und Fabrik-Vertrauensmänner haben
geklärt, es sei besser, den Kampf abzubrechen, als ihn ins un-
gewisse fortzuführen und der deutschen Arbeiterschaft weiterhin außer-
ordentliche Opfer aufzuerlegen.

Als ein heldenhafter Abchnitt in der Geschichte der deutschen
Arbeiterbewegung wird dieser Kampf in Crimmitschau dauernd deut-
lich bleiben. Er zeigt die Größe der Arbeiterklasse: den tapferen
Mut der armen Arbeiterschaft der Textilindustrie, die um ein wenig
kulturellere Arbeitsbedingungen ringt, den gewaltigen Opfermut der
Arbeitermassen im ganzen Reiche, die von ihrer Mächtigkeits den
Kämpfenden reichliche Spenden geben. Er zeigt alle Bewusstseins-
verhärtung und Geisteshaltung des Unternehmertums, das den Arbeitern
brutal die elementarsten Verbesserungen ihres Lebens verweigert.
Er zeigt, wie die Behörden des Staates durch schroffe Handhabung
reaktionärer Gesetzesbestimmungen das Vereinigungsrecht der Ar-
beiter zu nichte machen und die Voraussetzung jeder friedlichen
Arbeiterkoalition aufheben!

Die ganze Epoche der kapitalistischen Brutalität spiegelt sich in diesem
Bilde des heroischen Kampfes in Crimmitschau. Wie unsäglich er-
scheint eine Ordnung des Staates und der Gesellschaft, wenn in ihr
die Arbeiterschaft trotz der größten Aufopferungen durch die Herrsch-
gewalt der Unternehmerklasse und durch das Eingreifen der Be-
hörden verhindert wird, selbst nur geringe Kulturforderungen zu ver-
wirklichen!

Der letzte Arbeiter erkennt, daß in diesem Klassenstaat und
in diese verblendete Kapitalistenklasse keinerlei schwaches Hoffen ge-
setzt werden kann. Der sozialdemokratische Kampf in der Geistes-
gebung und zur Verrückung des Unternehmertums ist die einzige
Zukunft aller Arbeiter, aller derer, die unterdrückt sind und das
Licht suchen. --

Unser neuer Kolonialkrieg.

Die deutsche Regierung verlangte heute vom Reichstage
1 1/2 Millionen Mark für den Krieg mit den Hereros. Der Feldzug
gegen die Vondelzwarts im Süden unserer südwestafrikanischen
„Kolonie“, der ja auch noch keineswegs siegreich beendet ist, dürfte
auch bereits ein beträchtliches Sühngeld verschlungen haben. Und
da die 1 1/2 Millionen, die heute vom Reichstage gefordert wurden,
ja auch nur als erste Rate zu betrachten sind, kostet uns unser
neuestes koloniales Kriegsabenteuer ein recht nettes Sühngeld.
Sinnlos kommt, daß diese einmalige Ausgabe auch noch eine recht
erhebliche dauernde Ausgabe nach sich ziehen wird. Schon seit
geraumer verlangt man ja eine Verstärkung der südwestafrikanischen
Schutztruppe. Der Krieg mit den Vondelzwarts und den Hereros
wird nun als Argument für die dauernde Verstärkung unserer
südwestafrikanischen Schutztruppe dienen, und die Mehrforderung
wird vom Reichstage schwerlich abgelehnt werden. So werden sich
die Gesamtkosten für diese neueste koloniale Katastrophe auf eine
ganze Reihe von Millionen belaufen. Eine Kriegsgeschädigung aber
ist bei den „Rebellen“ nicht zu holen, denn diese armen Teufel be-
sorgen ja nichts. Man wird zur Sühne ihre armseligen Dörfer ver-
brennen und ihnen wieder einmal einige gehörige Fehden Land
abnehmen. Ihr bißchen Vieh wird man den Ueberlebenden dagegen
lassen müssen, wenn man sie nicht in einen neuen Hungeraufstand
treiben will.

Deutsch-Südwestafrika gilt als unsere beste afrikanische Kolonie,
was allerdings nichts für ihre Güte, sondern lediglich von der
traurigen Qualität unserer andern afrikanischen Sonnenplätze zeugt.
Das Land befindet sich nun seit zwanzig Jahren in unserem
Besitz, es hat ungezählte Millionen verschlungen, es ist mit
dem kostspieligsten Verwaltungsapparat ausgestattet
worden, allein es ist noch immer die gleiche dünn besiedelte Streu-
sandbüchse, die es auch Anno 1884 war, als Deutschland in der
Lüderitz-Bucht stolz seine Flagge hiebt. Um die wirtschaftliche Wert-

losigkeit dieses „teueren“ kolonialen Kleinods richtig beurteilen zu
können, möge man eine Reihe statistischer Zahlen würdigen, die
wir der neuesten amtlichen Denkschrift entnehmen. Die
gesamte Einfuhr nach Deutsch-Südwestafrika repräsentierte im
Jahre 1902 einen Wert von 8 567 550 M. Die Ausfuhr be-
trug 10 780 523 M. betrug. Eine geradezu lächerliche Summe also!
Ausgeführt wurde außer Tieren und tierischen Erzeugnissen im
Werte von 1 023 037 M. fast nur noch — Guano für 553 890 M.
Die Bedeutung Deutsch-Südwestafrikas in kommerzieller Be-
ziehung ist also gleich Null. Und so oft man auch Gerüchte von
Gold- und Kupferfunden ausgesprengt hat — bis jetzt hat
sich noch keine Gesellschaft gefunden, die diese angeblichen Mineral-
schätze auszubeuten Lust verspürt hätte.

Ebenso wenig Zukunft hat die Kolonie als Siedlungsgebiet für
Ackerbauer. Das ganze Land ist vegetationsarm, un-
fruchtbar, da ihm fast vollständig das Wasser fehlt. Die
Niederschläge sind minimal. Kein einziger Fluß des Binnenlandes
weist ständigen Wasserstand auf. Nur zur Regenzeit verwandeln sich
zeitweise, aber nicht einmal periodisch, die ausgetrockneten Rinnsale
in reißende, verheerende Ströme. Auch in der Denkschrift klagten
wieder „fast alle Missionare“ über die „anhaltende Dürre“, die
die Missionsstationen entvölkert.

Nun ist allerdings eine Anzahl von Farmen entstanden, die
Sichzucht betreiben, allein ihre Zahl ist so gering und ihre
Erfolge sind derartige, daß die Regierung bekanntlich unlängst dem
Reichstag eine Vorlage unterbreitete, wonach das Reich jedem neuen
Ansiedler 10 000 M. Zuschuß bewilligen sollte.

Die wenig Anziehungskraft die Kolonie auf Ansiedler ausübt,
beweist der langsame und unerhebliche Zuwachs der
weißen Bevölkerung. An erwachsenen männlichen
Weißen wurden gezählt

1890	1090
1902	2549
Zunahme	1459

Der Zuwachs erscheint aber noch minimaler, wenn man berück-
sichtigt, daß die Zahl der Regierungsbeamten und An-
gehörigen der Schutztruppe 1890 586 betrug gegen 939
im Jahre 1902. Von den übrigen 1500 waren 54 Missionare,
277 Kaufleute und Händler, 813 Ansiedler und Farmer und
668 Handwerker und Arbeiter.

Diese Zahlen drücken den wirtschaftlichen Wert Deutsch-Südwest-
Afrikas wohl genügend aus. Und für diese Kolonie, in der außer
der Schutztruppe nur ganze 1200 Deutsche ihren Unterhalt finden,
haben wir im Laufe der Jahre viele Duzende von Millionen aus-
gegeben, haben die deutschen Steuerzahler allein im Jahre 1904
nach dem Etat 5 416 200 M. Reichs-Zuschuß zu zahlen — ganz ab-
gesehen von den diversen Millionen, die uns das neueste
Kriegsabenteuer kostet!

Ueber die Ursachen der Erhebung der Hereros hat uns Graf
Bilow in der heutigen Reichstags-Sitzung keinerlei Mitteilung
gemacht. Seiner Darstellung nach kam der Aufstand wie ein Blitz
aus heiterem Himmel. Selbst die genauesten Kenner des Landes
hätten keine Ahnung von vorhandener Unzufriedenheit gehabt. Das
erschien ganz unglücklich, wenn man nicht aus Erfahrung wüßte,
mit welcher Verständnislosigkeit, welche souveränen
Verachtung die Weißen in den Kolonien dem Empfinden der
Eingeborenen gegenüber zu stehen pflegen. So war's ja auch in
China vor dem „Boxer“-Aufstand. Man betrachtet den Farbigen als
eine Art zweibeiniges Tieres, um das man sich nicht kümmert,
außer wenn man etwas von ihm haben will. Und da er
das brutale Herrertum der Weißen gewöhnlich stoisch erträgt, hält
man ihn für viel zu stumpfsinnig, als daß er sich auch einmal seiner
Menschenwürde bewußt werden könnte. Immerhin ist es höchst er-
staunlich, daß der Telegraph nicht einmal die kleinste Andeutung über
die mutmaßliche Ursache der Erhebung mitzuteilen wußte. Im
Reichstag wurde seiner Zeit sogar von „staatsverhaltender“ Seite
bittere Klage über die kostspielige und überflüssige Tele-
graphiererei mit dem Grafen Waldersee geführt — aber über
wichtige Angelegenheiten schweigen sich die offiziellen Tele-
gramme ja gewohnheitsmäßig aus!

Aus der Ferne lassen sich die Verhältnisse natürlich nur schlecht
beurteilen. Eine sensationelle Konjektur hat ja bekanntlich Dr. Förster
in der „Deutschen Tages-Zeitung“ aufgestellt. Danach hätten
die Hereros aus Furcht vor einer Annexion ihres
Landes zu den Waffen gegriffen. Der Reichszankler hat es nicht
für nötig gehalten, diesen ungeheuerlichen Verdacht auch nur mit
einer Silbe zu streifen. Oder sollte schlechte Behandlung
oder Hunger den Aufstand veranlaßt haben? Sollten die Ein-
geborenen die Prügelstrafe als ehelos empfunden haben? Ge-
drängt wird nämlich auch in dieser Kolonie sehr ausgiebig.
Die Denkschrift verzeichnet für das Jahr 1902, nicht weniger als
473 derartige Exekutionen. Und namentlich im Herero-Gebiet
wurde besonders oft geprügelt, nämlich in Swalopmund
128 mal, in Karibib 87 mal, in Windhui 99 mal. Es wäre
also nicht ausgeschlossen, daß der Aufstand eine Art Revolte gegen
die Mißhandlung darstellte!

Singulär vielleicht noch der Hunger. Wie arm die Ein-
geborenen der Kolonie sind, erhellt schon aus der Viehstatistik
der Denkschrift. Der Viehbestand der gesamten Ein-
geborenen-Bevölkerung wird nämlich für 1902 auf
45 895 Stück Rindvieh, 1675 Pferde und 136 657 Stück Kleinvieh
geschätzt. Für eine ausschließlich von der Viehzucht lebende Be-
völkerung von 200 000 Köpfen ist das außerordentlich wenig.
Namentlich wenn die Denkschrift den Viehstand der noch nicht den
50. Teil so starken weißen Bevölkerung auf 44 457 Stück Rindvieh,
3590 Pferde und 210 893 Stück Kleinvieh beziffert! Eine geradezu

ideale Besitzverteilung also! Und wenn man sich vergegenwärtigt,
daß dies Vieh der Weißen dem Vieh der Eingeborenen das längliche
Futter wegfrisst, so braucht man gar nicht erst lange über die Ursache
des Aufstandes nachzugröbeln!

Die Eingeborenen an sich sind eher friedliebend, als kriegerisch.
Außer dem Krieg gegen die Witbois war nur dreimal in den
zwanzig Jahren Krieg zu führen; einmal gegen die Vondelzwarts,
einmal gegen die Zwartbois und einmal gegen die Hereros.
Es scheint also, als ob die Gärung langsam um sich gefressen habe,
um sich endlich mit voller Wucht zu entladen. Denn diese Er-
hebung übertrifft alle übrigen weitaus an Heftigkeit und Zahl der
Beteiligten. Erklärte doch Graf Bilow, daß dieser Aufstand
bereits jetzt die kolonialisatorische Tätigkeit eines ganzen Jahrzehnts
vernichtet habe. Das trifft zu, ist das Aufstandsgebiet doch das
bestbebaute, weist doch der Bezirk Windhui allein 78 Farmen auf,
die weitaus größte Zahl von sämtlichen Bezirken.

Und jetzt soll, nachdem blutige Vergeltung an den armen Teufeln
von hungernden Schwarzen geübt, die famose Kolonisationsarbeit von
neuem aufgenommen werden — auf Kosten der deutschen
Steuerzahler, der deutschen arbeitenden Klasse,
die fünfzig statt 5/10, wahrscheinlich 7 Millionen jährlichen Zuschuß
leisten soll. Man komme uns nur ja nicht mit der „civilisi-
satorischen“ Tätigkeit. Sie die aussieht, schildert ein in der
Denkschrift zitierter Missionsbericht aus dem Herero-Land
folgendermaßen:

„Besondere Nuzucht und Trunkucht herrschen in hohem
Grade. Leider sind oft Weiße nicht allein schlechte Vorbilder in dieser
Beziehung, sondern auch direkte Verführer. Peinliche Krankheiten
haben in besorgniserregender Weise um sich gegriffen.“

„Sehr bedauerlich ist es, daß es hier in weiten Kreisen üblich ist,
eingeborenen Arbeitern den Genuß von Branntwein regelrecht anzu-
gewöhnen.“

Schnaps und Syphilis, das sind auch hier die Kulturgüter, die
man den Eingeborenen neben der Mißferdpeitsche gebracht hat!
Die Beglückten zahlten dafür mit ihrem Land und ihrem Vieh!

Zur direkten oder indirekten Förderung solcher Kolonialpolitik
betwiltigt die Sozialdemokratie nie und nimmer einen Mann oder
einen Groschen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Januar.

Die Haftentlassung der „Hochverräter“.

Am Tage vor der Beratung der sozialdemokratischen Inter-
pellation über die Ruffendienste der preussischen Justiz wird aus
Königsberg die endliche Befreiung unse Parteigenossen Braun
und Nowagroski aus der Untersuchungshaft gemeldet.

Völlig abgesehen von der Unhaltbarkeit des gesamten Anklage-
verfahrens, das in Königsberg und Memel wegen angeblicher Ge-
heimbündelei, sowie wegen angeblichen Hochverrats gegen das
russische Reich und wegen Verleumdung des Zaren unternommen
worden ist, stellte sich die Inhaftnahme der Angekludigten
als ein Akt besonderer und überflüssiger Härte dar.
Selbst vom Standpunkt des Staatsanwalts hätte die Haft-
entlassung alsbald nach der ersten Vernehmung der Angekludigten
erfolgen sollen und nicht erst jetzt, nach fast 10 Wochen dauernder
Einkerkelung. Denn die Verhaftung war nicht mit Flucht-
verdacht, sondern mit Kollisionsgefahr (Verdunkelungsgefahr) be-
gründet worden. Es war und ist uns aber unverständlich, wie diese
Gefahr bestanden haben soll, da von vornherein durch Briefpost
bei allen Beteiligten und deren Angehörigen sämtliche Justizschriften
abgegeben, durch Hausdurchsuchungen alles denkbar mögliche Material
festgelegt war und somit vom ersten Tage ab das, was die Staats-
anwaltschaft als geeignet zur Belastung der Angekludigten ansieht,
sich bei den Akten befand.

Die Staatsanwaltschaft hat dennoch allen Bemühungen der
Angekludigten und ihrer Verteidiger zum Trotz die Haftentlassung
hartnäckig verweigert und die Strafkammer hatte sich bisher auf
denselben Standpunkt gestellt. Erst auf die letzte Beschwerde des
Verteidigers vom 13. d. Mis., also demselben Tage, an dem unse
Interpellation im Reichstag eingebracht wurde, sind die Angeklud-
igten aus der Haft entlassen worden. Ueber das Geschick der
andern Angekludigten, die in Memel und Litka verhaftet wurden
und die nur wegen Geheimbündelei verfolgt werden, ist uns bis zu
diesem Augenblick noch nichts bekannt geworden.

Die Haftentlassung der „Hochverräter“ bedeutet unter diesen
Umständen das erste Eingeständnis einer unmöglichen Justiz-
aktion! —

Die Interpellation über die Handelsverträge im Reichstage.

Sie hatten ihre Namen zahlreich aufgebieten, sie, die Herren
auf den Adelsböden der preussischen Ostprovinzen, da sie allem
Anscheine nach ein lustiges Turnier erwarteten, hatte doch noch vor
kurzem Graf Kanig in einer Rede in der Pr.-Holland angelündigt, er
werde es bei der Vertretung der konservativen Interpellation über
die Handelsverträge im Reichstage an Deulligkeit nicht fehlen
lassen. Aber von dieser Erwartung hat sich wenig erfüllt.
Schon gleich zu Beginn der Debatte wurde das Interesse
an der Interpellation durch die Erklärungen des Reichs-
zanklers über den Zustand der Hereros in Südwestafrika
und die von der Regierung dagegen ergriffenen Maßnahmen ab-
gelenkt, und was noch übrig blieb, vernichtet alsbald der Sprecher
der Konservativen, Graf Kanig, durch seinen professoralen Vortrag.
Graf Kanig ist der Denker und Theoretiker der Agri-
konservativen, einer der wenigen unter den ostelbischen, mit Ritter-
gütern erblich belasteten Jauern, dessen Letztäre sich nicht allein auf
die „Arens-Zeitung“, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und die

„Laufende Tageszeitung“ beschränkt, sondern der die volkswirtschaftliche Litteratur, besonders soweit sie die Agrarfrage betrifft, verfolgt; aber der „Beise von Koblenz“ ist kein interessanter Redner. Er hat etwas vom deutschen Professor und trägt seine reich mit statistischen Ziffern und Citaten gespickten Reden mit einer gewissen selbstgefälligen Geschwätzigkeit vor. Zu Anfang seines Vortrags suchte er zwar sein in Br. Holland gegebenes Versprechen zu erfüllen und „völlig deutlich“ zu reden; er nannte das Saratoga-Abkommen der deutschen Regierung mit der nordamerikanischen Union einen „lächerlichen Vertrag“; ein Ausdruck, der ihm eine Rüge des Präsidenten zuzog; doch alsbald vertiefte er in seinen altgewohnten Docententönen. In behaglicher Breite sprach er über den Augen der Getreidezölle, über die verschiedenen Tariffsysteme und ihre größere und geringere Schädlichkeit, die Abwanderung der ländlichen Arbeiter und noch allerlei sonst. Erst zum Schluß seiner Auseinandersetzung, als er an die Regierung die Frage richtete, ob die Meldungen der englischen Presse über das Zurückweichen der deutschen Regierung in der Zollstreitfrage mit Kanada richtig seien, gewann seine Rede wieder eine gewisse Schärfe.

Graf Posadowsky antwortete auf diese unbecommene Frage nicht. Er erklärte es einfach für äußerst gefährlich, in dem jetzigen Stadium der Vertragsverhandlungen, das er als „weihlagend“ bezeichnete, irgend welche Mitteilungen über die augenblickliche Situation zu machen, suchte jedoch die konservativen Interpellanten dadurch etwas zu beruhigen, daß er die schwierige Lage der Landwirtschaft ohne jeden Vorbehalt anerkannte und erklärte, daß die Regierung bisher „gewisse elementare Forderungen“ bei den Vertragsverhandlungen festgehalten habe und „nur unter Erfüllung dieser Forderungen“ neue Verträge abschließen werde. Eine Erklärung, die, wie die Zustimmung von den Banken der Agrarier zeigte, von letzteren auf die Mindestzölle bezogen wurde.

Als halb akademische Auseinandersetzung, als welche die Debatte begonnen hatte, setzte sie sich dann auch weiter fort, indem die nachfolgenden Redner die kantigsten Ausführungen über Getreidezölle, die Möglichkeit der Tarif- und Weisbegünstigungsverträge, die Lage des ländlichen Grundbesitzes teils zu widerlegen, teils durch unbekanntere Gründe zu stützen suchten. Von der Kündigung der Handelsverträge war meist nur nebenbei die Rede.

Ermüdet man sich, mit welcher profilkästerischen Eile in der denkwürdigen Nacht vom 13. zum 14. Dezember 1902 die damalige Reichstagsmehrheit den Antrag Kardoff auf Erhebung der Zölle „nach Maßgabe der endgültigen Beschlüsse der XVI. Kommission“ gewaltsam durchzusetzen, unterläßt von der Regierung, dessen oberster Vertreter zu Anfang der Sitzung die Tarifreform bombastisch „als großes Werk zum Segen des Vaterlandes“ pries, dann stachelt das Fragepiel, das heute von der Rechten im Reichstage in den Vordergrund trat, zu lauter Schadenfreude auf. Das „große, segensreiche Werk“ des Grafen Willos hat sich als völlig ungeeignete Grundlage für die Vertragsverhandlungen erwiesen; die Verhandlungen mit Rußland stehen noch beim ersten Paragraphen des neuen Zollgesetzes, und immer deutlicher ergibt sich für die Regierung die bittere Notwendigkeit, sich vor den Anforderungen Rußlands in ähnlicher Weise rückwärts zu konzentrieren, wie vor den Ansprüchen Englands und Kanadas, d. h. die Getreide-Minimalzölle fallen zu lassen; während andererseits die konservativen Eliten immermehr einzusehen beginnen, daß sie in jener Debatte ihre unter Aufsicht des Laurahütten-Gründers unternommene Attacke immonst geritten hat und schließlich doch um den größten Teil des Erfolges geprellt werden wird. Eine hochtommische Situation.

Die Herrenhäuser

haben ihr neues Geschäftsgebäude bereits wieder verlassen, nachdem sie zwei volle Sitzungen abgehalten haben. Am Montag überwies sie den Gesetzentwurf betr. die Befugnis der Polizeibehörden zum Erlaß von Vorschriften über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden an eine Kommission und besprachen zwei Interpellationen, von denen sich die eine auf die Automobilschäden, die andre auf angeblich socialpolitisch schädliche Geschäfte der Landbank in Ober-Sachsen bezieht. Es wird der Landbank zum Vorwurf gemacht, daß sie größere, lebensfähige Nittergüter behufs Verschlagung aufkaufte und selbst solche Rentengüter bildet, die von vornherein bankrott sind. Die Regierung und einige Redner des Hauses stellten dies in Abrede. Die Debatte, in der wieder über die Not der Landwirtschaft geklagt und oft Gesagtes wiederholt wurde, bot wenig Interesse.

Um das „Ansehen des arbeitslustigen Hauses zu erhöhen“, sprach der neue Präsident Hürtgen zu Jun- und Anshausen am Schluß der Sitzung den Wunsch aus, die Regierung möge den „Herren“ mehr Vorlagen zugehen lassen. Voraussichtlich werden nun in jedem Ressort eine Anzahl von Geheimräten mit der Ausarbeitung von Specialvorlagen für das Herrenhaus beschäftigt werden, damit die „geborenen“ Gesetzgeber nicht aus der Übung kommen.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich Anfang Februar statt.

Ostasien.

Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Petersburg: Es verlautet, der japanische Gesandte werde am Montag in Jaroslawe Selo in außerordentlicher Audienz empfangen werden. Das Blatt bemerkt dazu, bestätige sich die Nachricht, so sei zweifellos hierin ein Akt von eminenter Bedeutung im Interesse einer friedlichen Lösung des Konfliktes zu erblicken und zugleich das beste Dementi aller Kriegsnachrichten.

Wie der „Standard“ aus Tientsin meldet, werden die russischen Truppen in Peking und Tientsin in Sonderzügen nach Fort Arthur abgehen; eine kaum nennenswerte Woche werde zum Schutze in Peking zurückgelassen werden, während Tientsin vollständig geräumt werde. Es heißt, die russische Regierung habe verlangt, daß 15 000 Mann sinesischer Truppen nach der Mandchurie zum Schutze der sinesischen Untertanen geschickt werden.

„Daily Graphic“ glaubt zu wissen, die gegenwärtige Phase in den russisch-japanischen Verhandlungen sei, obwohl unabweislich ernst, doch nicht kritisch; der Ausbruch des Krieges sei nicht unmittelbar zu befürchten.

Tokio, 17. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die japanische Regierung rechnet nicht darauf, die Antwort Rußlands vor einer Woche zu erhalten. Indessen ist sie vollständig für den Krieg gerüstet, den sie mit Ruhe erwartet. Das ganze Land ist patriotisch geehrt. Das Volk, obwohl geneigt, einen ehrenvollen Frieden anzunehmen, ist entschlossen, eher zu kämpfen als seine im absoluten Vertrauen auf Arme und Marine eingenommene Haltung aufzugeben.

Deutsches Reich.

Das Hazardspiel des Rechts. Eine Verschärfung der Verleumdungsgesetze wird neuerdings im Reichstage von nationalliberaler Seite angeregt. Eine vorgefertigte Rechtsauffassung wird schon deshalb für eine völlige Vereinfachung des Verleumdungsgesetzparagraphen eintreten — nur die Verleumdung mag strafbar bleiben —, weil der Begriff der Verleumdung so unbestimmt ist, daß

die Paragraphen längst zu gefälschten Instrumenten von Klassen-sympathie- und Klassenantipathie geworden sind, in denen der erste Grundgedanke des Rechts, die Rechtsfreiheit, bis zur völligen Aufhebung leidet.

Stehen oppositionelle Proffänder auf der Anklagebank?, so empfinden die Richter, gewiß nicht in böser Absicht, aber aus den Instanzen ihrer geschäftlichen Konvention heraus, jeden Angriff als beleidigend. Umgekehrt wird den Verleumdern der gleichen Klasse gegenüber eine Toleranz gezeigt, die auch für das härteste Wort eine milde Entschuldigung findet. Unser Redakteur wurde, wie erinnerlich, neulich zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er als „sehr gemäßigter“ bezeichnete hatte, daß ein Antisemit über einen getöteten Arbeiter herabsetzende Äußerungen in der Presse verbreitet hatte, die sich obendrein als völlig halblöse Beschuldigungen ergaben.

In Oldenburg hatte sich am Sonnabend der berühmte getundene Justizminister Ruhlstrat wegen Verleumdung zu verantworten. Der Mann hatte eine wehrlose Frau, die Gattin des Redakteurs Biermann, die vertrauensvoll zu ihm kam, um für ihren Mann ein gutes Wort einzulegen, in einer Weise behandelt, die man kaum für möglich halten sollte. Der Herr nannte die Frau, für den die Frau doch hat, ihr ins Gesicht einen Knäuel.

Dafür erhielt der — wir wagen es — gemüthliche Mann 20 M. Geldstrafe. Die Begründung mag man im Prozeßbericht nachlesen.

Der Justizminister von Oldenburg wird die 20 M. gern bezahlen, die Frau des Redakteurs, die nicht wieder zu einem Minister gehen wird, wird darüber nachdenken, wie wenig es kostet, wenn Beamte einfache Staatsbürger „in den Schmutz ziehen“ — wie der staatsanwaltliche Ausdruck sonst lautet — und der Redakteur Biermann, der übrigens vor Gericht recht mannhafte austrat, wird im Gefängnis wie ein gemeiner Verbrecher behandelt. Herr Ruhlstrat ist als Justizminister auch Chef des Strafvolksgesetz.

Gegen die Wahl der Herren Hammer und Felsch als Landtags-Abgeordnete ist von socialdemokratischer Seite Protest eingelegt. In der Begründung heißt es: „Nach dem Gesetze betreffend die Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten vom 27. Juni 1890 hat die Abgeordnetenwahl für den genannten Kreis in Köpenick stattgefunden. Nach § 3 dieses Gesetzes steht dem Minister des Innern eine Verlegung des gesetzlichen Wahlortes nur dann zu, wenn die Abhaltung der Wahl an dem im Gesetz genannten Orte durch ansteckende Krankheiten, Unterbrechung der Verbindung mit dem Wahlort oder durch andere unabweisbare Zufälle unauflöslich wird. Obgleich keiner der hier aufgeführten Gründe zutrifft, hat dennoch der Herr Minister des Innern den Wahlort von Köpenick nach Niddorf verlegt. Die Unterzeichneten erblicken hierin einen Verstoß gegen das Gesetz, der zweifellos die Ungültigkeitserklärung der gesamten Wahlhandlung zur Folge haben muß. Die Unterzeichneten stützen sich hierbei auf die Äußerung des Kommissars des Herrn Ministers in der Petitionskommission, daß das Gesetz vom 27. Juni 1890 eine Verordnung in diesem Falle nicht zulasse; denn nur dann, wenn die Abhaltung der Wahl an dem im Verzeichnis bestimmten Orte durch ansteckende Krankheiten, Unterbrechung der Verbindung mit dem Wahlort oder durch andere unabweisbare Zufälle unauflöslich werde, sei dies möglich. Diese Umstände lämen aber hier nicht in Betracht; denn man könnte auch nicht von einem unabweisbaren Zufall sprechen, da die besagten Verhältnisse sich ja allmählich entwickelt hätten“. Aus dem angeführten Grunde wird die Erwartung ausgesprochen, daß das Abgeordnetenhaus die Wahl der Herren Felsch und Hammer lasse und dafür sorgt, daß die Wahlmänner dem Gesetz entsprechend zur Vornahme einer Neuwahl nach Köpenick eingeladen werden.

Dr. Leopold Wilhelm, der Präsident des Statistischen Amtes, ist nach längerer Krankheit verstorben.

Wilhelm hat in jungen Jahren eine hohe Staffel in der Beamtenlaufbahn erklommen. Er kam, nachdem er kurze Zeit Amtsrichter im Elsaß gewesen, kaum 31 Jahre alt, in das Reichsamt des Innern. Seinen Neigungen entsprach der Februarhurd des Jahres 1890. Er gedachte es mit der angelängtesten Socialreform ernst zu nehmen. Bei Schaffung des Gewerbebegleitungs-Gesetzes und bei Beratung der Robelle zur Gewerbe-Ordnung war er mit großem Eifer beteiligt. Ihm war es später überlassen, die verschiedenen Ausführungsbestimmungen vorzubereiten. Bald aber gewannen die Schachmacher den Sieg über die Februarveruche, und auch Wilhelm hatte unter dem Druck ihres Einflusses schwere Reibungen zu überleben. Die Widerwärtigkeiten dieser Situation haben schon damals seine Nerven zerrüttet.

Vor zwei Jahren wurde Dr. Wilhelm zum Präsidenten des Statistischen Amtes ernannt. In dieser Stellung setzte er seine ganze Kraft ein, die Arbeiterstatistik weiter auszubauen. Die Kommission für Arbeiterstatistik wurde als Beirat für Arbeiterstatistik dem Statistischen Amt angegliedert. Das „Reichs-Arbeitsamt“ wurde geschaffen. So hoffte er wohl das Material herbeizuschaffen, was bisher gefehlt hatte. Wohl hatte man alle möglichen Statistiken im Reiche, aber an einer Arbeiterstatistik fehlte es. Das machte dem Gesetzgeber, der Arbeiterstatistik-Gesetze entwerfen und Ausführungsbestimmungen dazu ausarbeiten soll, das Leben besonders schwer. Das hatte er in seiner früheren Stellung bitter empfunden. Diesem Mangel wollte er abhelfen. Aber bevor er seine Absichten verwirklicht sah, brach er völlig zusammen und wurde nun durch den Tod von früheren Leiden erlöst.

So jämmerlich Wilhelm auch in der Beamtenlaufbahn emporgestiegen ist, kann man ihn doch als Opfer eines tragischen Geschicks bezeichnen. Er wollte natürlich nicht „unflätlerisch“ wirken, sondern nur das schaffen, was im Interesse des Gemeinwohles dringend geboten ist, und was auch ohne Gefährdung des Unternehmerprofites bewirkt werden kann. Und doch mußte er ununterbrochen kämpfen, weil die Schachmacher auch jede Scheinmoral an die Arbeiter als Beginn des Umsturzes bezeichnen. So ist dem in seinem Wesen so bescheidenen Manne das Leben verbittert worden. Wäre er eine Kampfnatur gewesen, dann hätte er wohl längst seine Kemter niedergelegt. Aber er hoffte immer, daß eine Zeit kommen werde, in der er Gutes schaffen könne.

Inselbesondere die Arbeiter, die Gelegenheit hatten, mit ihm persönlich zusammen zu kommen, werden seiner mit Hochachtung gedenken.

Das Elend der ländlichen Armenfürsorge. Aus Mannheim wird uns vom 15. Januar geschrieben: Vor dem Schöffengericht erschien heute der politische Redakteur der hiesigen „Volkstimme“, Lohr Ged, als Beklagter in der Verleumdungssache des Bürgermeisters und der Gemeinderäte der Gemeinde Weisbach im Odenwald. Den Gegenstand der Privatklage bildet ein Ende März v. J. erschienener Artikel der „Volkstimme“, der an der Hand des Briefes einer Weisbacher Armenhauselerin die geradezu grauenerregenden Zustände in dortigen Gemeinde-Armenhaus schilderte. Die heutige Verhandlung bestätigte die thatsächlichen Angaben des von Ged verfaßten und verantwortlich gezeichneten Artikels in vollem Umfange, ja es gelang dem Beklagten, mittels der aufgegebenen Zeugen ein solch haarsträubendes Bild von den in Frage stehenden Verhältnissen zu entwerfen, daß schon nach kurzer Verhandlungsdauer der Gerichtsvorsitzende an den klagenden Vertreter — allerdings vergeblich — die Mahnung richtete, den Straf-antrag zurückzunehmen.

Eine als Jungin geladene Weisbacher Drissarme, die Verfasserin des oben erwähnten, an einen Verwandten in Ludwigsbafen gerichteten und von Ged in der „Volkstimme“ verwendeten Briefes, insbesondere aber der protestantische Ortspfarrer Hoffmann erwarteten in ihren eidlischen Aussagen ein Bild von den in Frage stehenden Zuständen, das die zahlreiche Jüuberversammlung im Gerichtssaal des öfteren zu Ausbrüchen der Entrüstung veranlaßte. Das Armenhaus, das der Pfarrer lieber einen Stall nehmen möchte, steht ohne Unterbrechung direkt auf dem Boden. Die untere Stufe hat nur einige Dielen, sonst ist der blanke Erdboden zu sehen, und die Mauwürfe stoßen lustig unter der Bettstelle der Insassin,

einer 83-jährigen hilflose Greisin. Diese lag, als der Pfarrer ins Armenhaus kam, in denkbar verwahrlostem Zustand im Bett. Auf dem Boden stand ein Schnaps, um den in Scharen die Ratten liefen, einige waren auch wohl hineingefallen. Den schauerhaftesten Anblick bot jedoch die Frau selbst. Sie hatte sich eine Kute verfertigt, mit der sie nach den Mäusen und Ratten schlug, die ihr ungeniert über's Bett liefen und an den Armen zögerte sie jaumernd die schwärenden Wunden, die von den Bissen der hungrigen Rager herrührten. „Was die „Volkstimme“ schrieb, — so meinte der Herr Pfarrer — brucht alles auf Wahrheit, die Zustände sind noch weit schlimmer, als sie dort geschildert wurden.“ Der Verleumdungsbildung kann man es unter solchen Umständen gewiß nachfühlen, wenn sie sich dagegen wehrte, nach dem Tode jener Armen in dasselbe Loch geperrt zu werden. „Schlagt mich lieber tot!“ — riefte sie den Bürgermeister an — „damit ich weg bin; aber sperrt mich nur nicht ins Armenhaus!“ Ganze 3,50 M. waren es pro Monat, die die Gemeinde für dieses unglückliche Weib auswarf; dafür mußte sie sich — Brennholz gab man ihr — alle Abbrümmungsmittel beschaffen. Die Absender, in denen sie zum Verhandlungstermin erschien, hatte die Frau leihen müssen, um überhaupt der Ladung Folge leisten zu können. Es verdient noch bemerkt zu werden, daß die dem Weisbacher Armenrat vorgesetzte Behörde bei ihren Entschuldigungen stets alles in „bester Ordnung“ vorant.

Das Urteil des Gerichtshofes erachtete den Wahrheitsbeweis als in vollem Umfang erbracht, sprach den Beklagten von der Verleumdungssache frei und kündete die Kosten den Privatklägern an.

Die Wirkung der „Wälou-Neden“ in Ostpreußen.

Auf mannigfache Art werden die Proffüren mit den „berühmten“ Neden „Wälou gegen Webel“ hier in Ostpreußen verbreitet. In Königsberg läßt man sie in den größeren Fabriken durch Lehrlinge und Arbeiter, die das Vertrauen der Meister besitzen, verteilen. Zwei bis drei Mann erhalten aber nur zusammen ein Exemplar, weil der Vorrat nicht groß genug zu sein scheint. In Insterburg und anderen Städten bringen Polizisten das Wälou in die Wohnungen der Bürger. In den Dörfern und auf den Gütern verbreiten die von der Wahl her bekannten konservativen Agitatoren: Pfarrer, Lehrer, Gemeindevorsteher und ähnliche Ordnungshüter diese Schrift. In verschiedenen Ortschaften erleichtert man sich die Arbeit dadurch, daß man die Proffüren in der Schule den Kindern für die Eltern mitgibt. Welche Wirkung äbten denn nun bisher die von dem Stangler des Deutschen Reiches gegen die Socialdemokratie gehaltenen Vernichtungsreden auf die ostpreussische Landbevölkerung aus?

In einer Auflage von 40 000 Exemplaren wird, wie seit einigen Jahren in der Provinz, der socialdemokratische Kalender „Ostpreussischer Landbote“ verbreitet. In diesem Jahre gerade zu gleicher Zeit mit den „Wälou-Neden“. Trotzdem uns nun lange nicht so viele und einflussreiche Agitatoren zur Verfügung stehen wie den Ordnungsparteien, so scheint unser Kalender doch die Konkurrenz der „Kanzler-Neden“ ganz gut anzuhalten. Der von unsren Genossen auf dem Lande verbreitete Kalender enthält auch eine Aufforderung zum Abonnement auf die Landarbeiter-Zeitung „Ostpreussischer Landbote“. In der Zeit vom 1. Januar d. J. bis jetzt sind nun zu dieser Zeitung trotz heftiger Gegenagitation von seiten sämtlicher Gegner fast 300 neue Abonnenten aus der Provinz hinzugekommen. Ob dieser Erfolg trotz der „Wälou-Neden“ oder infolge derselben eingetreten ist, darüber mögen sich die den Kopf zerbrechen, die einen großen agitatorischen Wert auf die Verbreitung der „Vernichtungsreden“ gesetzt haben.

Schöne Worte für die Kriegsveteranen.

Im badischen Landtage hatte die Centrumsfraktion, um einem brennenden agitatorischen Bedürfnis abzuhelfen, den Antrag eingebracht:

Die badische Regierung möge im Bundesrat dahin wirken, daß den Kriegsveteranen im Sinne des Gesetzes vom 22. Mai 1895 die jährliche Beihilfe von 120 Mark (1) schon dann gewährt wird, wenn deren Erwerbsfähigkeit unter ein Drittel der normalen Höhe herabgesunken ist, und daß die Beihilfe von dem Tage an zur Auszahlung gelangt, an welchem die Bezugsberechtigung anerkannt wird.

Zur Begründung dieses Antrages schloßerte der Centrumsredner Gehnter die Not der Kriegsveteranen in den dürftigsten Farben. Der Mann ist zugleich Reichstags-Abgeordneter, er hätte also besser seine Rede im Reichstage angebracht, aber da wäre ja der Zweck bei den ländlichen und der Reichspolitik sehr fernstehenden Centrums-wählern nicht im gleichen Maße erreicht worden. Der Meinung waren gewiß auch die Nationalliberalen, die, obwohl sie den Antrag mit theilen Augen betrachteten, außer dem Land- und Reichstags-Abgeordneten Blankenhorn noch ihren Fraktionschef vorschickten, um schöne Worte für die Kriegsveteranen zum Fenster hinaus zu reden.

Gewiß haben die Kriegsveteranen die Hilfe dringend nötig und es ist eine Schande für das Deutsche Reich, daß diejenigen, die nach patriotischen Kriegervereinsreden mit ihrem Blute das Reich zusammenhalten halfen, nunmehr in diesem Reiche von Armenunterstützung leben müssen und demzufolge des Wohlstands verlustig gehen. Aber wenn man hier eine Schuld abtragen will, so helfen nicht Worte, sondern Thaten. Und daran haben es im Reichstage außer den Socialdemokraten alle Fraktionen fehlen lassen. Als der socialdemokratische Redner dies feststellte, heulten zwar die Nationalliberalen und Centrumsleute auf, aber abstreiten konnten sie die Thatsache nicht. — Nicht uninteressant ist, daß der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Blankenhorn Stimmung für die Wehrsteuer machte, die in Süddeutschland „populär“ sei. Die Nationalliberalen sollen nur mit einer Krüppelsteuer kommen, sie werden ihr blaues Wunder mit der „Popularität“ solcher reaktionären Experimente erleben.

Husland.

Das Wahlresultat in Norwich.

London, 16. Januar. (Eig. Ber.) Der Sieg des Liberalen Louis J. Tillett wurde bereits telegraphisch bekannt gemacht. Er bedeutet den Verlust eines Mandats für die Regierung. Die Bedeutung dieses Sieges ist jedoch mit dieser Thatsache nicht erschöpft. Wie früher mitgeteilt wurde, kandidierte dort Genosse Roberts für die organisierten Arbeiter, die die Mehrheit der Wähler bilden. Roberts hat sich seine Spuren in der Verleumdung verschiedener Lokallämter erworben. Er ist ein tüchtiger Gewerkschaftler, aber weniger Socialist und Schriftsteller. Alle proletarischen Klagen haben seine Kandidatur unterstützt. Dennoch ist die Stimmenzahl, die er auf sich vereinigete, eine desäufend geringe. Tillett erhielt 8376 Stimmen, Wild (kons.) 6756, Roberts 2444. Dieses Stimmenverhältnis ist ein Armutszeugnis für den Geist der organisierten Arbeiter Englands. Keiner von den englischen Socialisten hat auf einen Sieg Roberts' gerechnet, was ja vor einigen Tagen im „Vorwärts“ ausgedrückt wurde. Aber auf eine derartige Niederlage hat auch keiner von uns gerechnet. Die Folgen für eine unabhängige Arbeitervertretung werden geradezu verhängnisvoll sein. Aus den Wahlen der letzten zwölf Monate läßt sich leicht der Schluß ziehen, daß Arbeiterkandidaten nur dann auf Erfolg rechnen dürfen, wenn sie als „Liberal-Labour“, als liberale Arbeiter auftreten, d. h. wenn sie zur Bourgeoisie halten. Diese Erwägung ist es, die der Wahl in Norwich ihre unglückliche Bedeutung giebt. Sie zeigt die ersten Früchte der Geistesverwirrung, die die Zollkontroverse erzeugt hat und die wir gleich bei ihrem Beginn befrüchten haben. In der Siegesfanfare der heutigen „Daily News“ ist dieser Ton

Deutsch hörbar. Das führende liberale Organ sagt: „Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter und die radikale (freisinnige) Partei einander brauchen und wir hoffen, daß diese wichtige Erwägung angefaßt des überwältigenden Sieges, den Mr. Tillet errungen hat, nicht verschwinden wird.“

Gestern erschien die erste Nummer des „Liberal Labour Journal“, einer Monatschrift der Liberalen Arbeiter-Liga, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Frieden zu stiften zwischen den Gewerkschaften und der liberalen Partei. Ihr Präsident ist Holboake, ein alter Abovist und Genossenschaftler. Seiner Ansicht nach ist es die Hauptaufgabe der Arbeiter, die liberale Partei zu führen. Das neue Blatt, das in jeder Beziehung minderwertig ist, bespricht auch die Wahl in North. Es erklärt: „Mr. Roberts ist ein tüchtiger Redner, ein aufrichtiger Mann und wurde von vielen ersten Arbeiterpolitikern aufgestellt. Aber wir können ihn als Arbeiterkandidaten nicht acceptieren, da er sich für den Socialismus erklärt.“ Also, besser ein liberaler Kapitalist als ein sozialistischer Arbeiter. Der Bergarbeiterführer Mr. Burt, der ehemalige Unterstaatssekretär, ist selbstredend einer der Prototypen des Blattes.

Italien.

Militärskandal in Mailand. Rom, den 14. Januar (Fig. Ver.) Seit längerer Zeit waren in Mailand Gerüchte in Umlauf, die den Regimentskommandeur Oberst Terzi schwer belasteten. Jetzt endlich ist der Fall offen zur Sprache gekommen, nachdem am 11. d. M. der genannte Offizier telegraphisch vom Minister aufgefordert wurde, seinen Abschied zu nehmen.

Die militärische Untersuchung ist im Gange. Vor der Hand weiß man nur, daß der Marschall Terzi seine Autorität als Vorgesetzter gemißbraucht hat, um mehrere Soldaten seinen anormalen geschlechtlichen Begierden gefügig zu machen.

Der Oberst Terzi entstammt einem alten adeligen Hause und ist bei den Jesuiten erzogen worden. Er ist ziemlich jung Oberst geworden, weil er sich als Offizier sehr brauchbar erwies. Er war nämlich 1894 in Sizilien, um unter dem General Morra die Bauernunruhen niederzuwerfen; im Jahre 1898 war er unter dem Mailänder Belagerungszustand Besitzer des Kriegsgerichts. Ein Mann Ende der vierziger ist der Marschall Terzi zum zweitenmal verheiratet und Vater von neun Kindern. Wegen seines herrischen Wesens war er von seinen Untergebenen in hohem Maße gefürchtet.

England.

Der englische Arbeitsmarkt. Die „Labour Gazette“ vom 16. Januar enthält den Bericht über den Arbeitsmarkt im Monat Dezember 1903. Der Bericht ist auf 3050 Mitteilungen begründet, davon 2533 von Arbeitgebern und deren Verbänden, 1332 von Gewerkschaften und 86 von andren Quellen. Die Arbeitslosigkeit zeigte eine Zunahme und betrug im Berichtsmonat 6,7 Prozent gegen 6,0 im Vormonat und 5,5 im gleichen Monat des Vorjahres. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Dezember der letzten zehn Jahre belief sich auf 4,8 Prozent. Die Mechaniker hatten eine Arbeitslosigkeit von 7,7 Prozent, die Schiffbauer von 16,7 Prozent, die Holzarbeiter von 8,2 Prozent. Während desselben Monats waren nur 7304 Personen im Streik. Von Lohnänderungen wurden 368 400 Arbeiter betroffen, davon erhielten 1000 eine Lohnaufbesserung, 367 400 eine Lohnherabsetzung; das Reinergebnis dieser Änderungen ist eine wöchentliche Lohnabnahme von 18 500 Pfund Sterling.

Ein Nachspiel zur Breslauer Kaiserrede.

In dem Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen die Genossin Dr. Rosa Luxemburg, über welchen wir kurze Mitteilungen brachten, handelte es sich um eine Zeitung, die Genossin Luxemburg in einer Wählerversammlung im 17. sächsischen Wahlkreis, Mülsen-St. Michael, am 7. Juni gehalten haben soll. Der beauftragte Beamte, ein Herr Affessor Dr. Richter, entzog seiner Zeit der Referentin schon nach etwa 20 Minuten das Wort, löste die Versammlung auf und „beanzeigte bringend“ der Staatsanwaltschaft die von der Rednerin angeblich verübte Majestätsbeleidigung. Nach der Behauptung des jungen und schneidigen Herrn Affessors soll Genossin Luxemburg nämlich nach einer allgemeinen Kritik der politischen und sozialen Zustände in Deutschland, des Militarismus, der Welt- und Kolonialpolitik, namentlich aber der sozialen Gesetzgebung, die Breslauer Kaiserrede erwähnt und dabei gesagt haben: „Der Mann, der von der guten und gesicherten Existenz der deutschen Arbeiter spreche, habe keine...“ Hier folgt die inkriminierte Stelle.

Die Staatsanwaltschaft stützte ihre Anklage namentlich darauf, daß die Rednerin dem deutschen Kaiser eine völlige Unkenntnis der in Deutschland bestehenden Verhältnisse zugeschrieben und daß sie ihm rückständige Ansichten, wie sie den Japanern oder Chinesen eigen sind, vorgeworfen haben soll. Sie berief sich dabei auf zwei Beweiszugungen: den erwähnten Affessor Richter und auch auf den Gemeindevorstand aus Mülsen Gottlieb Sonntag.

In der Verhandlung gab Gen. Luxemburg eine ganz andre Darstellung der Sache. Sie stellte fest und bewies, daß sie vor allem in jener Versammlung weder über Kolonial- und Weltpolitik, noch über Militarismus und soziale Gesetzgebung gesprochen habe, was auch in den 15 bis 20 Minuten, die ihr vor der Wortentziehung zur Verfügung standen, gar nicht denkbar gewesen wäre. Sie konnte deshalb unmöglich dem Kaiser eine allgemeine Unkenntnis der Verhältnisse in Deutschland zugeschrieben haben. Was sie in Wirklichkeit darlegte, waren lediglich die wirtschaftlichen Folgen des neuen Zolltarifs für die arbeitende Bevölkerung Deutschlands, die sie an der Hand zahlreicher Beispiele eingehend schilderte. Unmittelbar darauf zog sie die Worte des Kaisers in Breslau von der „guten und gesicherten Existenz der deutschen Arbeiter“ heran und sagte, dies sei ein völlig unzutreffendes Urteil. Einem solchen könnte nur bestimmen, wer etwa in Japan oder China keine Ansichten über die Existenz der Arbeiter gebildet habe. Die Erwähnung von Japan oder China hätte demnach nicht den Zweck, dem deutschen Kaiser die weltweite Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland zu imputieren, sondern den falschen Rastriab des kaiserlichen Urteils über die Lage der deutschen Arbeiter drastisch zum Ausdruck zu bringen. Vom Standpunkte eines wirtschaftlich noch viel tiefer stehenden Arbeiters könne allerdings die Existenz des deutschen Arbeiters als eine „gute und gesicherte“ erscheinen, und wenn man ein Land mit noch viel rückständigeren Arbeiterverhältnissen heranziehen wolle, so konnte man doch nicht etwa England oder die Vereinigten Staaten nennen, sondern man pflege sich auf Japan oder China mit seinem bekannten Stillium zu berufen. Genossin Luxemburg bewies demnach, daß in ihren Worten allerdings eine scharfe Kritik des kaiserlichen Urteils nach seiner sachlichen Richtigkeit hin lag, nicht entfernt aber eine persönliche Beleidigung für den Kaiser.

Der Herr Affessor mußte auf einzelne Fragen des Verteidigers Dr. Siegfried Löwenstein, der der Genossin Luxemburg zur Seite stand, zugeben, daß er sich schließlich nicht entsinnen könne, ob die Worte genau so lauteten, wie er sie „bringend beanzeigte“ hatte, oder so, wie Genossin Luxemburg behauptete. Der Herr Affessor blieb aber fest und stief dabei, daß der Sinn ihrer Worte eine Beleidigung und Verhöhnung des Kaisers enthielt. Dabei brachte er u. a. folgenden Beweis vor: Die Heranziehung Japans und Chinas hätte nicht den Zweck des Vergleichs der Lebenshaltung der Arbeiter mit derjenigen in Deutschland gehabt, denn „wenn sie (die Referentin) zugegeben hätte, daß die Arbeiter in Deutschland besser als in Japan und China leben, so müßte sie sagen, daß sie gut leben, denn was nicht gut ist, kann nicht besser sein, und sie ließ überhaupt nichts Gutes an den Zuständen in Deutschland“. Ferner sei der Ton der Referentin ein ausgeprochen höhnischer gewesen, die Versammlung habe auch „mit höhnischen Worten und lautem Beifall“ geantwortet. Und gerade in den Kreisen, die in jener sozialdemokratischen Versammlung vertreten

waren, wäre ja der Chinese „das Lächerliche par excellence“, also habe die Referentin den Kaiser lächerlich machen wollen.

Gen. Luxemburg stellte darauf zunächst fest, daß die Versammlung unter freiem Himmel, auf einem Gartengrundstück, stattfand und zwar unter strömendem Regen und bei starkem Winde. Die Rednerin habe, um sich einigermaßen verständlich zu machen, mit größter Kraftanstrengung und lauteſter Stimme sprechen müssen, da sei es doch ein Übel, noch die Nuancen des Hohes oder der Ironie herausgehört haben zu wollen. Zugleich wies Genossin L. energisch die Auffassung des Herrn Affessors in Bezug auf die Begriffe der Arbeiterkreise über die Chinesen zurück. Sie versicherte, daß die deutschen Arbeiter in Japan und China den gleichberechtigten und ebenbürtigen Menschen und seine anders geartete Kultur ebenso achten wie jeden Europäer. Es sei vielmehr die eigene Ethik und Psychologie, die der Herr Affessor da der sozialdemokratischen Versammlung imputieren wolle.

Der Rechtsanwalt Dr. Löwenstein wollte nun näheres über das „höhnische Gelächter“ der Versammlung erfahren. Auf seine direkte Frage, ob in der Versammlung wirklich gelacht wurde, ob der Zeuge es gehört hatte, antwortete der Herr Affessor, das sei „ein unterdrücktes Lachen“ gewesen, also eigentlich nicht hörbar, aber eben darin lag ja der Hohn. ... Sodann hielt der Verteidiger dem Zeugen entgegen, daß er nach der Aussage der Einwohner von Mülsen keinem Antzeder, der ihn zu jener Versammlung in Mülsen gefahren hatte, befohlen habe, zu warten mit den Worten: „er würde sehr bald mit der Versammlung fertig werden und zurückfahren“. Das zeige doch, daß der beauftragte Herr Affessor direkt mit der Absicht in die Versammlung ging, sie möglichst bald so oder anders los zu werden, also nicht in der Person war, die Rede ruhig anzuhören und objektiv zu beurteilen. Die alsbald erfolgte Auflösung bestätigt ja auch diese Vermutung. Der Zeuge kommt auf diese wichtige Frage keine ausreichende Antwort geben: er könne sich nicht entsinnen, vielleicht — habe er den Wagen überhaupt nicht gebraucht.

Der zweite Zeuge der Staatsanwaltschaft, Gemeindevorsteher Sonntag, sagte unter Eid aus, wobei er Wort für Wort die Darstellung der Genossin Luxemburg bestätigte. Zur nichtbaren Ueberraschung der Anwesenden verbandelte er sich eigentlich in einen Entlastungszugungen für die Angeklagte. Und da erfolgte die folgende interessante Scene. Der Gerichtspräsident: Hat die Rednerin die Worte gesagt: Der Kaiser habe keine Ahnung von dem, was in Deutschland vorgeht? — Zeuge: „Nein, das hat sie nicht gesagt.“ — Präsident: Hat die Rednerin in höhnischem Tone gesprochen? — Zeuge: „Nein, sie hat nicht höhnisch gesprochen. Sie hat so gesprochen, wie es sich gehört.“ — Präsident: Hat die Versammlung gelacht bei diesen Worten? — Zeuge: „Nein, man hat nicht gelacht, man hat bloß laut Bravo! gerufen, wie immer in den sozialdemokratischen Versammlungen.“ — Der Gerichtspräsident dringt weiter in den Zeugen ein: „Aber der erste Zeuge, der Herr Affessor, hat doch ausgesagt, daß die Angeklagte höhnisch gesprochen hat.“ Darauf sticht der Zeuge einige Zeit ratlos da, um schließlich zu sagen: „So so eigentlich, wenn man so verstehen will, da hat sie doch damit den Kaiser verhöhnen wollen.“ Nach diesem äußersten Resultat wurde der Zeuge entlassen. Der Staatsanwalt sah sich jedoch genötigt, auf diesen Zeugen zu verzichten und stützte sich in seinem Plaidoyer nur auf den Herrn Affessor. Den Widerspruch in der Aussage seiner beiden Zeugen erklärte er durch den Unterschied im Bildungsgrad der beiden! Der Staatsanwalt stellte seinen Antrag auf ein bestimmtes Strafmaß, sondern forderte in allgemeiner Bestrafung der Rednerin für Beleidigung und Verhöhnung des Kaisers nach § 96 des Strafgesetzbuchs.

Für den Verteidiger war es ein leichtes, mit der Anklage fertig zu werden. In seinem über eine Stunde dauernden Plaidoyer wies er die Anklage Schritt für Schritt in ihrer Richtigkeit nach. Er stellte den schwankenden und stark subjektiv gefärbten Aussagen des Affessors die sicheren und logischen Aussagen des zweiten Zeugen und der Angeklagten entgegen, wies die Unmöglichkeit der Behauptung nach, die Angeklagte hätte dem Kaiser eine völlige Unkenntnis dessen was in Deutschland vorgeht, zuschreiben wollen. Er setzte auseinander, daß die Berufung auf Japan, nach alledem was jeder halbwegs Gebildete heute von den Kulturfortschritten Japans wissen müsse, durchaus keine Beleidigung für irgend jemand sein könne. Schließlich schrumpfte die ganze Anklage auf die Behauptung von dem „höhnischen Ton“ der Angeklagten zusammen. Es sei aber ein Übel, den Ton vor Gericht zu stellen. In den 12 Wählerversammlungen, die die Angeklagte außer dieser in Sachsen allein abgehalten hätte und in den im ganzen 27 Versammlungen, in denen sie zur Wahlzeit gesprochen, habe sie nirgends Anlaß zur Anklage gegeben. Hier fehle jeder sichere objektive Tatbestand und die Kreisprechung sei das einzig konsequente Ergebnis aus der Verhandlung. Für den Fall der Beurteilung plädierte der Verteidiger dringend auf Festung, da die inkriminierte Handlung der Angeklagten von jedem ehrenwürdigen Moment frei sei.

Genossin Luxemburg wies noch in ihrem Schlußwort darauf hin, daß die für den Begriff der Majestätsbeleidigung, wie jeder Beleidigung, wesentliche vorsätzliche Rundgebung der Mißachtung vollständig fehlte. Die Absicht, den Kaiser zu beleidigen, liege jedem Sozialdemokraten vollständig fern. Die Sozialdemokratie bekämpfe die Institutionen und nicht die Personen, die Monarchie und nicht die Person des Kaisers. Die Sozialdemokratie suche in den Versammlungen aufzuklären und nicht aufzuheben, schon deshalb sei ein Vorwurf der Beleidigung gänzlich ausgeschlossen. Der Einbruch der Verhandlung war ein derartiger, daß im Publikum, das zum Teil aus Juristen bestand, der Freispruch allgemein erwartet wurde. Das Urteil lautete nach 1 1/2 stündiger Beratung des Gerichts, wie gemeldet, auf drei Monate Gefängnis.

Man darf auf die schriftliche Begründung dieses Urteils gespannt sein.

Hus Industrie und Handel.

Der Halbzuckerhandel fällt sich in Rücksicht auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe veranlaßt, seine Ausfuhrvergütung zu erhöhen. Er ermächtigte der „Köln. Volks-Ztg.“ zufolge die Abrechnungsstelle für Ausfuhr in Düsseldorf, auf die im ersten Vierteljahr zur Ausfuhr gelangenden Fabrikate eine Ausfuhrvergütung bis zur Höhe von 15 Pf. pro Tonne Halbzucker zu gewähren. Dieser höchste Satz bestand zwar schon im letzten Vierteljahr 1903, aber nur für Feinbleche, während für sonstige Waren höchstens 10 M. gewährt wurden.

Ein großes Hochöfenwerk in Hamburg. Schon im Jahre 1900 vor dem Ausbruch der Krise verlautete, daß in der Nähe Hamburgs die Errichtung eines großen Hochöfenwerks geplant sei, das teils für den Export arbeiten, teils Materialien für die Hamburger Schiffswerften, Maschinenbau-Anstalten usw. liefern solle. Wie jetzt der „Köln. Ztg.“ gemeldet wird, ist in Hamburg dieser Plan wieder aufgenommen, und zwar wird beabsichtigt, zunächst zwei Hochöfen zu errichten, wofür der Senat der Stadt Hamburg bereits einen Platz auf dem Finkenwerder bei Hamburg vorgesehen habe. Auch werden schon Kapitalien genannt, die angeblich für die neue Anlage bereitgestellt sind, und Persönlichkeiten bezeichnet, die für die Leitung in Aussicht genommen seien. „Inwiefern das in allen Einzelheiten richtig ist“, bemerkt dazu das Kölner Blatt, „entzieht sich unserer Kenntnis. Wir unterlassen es deshalb auch vorerst, näher auf den ganzen Plan einzugehen. Denjenigen, die sich etwa an diesem Unternehmen beteiligen wollen, wird aber zu empfehlen sein, daß sie die aufgestellten Rentabilitätsberechnungen mit ganz besonderer Sorgfalt und Beachtung daraufhin prüfen, ob ein derartiges Werk Aussicht auf besonders reichliche Erträge für die darin angelegten Kapitalien bietet wird.“

Der Plan erscheint in Anbetracht der Hamburger Lohnverhältnisse, besonders aber der Entfernung Hamburgs von den westfälischen Kohlengruben etwas abenteuerlich; aber wahrscheinlich

wären die Gründer mit der Zufuhr billiger Kohlen durch eigene Schiffschiffe aus England sowie mit den geringen Transportkosten für das gemessene Roheisen — Finkenwerder ist eine Elbinsel unterhalb Hamburgs, von der aus das Roheisen direkt verschifft werden könnte —, und ob durch diese Vorteile nicht manche vorhandenen Nachteile aufgehoben werden, steht noch keineswegs so fest, wie die „Köln. Ztg.“ anzunehmen scheint.

Das Kalifornien-Disput. Die heute hier abgehaltene Versammlung hat zu keinem Resultat geführt, da man sich über die Verteilungsziffer nicht einigen konnte. Der Vertreter der sächsischen Werke erklärte sich zwar bereit, den jüngeren Werken Konzessionen zu machen, aber die fünf Werke Solvan, Acherleben, Behrenhagen, Herzhorn, Neustadt beanstandeten die Einschätzung und erklärten, eventuell ein neues Sonderabkommen treffen zu wollen. Die Verhandlungen wurden darauf vorläufig auf unbestimmte Zeit vertagt.

Das Stahlwertverband-Projekt. Die Agitation der rheinischen Unternahmerpresse für den geplanten Stahlwertverband zeitigt höchst kuriose Erscheinungen. Nicht nur, daß die Blätter in ihrem Bemühen, Gründe für die Notwendigkeit der Errichtung eines solchen Verbandes zu erfinden, sich in die lächerlichsten Widersprüche verwickeln, jetzt begreifen sie sich auch schon gezerzt zu dementieren und sich der völligen Unkenntnis der in Betracht kommenden Verhältnisse zu begähnen. Jüngst hatte die „Rhein. Westf. Ztg.“ behauptet, daß, wenn ein Zusammenschluß der rheinischen und ober-sächsischen Werke nicht erfolge, eventuell eine teilweise Konstituierung des Stahlwertverbandes durch den Zusammenschluß von dreizehn Werken der rheinisch-westfälischen und der sächsischen Gruppe erfolgen werde. Darauf entgegnet in ihrer letzten Sonntagsnummer ironisch die „Köln. Ztg.“: „Ueber den augenblicklichen Stand der Verhandlungen, die über die Begründung eines deutschen Stahlwertverbandes geführt werden, ist in den letzten Tagen durch verschiedene Blätter eine Reihe von unrichtigen und irreführenden Mitteilungen verbreitet worden. Ein Blatt, das sich besonders schlecht unterrichtet zeigte, behauptete, daß sich dreizehn Werke zu einer besonderen Gruppe zusammenschließen würden und daß außerhalb dieser Gruppe neben Krupp, Höpff, Bochumer Verein und den Westfälischen Stahlwerken auch das Gustahl-Werk Witten stehe. Das ist vollkommen unzutreffend, denn das Gustahlwerk Witten ist an den Verhandlungen überhaupt nicht beteiligt; es kann also auch keiner der bestehenden oder sich bildenden Gruppen zugesählt werden. Im übrigen ist es auch unzutreffend, wenn, wie das in einem andren Blatt geschrieben ist, noch immer von dem Gegensatz zwischen der Frankfurter und der rheinisch-westfälischen Gruppe gesprochen und behauptet wird, daß die Frankfurter Gruppe ihren Standpunkt den übrigen Werken aufzwingen möchte. Das ist ebenfalls unzutreffend, denn die Scheidung zwischen der Frankfurter und der rheinisch-westfälischen Gruppe, die in einem früheren Stadium der Verhandlungen allerdings vorhanden war, besteht nicht mehr. Einzelne Werke, die ursprünglich der Frankfurter Gruppe angehört, sind aus ihr ausgeschieden, und die andren haben sich mit der Mehrzahl der rheinisch-westfälischen Werke vereinigt, so daß man heute von einer vereinigten Rheinisch-Westfälischen Frankfurter Gruppe sprechen muß, die etwa 60 Proz. der gesamten Erzeugung in sich faßt. Diese Gruppe hat auch offenbar das erstereichste Markt im Auge, obwohl die sonstigen Angaben, die es darüber macht, ebenfalls unrichtig sind. Abgesehen davon nun, daß außerhalb dieser Gruppe noch verschiedene große Werke des Westens stehen, mit denen bisher eine Einigung über die Frage der Verteilung nicht erzielt werden konnte, sind weitere Schwierigkeiten noch insoweit vorhanden, als einerseits die Verhandlungen mit Schlefien noch nicht zum Abschluß gelangt sind, und als andererseits der Gegensatz zwischen den großen Thomaswerken und der Martinwerken schwer zu überbrücken ist.“

Kohlenhundisat. In der am Sonnabend abgehaltenen Jochen-Besprechung wurde nach der „Köln. Westf. Ztg.“ für die Monate Januar bis März 1904 die prozentuale Verringerung der Beteiligungsziffer für Kohlen und Coals auf 20 Proz. festgesetzt, während für Braunkohle die Verringerung auf 30 Proz. beschränkt bleibt. Die Abgabe und Entschädigung für den Mehr- und Minderabfall wurde auf 1,50 M. pro Tonne erhöht, die Strafe für jede Tonne der von den Beteiligten nicht gelieferten Mengen auf 2 M. belassen.

Verlängerung der Schichtdauer im Ruhrgebiet. Die Ruhrzechen sollen nach Mitteilung der „Köln. Volks-Ztg.“ eine Verlängerung der Schichtdauer bedürftigen, angeblich deshalb, weil die Bergleute nicht genügt seien, Ueberschichten zu verfahren. Schon kündigte die Zeche Oberhausen für den 1. Februar eine Verlängerung der Schichten um eine halbe Stunde an.

Unter den Bergleuten herrscht darüber große Erregung. Vorgestern fand eine Velegschaftsversammlung statt, in der der Deutsche Bergarbeiterverband und die christlichen Bergleute sich in der Abwehr dieser Forderung einig erklärten. Eine Deputation der Bergleute verlangte gestern von der Zechenverwaltung die Beibehaltung der bisherigen Arbeitsordnung.

Gewerkschaftliches.

Crimmitschau.

Geheimer Kriegsrat der Unternehmer.

„Vor einigen Tagen verläuteten unternehmerfreundliche Blätter, daß eine Organisation des gesamten deutschen Unternehmertums vorbereitet werde, wozu die Vorgänge in Crimmitschau die Veranlassung gegeben hätten. Der Zweck dieser Gründung soll zunächst sein, die Textilindustriellen Crimmitschaus in dem von ihnen mutwillig herausgeforderten Nachkampf gegen die Arbeiter zu unterstützen, und weiter den gemeinsamen Widerstand gegen die gewerkschaftliche Bewegung zu organisieren. Im Jargon der Scharfmacherpresse heißt das „Abwehr unredlicher Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Geheimer Kommerzienrat Vogel, der führende Scharfmacher im Crimmitschauer Kampfe, ist die Seele der Neugründung zur Niederdrückung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Er ist es auch, auf dessen Verreiben sich eine Gruppe von Industriellen in Berlin am Sonntag im Kaiserhof zusammensand, um eine Vorbesprechung abzuhalten für die Verwirklichung des Planes, den Crimmitschauer Textilbaronen den Rücken zu steifen durch den Zusammenschluß des gesamten Unternehmertums. Da der Kampf in Crimmitschau augenblicklich im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, so war auch die am Sonntag abgehaltene Unternehmer-Versammlung von Interesse für die Öffentlichkeit. Die Herren aber, welche im Kaiserhof tagten — es war übrigens nur eine kleine Zahl, etwa 40—50 — stellten es für angebracht, die Öffentlichkeit bei ihren Verhandlungen auszuschließen. Vertreter der Presse wurden nicht zugelassen. — Wie erklärt sich diese ängstliche Scheu vor der Öffentlichkeit? Wenn die Herren das wirklich glauben, was sie in den ihnen dienstbaren Blättern in die Welt hinausposaunen, wenn sie es selber für wahr halten, daß die Crimmitschauer Textilarbeiter durch gewissenlose sozialdemokratische Heher zu einer Nachprobe veranlaßt worden sind, und daß den bedrängten Unternehmern in Crimmitschau nun die Hilfe ihrer Klassengenossen in weitestem Maße zu teil werden soll, dann hatten die Industriellen wirklich keine Veranlassung, ihre Beratungen vor der Öffentlichkeit geheim zu halten.

Während man der Berliner Presse unmöglich machte, über die Verhandlungen der Unternehmer unparteiisch zu berichten, stellte Herr Kommerzienrat Vogel der Chemnitzer Presse einen Bericht zur Verfügung. Der Draht berichtet darüber:

Die Versammlung deutscher Industrieller billigte einstimmig die Haltung der Crimmitschauer Arbeitgeber und erklärte sich zu deren ferneren Unterstüßung bereit. Vom Centralverband

deutscher Industrieller wurde mitgeteilt, daß der Geldbedarf für die Crimmitschauer Fabrikanten jetzt schon auf Monate hinaus gesichert sei. Die Versammlung sprach einstimmig ihr Vertrauen zur bisherigen Führung aus und beschloß, einen allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband ins Leben zu rufen. Mit der Ausführung dieses Beschlusses wurde ein aus 11 Personen bestehendes Komitee betraut.

Auch der Vertrauensmann der Schramm, Schöneburg, verbreitet nähere Mitteilungen über die Verhandlungen. Herr Vogel hat danach ganz besonders scharf betont, wie die Crimmitschauer Arbeitgeber alles versucht haben, um den Frieden mit ihren Arbeitern aufrecht zu erhalten, bis es eben nicht mehr weiter ging. Die Arbeitgeber wollten keine Unterstützung, aber auch keine Vermittlung der Regierung. An Unterstützungen seien wöchentlich 50 000 M. nötig, die auf längere Zeit gesichert seien „denn dem thatkräftigen Eingreifen des Centralverbandes“. Die Mittel seien so reichlich, daß das Anerkennen eines großen Bankrotts, in den Kreisen der deutschen Bankwelt eine Sammlung in großem Stil für die Crimmitschauer Arbeitgeber einzuleiten, vorläufig mit Dank abgelehnt werden konnte. Was mag das wohl für ein großes Bankrotts gewesen sein? Die elf Mitglieder des Komitees sind Weimer, Blohm, Sued, Groß-Augsburg, Hedmann, Holz, Krabber, Vogel, Chemnitz, Popelius, Vorster, Wendlandt.

Auch eine „Anfreizung zum Klassenhass“.

Die Prozesse gegen die Ausgesperrten und ihre Führer in Crimmitschau enden, selbst wenn sie zu einer Verurteilung der Angeschlagenen führen, stets mit einer moralischen Rechtfertigung der Ausgesperrten. Bekanntlich werden über dieselben die schlimmsten Terrorismus-Vorwürfe beweislos verbreitet und finden ihren Weg selbst in die Parlamente.

Dieser Tage hatte sich nun wieder der Genosse Köhler als Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells in Crimmitschau wegen Anfreizung zum Klassenhass zu verantworten. Es handelte sich in der Angelegenheit um ein Flugblatt an die Arbeiter, in dem dieselbe zur Unterstützung der Weber aufgerufen wird mit den Worten: „Auf die Schanzen!“ „An die Gewehre!“ — Die Staatsanwaltschaft bringt das langlaubbige fertige, diese rhetorischen Wendungen vordrückt zu nehmen! Im andern Falle könnte sie nämlich gar keine Anklage erheben. — Heiliger Müller!

Bürgermeister Weidmann führte als Zeuge aus: „Das Flugblatt habe ich konfisziert von der Erwägung ausgehend, daß wenn das negative Ergebnis der Einigungs-Verhandlung bekannt werde, das Flugblatt die gereizte Stimmung vermehren werde. Auch befürchtete ich Aufruhr.“ — Diese Einigungs-Verhandlungen verliefen bekanntlich negativ, weil die Fabrikanten das Erscheinen vor dem Gewerbegericht ablehnten. Interessant war an der Aussage des Zeugen noch, daß er das Einschlagen der Fenster, das auch im Reichstage eine Rolle spielte und jetzt neuerdings von der Schramm-Druckerei (siehe geistige „Neueste Nachrichten“) wieder auf Tapet gebracht ward, nicht auf das Konto der „Streikenden“ setzt!

Polizei-Inspektor Eisner soll darüber Auskunft geben, wie sich die „streikenden“ Arbeiter vor und nach dem Erscheinen dieses Flugblattes betragen haben. Er meint: Nach Erscheinen des Flugblattes hat sich die Erregung gesteigert nicht nur bei den Streikenden sondern auch bei den Fabrikanten. Es war allgemein Beforgnis vorhanden, daß etwas Beforderliches vorkommen könne. Die Leute verweigerten ihre Namen, in den Bürgerkreisen war die Meinung vorhanden, daß es noch zum Blutergießen komme. Daß Gewaltthatigkeiten vorgekommen, könne er sich nicht entsinnen.

Amtsrichter Kaiser giebt an: Bis zum Erscheinen des Flugblattes standen 11 Sachen an. Seitdem sind 32 Sachen zur Aburteilung gelangt. Die Stimmung nach dem Erscheinen konnte er aus den Verhandlungen; sie war eine gereiztere. Thätliche Verleumdung wäre nur in zwei Fällen zur Aburteilung gelangt. Ein Fall sei noch nicht entschieden.

Es werden sodann noch eine ganze Anzahl von Zeugen aus den Reihen der Streikenden vernommen, welche in den Worten keine Aufforderung zum Straßenkampf erblickt haben, sondern nur eine Aufforderung zur Unterstützung. Die Bevölkerung Crimmitschaus neige überhaupt nicht zu Gewaltthatigkeiten.

Das Gericht beschloß, die Sache behufs weiterer Zeugen-Vernennung zu vertagen. Auch die Unternehmerkreise sollen darüber befragt werden.

Berlin und Umgegend.

Wohnung, Parteiliefer!

In dem Parteigebäude von A. u. S. Wittig, Grolmanstraße 35, haben am Montag sämtliche Parteiliefer die Arbeit eingestellt. Die Firma ist die einzige, welche den 1900 mit dem Holzarbeiter-Verband vereinbarten Tarif nicht zahlte. Herr Wittig hat einen Agenten mit Namen Fischer aus Leipzig beauftragt, von außerhalb Parteiliefer heranzuziehen. Sämtliche Parteiliefer Berlins sind organisiert und werden alles thun, um auch die Firma Wittig zur Anerkennung des Tarifs zu veranlassen. Zugung von auswärtigen ist fernzuhalten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Brandenkommission der Parteiliefer.

J. A.: Paul Walter.

Deutsches Reich.

Zur Schneideranweisung in Jena ist weiter zu berichten, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Dr. Wagner, die Beteiligten aufgefordert hat, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Während die Gehilfen dazu bereit waren, verhielten sich die Arbeitgeber — wie in Weimar — strikt ablehnend. Infolge der riesigen Anstrengungen des Arbeitgeberverbandes, der überall inficirt, treffen fast täglich Arbeitswillige von auswärts ein, die aber mit der gleichen Regelmäßigkeit wieder von dannen ziehen, wenn sie über die Sachlage Aufklärung erhalten haben.

Die Lohnbewegung der Jwider von der Firma Heinrich Behl u. Co. in Leisnig ist durch Vergleich beigelegt.

In der Fürtter Spiegelglasindustrie stehen erste Differenzen bevor. Die einst so blühende Industrie ist von einer schweren Krise bedroht. Mit Neujahr wurde die Preisconvention der Unternehmer aufgelöst, und sofort entwickelte sich eine wilde Preisdrückerei, deren Folgen natürlich wieder die Arbeiter tragen sollen, die sich seit Jahren schon vielfach bedeutende Lohnaufbesserungen gefallen lassen mußten. Neuerdings sind wieder in mehreren Fabriken Lohnkürzungen vorgenommen worden, in andern sind sie angekündigt. Die Lebenshaltung der Glasarbeiter verdirbt aber keine weitere Verschlechterung mehr. In einer Versammlung wurden die Lohnzettel eines ganzen Jahres vorgelegt, nach denen der Wochenlohn 6, 7, 11 und 16 M. betrug, der geringste Lohn war 3 M., der höchste einmal 28 M. und einmal 28 M. Im ganzen Jahre betrug der Lohn 192 M., also 13 1/2 M. pro Woche im Durchschnitt. Der Glasarbeiterverband ist bemüht, die drohenden Differenzen abzuwenden. Dieser Tage war der Centralvorstand am Orte und besuchte mit der Leitung der Zahlstelle die Fabrikanten, um die Einführung eines einheitlichen Lohns anzubahnen. Ein Teil der Unternehmer erklärte sich bereit, auf ein Vertragsverhältnis einzugehen und durch eine gemeinschaftliche Kommission einen einheitlichen Tarif ausarbeiten zu lassen, der für eine bestimmte Zeit Geltung haben soll; andre machen Ausflüchte oder lehnen den „Herrn im eigenen Hause“ heraus. Eine Glasarbeiterversammlung faßte den einstimmigen Beschluß, an den

Stadtmagistrat die Aufforderung zu richten, daß er alles aufbieten möge, die drohenden Differenzen zu verhüten, da eine weitere Verschlechterung der Existenzverhältnisse der Glasarbeiter nicht nur die bürgerlichen Kreise in Mitleidenhaftigkeit ziehen, sondern im Verein mit der schon herrschenden Arbeitslosigkeit auch die Stadt schwer belasten würde. Eine Lohnreduktion soll unter keinen Umständen mehr geduldet werden.

Gerichts-Zeitung.

Der Mord in Steegers vor dem Königer Schwurgericht.

König, den 13. Januar 1904.

Ein Nachspiel zu der Ermordung des Gymnasialisten Ernst Winter in König, die bis zum heutigen Tage eine Sähe nicht gefunden hat, bildet gewissermaßen der Todschlags-Prozess, der heute das höchste Schwurgericht beschäftigt. Auf der Anklagebank sitzen unter der Beschuldigung, am Abend des 28. September vorigen Jahres den jüdischen Schriftsteller Verthold Levy aus Warschau zu Tode geprügelt zu haben: 1. der Schlossermeister Max Hahn und 2. der Nachtwächter Johannes Vergin aus dem kleinen westpreussischen Städtchen Steegers. Die beiden Angeklagten befanden sich am 28. September im Verein mit andern Einwohnern in der Gastwirtschaft von Schülle, woselbst auch der ermordete Levy, der tags zuvor über Alexandrowo von Warschau zugereist war, Quartier genommen hatte. Der fremde Mann mit dem jüdischen Aussehen und Namen erregte naturgemäß gerade zu damaliger Zeit, wo die antisemitische Agitation im Lande mit der unaufgeklärten Ermordung des Ernst Winter wirkte, allgemeines Interesse. Die gegen den Schlächtermeister Levy in König erhobene Anklage, welche schließlich mit der Freisprechung des schwer Verdächtigten gendete hatte, war noch in aller Erinnerung und ebenso die in der damaligen Verhandlung aufgetauchte Vermutung, daß von auswärtig gelommene Juden im Verein mit dem Namensvetter des Fremden die Ermordung des unglücklichen Gymnasialisten bewerkstelligt hätten. Dazu kam noch, daß man sich gerade am Vorabend des jüdischen Verlöbningstages befand. Die Folge davon war, daß Levy allerhand Sticheleien von seiten der zum Teil angetrunkenen Gäste ausgelegt war. Man fragte ihn, ob ein Seitenstück zu dem Königer Mord in Steegers geplant sei und forschte den Fremden über seine Ansicht bezüglich der Königer Mordthat aus. Levy verbat sich diese Anspielungen und Beleidigungen und beging darauf die Unlugheit, nun auch seinerseits aggressiv zu werden, indem er auf die antisemitische Bewegung schalt und der Vermutung Ausdruck gab, daß vielleicht die Antisemiten selbst den Mord in König begangen hätten, um den Juden ein auswärtiges zu können. Darob erhob sich ein Heidenlärm in der Wirtschaft. Man drang auf Levy ein und fiel über den Wehrlosen mit Häuten und Stöcken her. Rameilich die beiden Angeklagten sollen sich an dieser Schlägerei sehr lebhaft beteiligt haben. Schlossermeister Hahn soll den Levy gezwungen haben, niederzuknien und das Wasserrohr zu beten, worauf der Angeklagte Vergin dem Levy dann einen Schlag versetzt haben soll, an dessen Folgen der Unglückliche am nächsten Morgen verschied. Der Fall hat seiner Zeit großes Aufsehen erregt und sogar den für den Kreis Schlochau-Platow gewählten antisemitischen Reichstags-Abgeordneten Redakteur Bödler-Berlin zu einer Erklärung auf dem Parteitag der antisemitischen Partei in Berlin veranlaßt, wonach er bei seinen Agitationsreisen niemals in Steegers gesprochen, also die dortige Bevölkerung auch nicht gegen die Juden aufgereizt haben könne. Gerade dort habe man ihm jedesmal die Säle verweigert. Die beiden Angeklagten sollen ihre Stimme bei der letzten Reichstagswahl auch nicht dem antisemitischen Kandidaten, sondern dem der Polen gegeben haben. Beide Angeklagten sind noch nicht bestraft und haben seiner Zeit angegeben, sie wären total betrunken gewesen. Der Angeklagte Vergin ist Vater von acht Kindern. Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichts-Direktor Mönchhaus.

Unter den Geschwornen befindet sich ein einziger Israelit, Kaufmann Salomon Friedlaender (Zempelburg). Dieser wird vom Staatsanwalt angenommen, vom Verteidiger, Rechtsanwalt Gebauer, abgelehnt.

Aus den Verhandlungen sei folgendes wiedergegeben: Vors.: Es wird erforderlich sein, zunächst festzustellen, ob der Angeklagte überhaupt verhandlungsfähig ist.

Dr. med. Reuch, der den Angeklagten in Publiß behandelt hat, befindet auf Befragen des Vorsitzenden, daß der Angeklagte zwar zum Alkohol neige. — Kreisarzt Dr. König bemerkt darauf: Der Angeklagte Hahn habe ihm heute früh über körperliches Unbehagen geklagt, er halte aber denselben für verhandlungsfähig und sei auch der Ansicht, daß der Angeklagte bei Vergebung der That sich in einem Zustande befand, in dem seine freie Willensbestimmung nicht ausgeschlossen war. — Es wird danach in die sachliche Verhandlung eingetreten. Der Angeklagte Hahn bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Am Abend des 28. September 1903 sei in der Schülle'schen Gastwirtschaft ein Jude gewesen. Der Postrbote Werner kam in die Gastwirtschaft und verteilte Briefe. Da sagte der Jude: Ich bin Postrichter und werde den Postboten anzeigen; nach 8 Uhr abends dürfen Briefe nicht mehr ausgeteilt werden. Tischlermeister Strauß ärgerte sich darüber und gab dem Juden eine Maulschelle. Daraufhin war der Jude sehr aufgeregt und fragte: ob die Anwesenden katholisch oder evangelisch seien? Als ihm geantwortet wurde: beides, begann der Jude in einer fremden Sprache zu singen. — Vors.: Was war das für eine Sprache? — Angell.: Ich weiß es nicht, die anwesenden Katholiken sagten: er singt lateinisch, er scheint das „Vater unser“ zu singen. — Vors.: War der Gesang nicht hebräisch? — Angell.: Ich kann es nicht sagen. — Vors.: Wetete der Jude vielleicht für sich hebräisch oder sind Sie der Meinung, daß er eine evangelische oder katholische gottesdienstliche Handlung verhöhnen wollte? — Angell.: Ich war der Ansicht, daß er eine gottesdienstliche Handlung nachahmen wollte, deshalb war ich ärgerlich. — Vors.: Sie hielten es für eine Verhöhnung einer ärztlichen gottesdienstlichen Handlung? Haben sich die andern auch darüber geärgert? — Angell.: Ich nicht, es haben sich alle geärgert. — Vors.: Sie und Graeber haben deshalb den Juden auf den Kopf geschlagen? — Angell.: Ja, wohl. — Vors.: Ist der Jude ins Gespräch gezogen worden? — Angell.: Der Jude hatte sich ohne Veranlassung ins Gespräch gemischt.

Der Angeklagte Hahn erzählt im weiteren auf Anfrage des Vorsitzenden: Nachdem Schülle Feiertagabend geboten hatte, sei er, Schülle, ein fremder Fleischergeselle und der Jude im Lokal geblieben. Er sei noch geblieben, da Schülle ihm Abendrot geben wollte. Der fremde Fleischergeselle sagte: Ich bin mit dem Juden von Hammerstein gekommen; dort hätte er auch bald Wische wegen gotteslästerlicher Redensarten erhalten. Sehr bald sei auch Nachtwächter Vergin in die Gastwirtschaft gekommen. Es sei Samsab getrunken worden, der Jude habe aber keinen Schnaps bekommen. — Vors.: Woher wissen Sie, daß es ein Jude war? — Angell.: Das wurde gesagt.

Vors.: Sah er denn auch wie ein Jude? — Angell.: Jüdisch sah er aus. — Der Vorsitzende teilt mit: es sei bei dem Gezeiten eine Alters- und Invaliden-Versicherungskarte gefunden worden, die in Hannover angefertigt ist. Danach hieß der Geiztote: Abraham Levy, er war am 22. Februar 1845 zu Warschau geboren und Schriftsetzergeselle. — Der Angeklagte Hahn bemerkt ferner auf Befragen des Vorsitzenden: Der Jude sagte plötzlich: Wenn heute Christus auf die Welt käme, dann würde er wieder verdammt und gesteinigt werden. Darüber ärgerten wir uns, Vergin ergriff den Juden an der Brust, wirbelte ihn ein paarmal umher, so daß der Jude zur Erde fiel. Abdana versetzte Vergin dem Juden mit seinem Stock ein paar Schläge. Er (Angeklagter) habe den Stock des Fleischergesellen genommen und damit dem Juden auch etwa 6 Schläge versetzt. Der Jude wollte sich darauf erheben, das konnte er aber nicht, erst später sei er aufgestanden und in seine Kammer gegangen.

Vors.: Sie haben den Juden nicht mit Füßen getreten und ihn „geschuppt“? — Angell.: Nein. — Vors.: Sie sollen sich, als Sie am folgenden Tage hörten, daß der Jude tot sei, gerührt haben, daß Sie denselben fertig mit einem biden Stock geschlagen haben und zwar ohne zu sehen, wohin Sie schlugen? — Angell.: Davon weiß

ich nichts. — Der Vorsitzende bemerkt den Geschworenen, daß der fremde Fleischergeselle und auch dessen Stock trotz aller Nachforschungen nicht aufgefunden werden konnte. — Der Angeklagte Vergin bemerkte auf Befragen des Vorsitzenden: Er, der Jude, habe sich gerührt, er könne die Gesänge und gottesdienstlichen Handlungen aller Konfessionen nachahmen. Darüber und über andre gotteslästerliche Redensarten des Juden habe er sich geärgert. Er habe daher den Juden am Krage gefaßt, ihn ein paarmal in der Luft herumgewirbelt, auf die Erde geworfen und ihm mit seinem Stock einige Schläge versetzt. Darauf habe Hahn den Juden auch mit einem Stock geschlagen. — Vors.: Wofür wurde der Jude geschlagen? — Vergin: Das kann ich nicht sagen. — Vors.: Wurde der Jude nicht auch mit Füßen getreten? — Vergin: Nein. — Vors.: Was geschah dann weiter? — Vergin: Der Jude stand schließlich auf und sagte: er wolle schlafen gehen. — Vors.: Magte er nicht über Schmerzen? — Vergin: Nein. — Vors.: Waren Sie angetrunken? — Angell.: Vergin: Nein. — Vors.: Hahn, Sie waren an diesem Abend auch nicht angetrunken? — Angell.: Etwas war ich angetrunken.

Die Zeugen Gemeindevorsteher Mausolf-Steegers und Amts-vorsteher Schulz-Hammerstein geben dem Angeklagten Vergin ein gutes Zeugnis. Einige Zeugen bekunden, daß Levy die Schlägerei provoziert habe. Die medizinischen Sachverständigen geben ihr Gutachten dahin ab, daß der Tod des Levy offenbar infolge der Mißhandlungen eingetreten sei. Der erste Staatsanwalt Schweiggert beantragt, die Angeklagten der schweren Körperverletzung schuldig zu sprechen. In später Nachmittagsstunde wird

das Urteil

verkündet. Es lautet:

Der Schlossermeister Hahn wurde unter Zustimmung mildersünder Umstände zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Nachtwächter Vergin wurde freigesprochen, da die Geschworenen die Schuldfrage ihm gegenüber verneinten.

Zum Polizeikampf gegen Streikposten. Anlässlich des Gürtler- und Dräckerstreiks hatte der Arbeiter G. Streikposten gestanden. Er wurde polizeilich festgenommen, mit einem Strafmandat über 30 M. bedacht und auch vom Schöffengericht zur Zahlung verurteilt, weil er der Aufforderung des Schöffenrats, sich zu entfernen, keine Folge leistete. Auf die eingelegte Berufung hin erkannte gestern der 8. Strafkammer auf Freisprechung mit folgender Begründung: Durch die Beweisaufnahme sei festgestellt, daß der Angeklagte wie auch die übrigen Streikenden sich durchaus ruhig, ordentlich und anständig betragen hätten. Es seien bei dem Streik wohl die Interessen der Fabrikanten, nicht aber öffentliche Interessen verletzt worden, deshalb sei die polizeiliche Fortweisung der Streikposten zu Unrecht erfolgt.

Vor dem Schöffengericht wurde gegen den Metallbrücker E. verhandelt, weil er bei demselben Streik groben Unfug verübt und einen Aufruf verurteilt haben soll, indem er in Gemeinschaft mit 16 andern Arbeitern zwei Arbeitswillige der Thade'schen Fabrik verfolge. Der als Zeuge geladene Schutzmann wußte nicht zu sagen, ob der Angeklagte Arbeitswillige belästigt oder verfolge habe; er habe ihn nur mit andern Personen vor dem Polizeibureau stehen sehen und seine Fortweisung für notwendig gehalten, weil die Polizei Arbeitswillige von und nach der Arbeitsstätte habe begleiten müssen. Zeuge Fabrikant Thade erklärte, er wisse auch nicht, ob der Angeklagte Arbeitswillige belästigt hat; polizeiliche Hilfe habe er lediglich deshalb erbeten, um sich auf diese Weise einige Arbeiter zu erhalten. Der angeklagte „Arbeitswillige“ beklagt, er sei von niemandem belästigt worden, habe auch keinen Menschen um Schutz angerufen und auch keine Beforgnis vor Ausschreitungen der Streikenden empfunden. Die Schutzmaßnahmen der Polizei habe er über sich ergehen lassen, weil sein Chef es so wünschte. Auf Antrag des Verteidigers, der an diesem dreitägigen Falle wieder zeigte, was es mit dem verbreiteten „Terrorismus“ streikender Arbeiter eigentlich auf sich hat und wie die Polizei lediglich im Privatinteresse der Unternehmer gegen die Arbeiter eingeschritten ist, erkannte das Gericht auf Freisprechung und legte auch die Kosten der Verteidigung sowie die dem Angeklagten erwachsenen Auslagen der Staatskasse auf. Dies geschah nach den Ausführungen des Vorsitzenden deshalb, weil es bekannt sei, daß solche Streikenden bis in alle Instanzen durchgeföhrt würden und die Angeklagten da eines Verteidigers nicht entraten könnten. Im übrigen hätte es den Polizeibeamten auch schon zum Bewußtsein kommen müssen, daß die Streikenden als Streikposten lediglich ein Recht ausübten, welches ihnen laut Entscheidung des Reichsgerichts gesetzlich eingeräumt sei. Das Urteil rechtfertigte sich, da sich die dem Angeklagten zur Last gelegten Verhandlungen als völlig haltlos erweisen hätten.

Die Verurteilungssinstanz beschäftigte sich am selben Tage mit der Sache des Feilenhauers Jaage, der vom Schöffengericht zu drei Tagen Gefängnis verurteilt war, weil er als Streikposten beim Feilenarbeiterstreik mit Bezug auf einen Arbeitswilligen gejagt haben sollte. „Das ist auch einer von denen.“ Die noch erinnerlich sein dürfte, hatte dieser Arbeitswillige mit seinem Bruder zusammen den Angeklagten nach jenem Ausspruch auf das brutalste gemißhandelt. Beide hatten außerdem die Umstehenden mit Revolvern bedroht, die sie sich auf Anraten von Polizeibeamten hin gekauft hatten. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da nicht erwiesen sei, daß sich jener Ausspruch auf den Arbeitswilligen bezogen habe.

Wer terrorisiert?

Versammlungen.

Lichtenberg. Eine öffentliche Versammlung aller Gewerkschaften am Orte tagte am 11. Januar im großen Saal von Hölzl, Genosse Litfin sprach über: Die Gewerkschaften und ihre Zukunft. Der Redner kam im Verlaufe seines mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrages zu dem Schlusse, daß gar keine Veranlassung vorhanden wäre, aus dem Umstande, daß sich die gewerkschaftlichen Kämpfe immer mehr zu Nachtfragen zuspitzen, eine Beforgnis für die Entwicklung der Gewerkschaften zu hegen. Redner erwähnte zur fleißigen und systematischen Agitation und appellierte an das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter. Die nachfolgenden Redner Trauer, Bute und Liebermann feuerten die Anwesenden im gleichen Sinne an und wiesen besonders auf die bevorstehenden Wahlen zum Gewerbegericht und zur Generalversammlung der Orts-Krankenkasse hin. — Am Schlusse der Versammlung wurde empfohlen, daß jeder Gelegenheit nehmen solle, die Wählerliste zur Gemeinderwahl, die vom 16. bis 20. Januar d. J. im Rathause vor Lichtenberg ausliegen müsse, einzusehen. Wer nicht in der Liste verzeichnet ist, muß sofort seine Nachtragung veranlassen, wenn er nicht seines Wahlrechtes verlustig gehen will.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 18. Januar. (W. Z. V.) In der Deputiertenkammer wurde heute ein Aktenstück verteilt, welches die Ergebnisse der von der Vollunterkommission angeordneten Prüfung der Tarife Deutschlands, Englands, Belgiens, Italiens, Russlands, der Schweiz usw. enthält. Ein zweites Aktenstück mit den Ergebnissen der Prüfung der Posttarife anderer Länder wird demnächst veröffentlicht werden. Erst dann werden allgemeine Schlussfolgerungen gezogen werden aus allen den vorgenommenen besonderen Prüfungen. Buenos Aires, 18. Januar. (Wiedung der „Agence Havas“). Einem Telegramm aus Montevideo zufolge hat bei Mesas ein blutiger Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen stattgefunden. Letztere seien geschlagen worden. Sie hätten gute Stellungen innegehabt, aber zu den Regierungstruppen geflohenen Verstärkungen und die Mitrailleusen hätten sie zum Rückzuge gezwungen. Ein anderer Kampf soll bei Mansabillaga vorgefallen sein. Es heißt, Aparicio Saravia sei am Wein verwundet worden. General Muniz verfolge die Aufständischen lebhaft.

Reichstag.

18. Sitzung. Montag, den 18. Januar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, v. Tirpitz, Frhr. v. Nitschoten. Präsident Graf Kallstrem teilt mit, daß der Kaiser dem Reichstage wieder eine neue Schiffstabelle „England II. Nachtragstafel“ hat überreichen lassen.

Dem Abg. v. Volkmar werden auf seinen Antrag weitere vier Wochen Urlaub bewilligt. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort

Reichskanzler Graf Bülow:

Meine Herren! Ich betrachte es als meine Pflicht, diesem hohen Hause Aufschluß zu geben über die ersten Ereignisse in Südwest-Afrika und Mitteilung zu machen von den Maßnahmen, die wir zum Schutz von Leben und Eigentum Hundert von dortigen deutschen Ansiedlerfamilien unerbittlich in das Wert werden setzen müssen. Der Aufstand der Hereros, der in wenigen Tagen einen bedrohlichen Umfang angenommen hat, ist ohne sichtbaren Anlaß und auch für genaue Kenner des Schutzgebietes unerwartet zum Ausbruch gekommen. Die ersten Nachrichten über die Möglichkeit einer solchen Erhebung haben wir heute vor acht Tagen aus den Schutzgebieten erhalten. Die seitdem eingegangenen und von uns durchweg sofort veröffentlichten Telegramme lassen leider keinen Zweifel an dem Ernst der Lage. Der Aufstand hat in wenigen Tagen den von der Eisenbahn durchzogenen und von Weizen am dichtesten besiedelten Teil der Kolonie ergriffen. Die Früchte des Fleißes und der Aussaat eines Jahres sind im Aufstandsgebiet vernichtet worden, ein großer Teil der Ansiedler hat sein Eigentum an Hand und Hof, an Land und Gut verloren. Schwerer noch ist die Sorge um das Schicksal der von ihren Familien nach den Stationen geschickten Weizen, die jetzt einen verzweifeltsten Kampf gegen eine Uebermacht von Eingeborenen führen. Es läßt sich heute noch nicht übersehen, wieviel von den in weiten Entfernungen über das Land verstreuten Farmfamilien nicht mehr rechtzeitig die schützenden Mauern der Station haben erreichen können. Der Aufstand ist in einem Zeitpunkt ausgebrochen, als sich der Gouverneur mit dem Gros der Schutztruppe wegen der Erhebung der Bondelzwarts im Süden des Schutzgebietes mehr als 20 Tagesmärsche von dem Schauplatz der gegenwärtigen Katastrophe entfernt befand.

Dadurch sind die Zufluchtsorte im Gebiete der Kolonie nur mit Schwachen, auf weite Gebiete zerstreuten Kräften versehen. Ost- und Karibib sind aufs äußerste bedrängt, Windhuk selbst, die Hauptstadt des Schutzgebietes ist ernstlich bedroht. Gleich die ersten Nachrichten zeigten die Notwendigkeit einer ansehnlichen Verstärkung der Schutztruppen. Infolgedessen wurde die Entsendung von 500 Mann mit sechs Maschinengewehren vorbereitet. Ihre Zustimmung zu dieser Maßnahme wird im Wege von Vorlagen erbeten, die ich nach bereits erfolgter Genehmigung durch den Bundesrat Ihrem Herrn Präsidenten hiermit übergebe, und die einen Nachtrags-Etat von 1903 und einen Ergänzungsetat von 1904 umfassen.

Die erbetenen Truppen dürften jedoch nicht vor dem 30. Januar resp. 6. Februar die Anreise antreten. Die am Sonnabend eingetroffenen Nachrichten, die das schlimmste befürchten lassen, machen aber sofortige weitere Maßnahmen notwendig. Es sind deshalb noch gestern alle Vorbereitungen getroffen worden, um ein zusammengestelltes Bataillon Marine-Infanterie von 500 Mann nebst einigen Geschützen und einem Detachement Eisenbahn-Pionieren mit größter Beschleunigung zu expedieren. Diese Truppen werden am Donnerstag mit einem Dampfer des Norddeutschen Lloyd in See gehen, dessen Eintreffen in Swakopmund etwa am 8. Februar erwartet werden kann. Für die Rufen, die durch die Auslösung dieser Truppen entstehen, deren Höhe sich heute noch nicht genau feststellen läßt, werde ich zur gegebenen Zeit die nachträgliche Genehmigung des hohen Hauses nachsuchen. Bis zum Eintreffen der Marine-Infanterie wird durch einen jetzt unterwegs befindlichen Abtransport von 230 Mann, der am 3. Februar in Swakopmund fällt, bereits einige Unterstützung gebracht werden. Außerdem hat das in Kapstadt stationierte Kanonenboot Befehl erhalten, nach Swakopmund in See zu gehen. Das Schiff wird dort voraussichtlich bereits heute eintreffen.

Meine Herren! Die geplanten Maßnahmen sind, soweit sich die Sachlage bis jetzt übersehen läßt, das Mindestmaß desjenigen, was wir und in der Kolonie in vollster Pflichttreue tätigen Beamten und Soldaten schuldig sind, wie auch denjenigen, die sich dort angesiedelt haben im Vertrauen auf den Schutz des mächtigen Deutschen Reiches, und vor allem unsern deutschen Mitbürgern, die dort für deutsche Sitte eine neue Heimstätte begründet haben.

Die Vorgänge der letzten Tage und die Illeruse unsrer auf das äußerste bedrängten und bedrohten Landsleute werden — das hoffen die verbündeten Regierungen zuverlässig — das deutsche Volk und seine Vertretung einig finden in schleunigem Eintreten für die Rettung der Bedrängten und für die Verteidigung der Ehre unsrer Flagge. (Lebhaftes Bravo!)

Die Vorlagen, die der Herr Reichskanzler mir soeben überreicht hat, werde ich sofort durch den Druck vervielfältigen lassen und sie womöglich noch unter die anwesenden Mitglieder während der Sitzung verteilen lassen.

Auf die weitere Behandlung dieser Vorlagen behalte ich mir vor, am Ende der heutigen Sitzung zurückzukommen. Graf Bülow, v. Tirpitz, v. Einem und Frhr. v. Nitschoten ver-laffen den Saal.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Zur Beratung steht die Interpellation der Abgg. Rogalla v. Wierberstein (L.) und Genossen, die folgendermaßen lautet:

Worum ist die im Interesse der deutschen Landwirtschaft gebotene und auch von den verbündeten Regierungen wiederholt als dringlich anerkannte Kündigung der in den Jahren 1891 bis 1894 mit mehreren andern Staaten abgeschlossenen Tarifverträge noch nicht erfolgt?

Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Unter andauernder Betoegung des Hauses nimmt zur Begründung der Interpellation das Wort

Abg. Graf Kanitz (L.):

Mehr als ein Jahr ist verstrichen seit der Annahme des neuen Zolltarifs. Wir hatten gehofft, die neuen Tarifverträge im Laufe des Jahres 1903 zu Stande zu bringen und den neuen Zolltarif vom 1. Januar dieses Jahres in Kraft treten zu lassen. Das war auch sicherlich der Wunsch der verbündeten Regierungen. Wir sind nicht um einen Schritt vorwärts gekommen, und so scheint es, als ob die Aussichten jetzt ungünstiger stehen als vorher. (Hört! hört! rechts.) Ich bin mir immer der Meinung gewesen, daß die Verhandlungen besser vorwärts gegangen wären, wenn man die alten Verträge gekündigt hätte. Ich habe das schon des öfteren dargelegt und gehe deshalb nicht mehr darauf ein. Ein beträchtlicher Teil der Schuld liegt aber auch an dem System, das

die Regierung von ihrer Vorgängerin übernommen hat.

Es war ein schon bei Abschluß der Handelsverträge von mir gerügter Fehler, einigen Ländern nur gegen Konzessionen die Vorteile einzuräumen, die man andern ohne Gegenleistung in den Schoß warf. Dieser Fehler rächt sich heute in sehr merkwürdiger Weise. Amerika gegenüber hat sich die Regierung mit dem lächerlichen Vertrage von Saratoga begnügt...

Präsident Graf Kallstrem: Herr Abg. Graf Kanitz, Sie haben ein Abkommen, das die deutsche Reichsregierung mit einem fremden Staate geschlossen hat, lächerlich genannt. Das ist unzulässig.

Abg. Graf Kanitz (fortfahrend):

Mit dem Abkommen von Saratoga (Rechts rechts) begnügt, worin sich Amerika nur verpflichtet hat, der deutschen Einfuhr keine besonderen Schwierigkeiten zu bereiten. Mit Rußland gerieten wir in einen Zollkrieg, den wir schließlich durch einen für uns nicht gerade günstigen Vertrag beendeten. Die ganze Situation ist also eine solche, daß man im Auslande lieber den jetzigen Zustand will fortdauern lassen, als neue Verträge abschließen, bei denen Deutschlands Interessen sicherlich besser vertreten sein werden. Rußland hat das dringendste Interesse, daß wir Amerika nicht diejenigen Konzessionen und Gegenleistungen machen, welche es selbst nur durch Ermäßigung feststehender Zollsätze erreichen kann. Das ist ein berechtigtes Verlangen; denn Amerika ist der gefährlichste Konkurrent Rußlands auf dem europäischen Markte und Rußland hat das sehr berechtigste Interesse, daß sich Amerikas Position nicht noch weiter verstärke.

Es kommt auch noch hinzu, daß die meisten Vertragsstaaten ihre Tarife erhöht haben, und hoc erhöht haben. Auch das ist ein Fehler, der dem ganzen System der gebundenen Vertragstarife anhaftet, welches alle Staaten zwingt, sich gewissermaßen bis an die Zähne zu bewaffnen. (Sehr richtig! rechts.) So haben die Schweiz, Dänemark, Ungarn, auch Rußland neue sehr hohe Tarife geschaffen. Man sagt, die Schwierigkeit des Abschlusses neuer Handelsverträge liege in den hohen landwirtschaftlichen Zöllen und zwar, ich sage, sie liegt in den hohen industriellen Zöllen Rußlands. Rußland hat diese um 50 bis 300 Proz. erhöht, im Durchschnitt um 200 Proz. (Hört! hört! rechts.) Diese Erhöhung ist einfach nicht ernst zu nehmen. Ich entnehme aus einer Zukunst, die aus Kaufmannskreisen an mich gelangt ist, daß bei derzeitigen Zöllen eine Einfuhr überhaupt unmöglich ist. Wir müßten den Russen nicht nur unsere Waren spenden, sondern ihnen auch noch etwas hinzupahlen. Auch Desterreichs zollpolitische Lage hat sich gänzlich verändert. Angenommen selbst, daß es die Krise, in der es jetzt sich befindet, glücklich überwindet und den Ausgleich bald zu Stande bringt, so hat es doch kein Interesse mehr an den landwirtschaftlichen Zöllen, soweit sie Getreide betreffen. Höchstens die Viehanfuhr läme in Betracht. Ich citiere Ihnen zum Beweise dessen nur einen Satz aus einer Rede, die der österreichische Ministerpräsident v. Koerber vor ungefähr 1 1/2 Jahren gehalten hat: Wir erwarten von den neuen Handelsverträgen die Erlösung aus einem Zustande, dessen immer drückender werdende Wirkungen nun schon seit Jahren hervor treten. Diese Auslassungen des Herrn v. Koerber sind in hohem Grade interessant. Es ist doch eine ganz unmögliche Forderung, daß wir unsere Viehhändler der Verfeinerung durch den österreichischen Export preisgeben.

Was Italien anlangt, so sind in unsern neuen Zolltarif nur ganz minimale Zölle für Gärtnereiprodukte und Wein eingesezt worden. Die deutschen Gärtner und Winzer müssen aber mehr als bisher gegen den italienischen Import gekämpft werden. Hoffentlich wird unsre Regierung es in dieser Beziehung an der nötigen Energie nicht fehlen lassen. Vor zehn Jahren äußerte der damalige Reichskanzler, wir wollten dem italienischen Wein auf deutschem Boden ein Schlachtfeld gegen den französischen Wein eröffnen. Er dachte nicht daran, daß wir vertragsgemäß Frankreich dieselben Ermäßigungen zugesprochen hätten wie andern Staaten, und so steht Frankreich mit seinem Weinexport heute noch oben an Deutschland. Daselbe Interesse am Weinzoll wie Deutschland hat aber auch Desterreich. Durch eine Ueberstimmung mit italienischem Wein würden die deutschen Winzer in eine noch übleren Lage versetzt als bisher. Schon vor Monaten haben die zum Verbands der rheinischen Genossenschaften gehörigen Winzervereine eine Resolution angenommen, worin sie auf diese Gefahr aufmerksam machen und an die Regierung die Bitte richten, die Interessen des Weinbaues in den neuen Verträgen energisch zu schützen. Ich schließe mich dieser Bitte an. Es können noch andre Schwierigkeiten dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Italien entgegen treten. So äußerte der italienische Handelsminister Pizzatti kürzlich, Deutschland befinde sich gegenüber Italien in einer Zwangslage, aus der Italien Nutzen ziehen müsse. Er befindet sich da durchaus im Irrtum: unsre Handelsbilanz mit Italien ist eine in hohem Grade passive, und wir befinden uns durchaus in keiner Zwangslage. Wir haben durchaus keine Veranlassung, uns für lange Jahre durch einen Tarifvertrag mit Italien zu binden.

Sollen die jetzigen Verhandlungen noch ins Unabsehbare dauern und soll derjenige deutsche Erwerbszweig, der die Kosten der jetzigen Handelsverträge zu tragen hat, gleichfalls auf unabsehbare Zeit in seiner bedenklichen Lage gelassen werden? Die Zustände der Landwirtschaft sind nacheinander unerträglich geworden. Die Rekrutierungszahlen beweisen in geradezu erschreckender Weise den Rückgang der Landwirtschaft. Die An siedelungspolitik im Osten führt unter den jetzigen Zuständen nur dazu, daß immer mehr Grundbesitz aus deutscher in polnische Hand übergeht. Die polnischen Stämme nehmen immer mehr zu. (Abg. Korjanty (Wole) ruft: Bravo! — Weiterleit.) Als Fürst Bismarck die An siedelungspolitik im Osten inaugurierte, sorgte er gleichzeitig für einen Schutz der Landwirtschaft gegen die ausländische Konkurrenz. Der Nachfolger des Fürsten Bismarck hat durch eine nicht gerade sehr weitsichtige Zollpolitik die landwirtschaftlichen Schutzzölle ermäßigt und hat damit dem deutschen Landwirte die Lebensbedingungen abgeschnitten. Wenn aber nicht gleichzeitig mit diesem Germanisierungswerk für einen angemessenen Schutz der Landwirtschaft gesorgt wird, so kommt nichts dabei heraus. Heute deden bei uns die Getreidepreise bei weitem nicht mehr die Produktionskosten. Selbst der französische Sozialistführer Jaures bezeichnet im vorigen Jahre einen Weizenpreis von 200 Mark pro Tonne als Minimalpreis, um die Produktionskosten zu decken. Gegen diesen Minimalpreis aber stehen die heutigen Getreidepreise um 30—40 Mark zurück! (Hört! hört! rechts.) Wollte die Landwirtschaft sich aber statt des unrentablen Getreidebaues mehr auf die Viehzucht werfen, so würde sehr bald eine Ueberproduktion an Fleisch eintreten. Auch dürfen wir mit unsrer Getreideversorgung nicht abhängig sein vom Auslande, sonst könnte es im Kriegsfall leicht zu einer Ausdehnung und Kapitulation kommen. Will man diese unzulässigen Zustände fortdauern lassen und kann man sich nicht einmal zur Kündigung der alten Verträge entschließen? Frankreich liefert uns ein viel besseres Beispiel; dort hat noch kürzlich eine beträchtliche Erhöhung landwirtschaftlicher Zölle stattgefunden, hinter der die Säye unsres neuen Zolltarifs erheblich zurückbleiben.

Die deutsche Landwirtschaft hat durch die Sozialpolitik, die Ausgaben für Schulen sehr viel höhere Kosten zu tragen als die französischen. Wenn unsre Bauern die Fürsorge der französischen und der deutschen Regierung für ihren Stand vergleichen, werden sie sicherlich besonderes Vertrauen zu ihrer Regierung bekommen. (Sehr richtig!) Die Regierung fördert durch ihr Vorgehen nur die Sozialdemokratie. Ich frage den Herrn Reichskanzler, auf wen er sich denn gegenüber den Angriffen der Sozialdemokratie stützen will, wenn nicht auf die

ländliche Bevölkerung. Diese bildet wie in Frankreich so auch bei uns die Kraft des Landes, ohne sie ist nichts zu erreichen, weder gegen einen inneren, noch einen äußeren Feind. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Der Herr Reichskanzler hat wiederholt erklärt, daß er eine Erhöhung der Getreidezölle für unerlässlich halte. Warum wird denn diese Erhöhung nicht in Kraft gesetzt, wenn sie unerlässlich ist? Auch Graf Posadowsky hat die Erhöhung der Zölle für notwendig gehalten, wenn die laufenden Verträge ihr natürliches Ende erreicht haben. Was versteht denn Graf Posadowsky unter dem natürlichen Ende der Vertragsperiode? (Weiterleit rechts.) Er kam doch mit dem 31. Dezember 1903 gemeint haben. Welche Rücksichten haben nun die Regierung dazu geführt, ihre Meinung zu ändern? Man hat nach politischen Rücksichten gesucht, ich kann solche nicht finden, glaube vielmehr, daß lediglich Rücksichten auf die Industrie dafür maßgebend sind, daß die Verträge nicht gekündigt werden. Wie lange aber soll noch der deutsche Bauer leiden, damit die Profite der Großindustriellen nicht geschmälert werden? (Sehr gut! rechts. Unruhe links.) Endlich wünsche ich das baldige Inkrafttreten des Zolltarifs auch mit Rücksicht auf unsre Finanzlage. Wir haben keine andre Einnahmequellen, keine Reichs-„Bier-“ und Reichs-„Weinsteuern“ und würden durch den Zolltarif mit einem Schläge unsre wirtschaftlichen Verhältnisse ganz erheblich verbessern. Auch unsre Reichsanleihen würden dann zu einem besseren Kurse auf den Markt kommen, wie ich Herrn Kanitz bemerken möchte. — Die baldige Beendigung der Handelsverträge ist also eine politische, wirtschaftliche und auch finanzielle Notwendigkeit; für die Landwirtschaft ist die baldige Beendigung von den Verträgen eine Lebensfrage. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Es ist schwer gegen sie gekündigt worden. Wir verlangen nichts als ausgleichende Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Als am 20. April v. J. die gleiche Frage im hohen Hause verhandelt wurde, war dieselbe an die Zukunft gerichtet: es hieß, wann die Regierung geneigt sein würde, die Handelsverträge zu kündigen. Heute wird die Frage an die Vergangenheit gerichtet. Man fragt, warum wir die Handelsverträge nicht gekündigt haben. Sachlich bedenklich diese beiden Interpellationen vollkommen. Es besteht der Unterschied, daß damals ein Wunsch ausgedrückt wurde und daß uns jetzt ein mindestens leiser Vorwurf gemacht wird. (Weiterleit.) Wenn jemand, ein politischer Mann, den Verhandlungen des hohen Hauses über die Zolltarif-Novelle beigewohnt hat und er wäre durch irgendwelche Umstände verhindert worden, von der weiteren Entwicklung der Sache irgendwelche Kenntnis zu nehmen, so würde er kaum annehmen, daß die heutige Interpellation und ihre Begründung auf dieselbe Regierung gerichtet ist, die den Zolltarif hier nach harten Kämpfen eingebracht und in harten Kämpfen hier verteidigt hat. Es kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß die Regierung die schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft ohne jeden Vorbehalt anerkennt; es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir ernstlich bemüht sind, der deutschen Landwirtschaft einen erhöhten Zollschutz zu sichern; in der Sache sind wir also vollkommen einig. Der Unterschied zwischen der Regierung und den Vertretern der Interpellation besteht lediglich in der einzuschlagenden Taktik.

Ich möchte die Lage, in der wir uns befinden, mit einem Bilde andeuten. Wer jemals in einem Glaswerk oder in einer Eisenhütte gewesen ist, wird vielleicht gesehen haben, wie ein Arbeiter lachend die Hand in die weisshäutige Masse streckt und umherseht vor den erstaunten Augen des Zuschauers sie wieder heranzieht. Das geringste Versehen in der Beurteilung des Zustandes der Masse würde diese lächerliche Hand in ihrer Aktionsfähigkeit für immer lähmen. So, meine Herren, berühren Sie hier mit Ihrer Interpellation auch einen Kreis glühend heißer, aktueller Fragen (Unruhe rechts), die man nicht mit der leisesten Tangente streifen sollte, wenn man nicht die Gefahr laufen will, unsre Aktionsfähigkeit zu beeinträchtigen, die Sie (nach rechts) unzweifelhaft stärken wollen. (Unruhe rechts.)

Meine Herren! Sie wollen sich dieser Erwägung offenbar verschließen. Ich muß aber doch bemerken, daß wir nie irgend eine Erklärung abgegeben haben in der Richtung, daß wir die Verträge zu einem bestimmten Termine kündigen würden. Als im hohen Hause der Antrag eingebracht wurde, daß der Zolltarif zu einem bestimmten Zeitpunkt in Kraft treten sollte, haben wir uns gegen ein solches Amendement mit größtem Nachdruck gewehrt, weil wir dadurch gezwungen werden sollten, mittelbar die Verträge zu einem bestimmten Zeitpunkt zu kündigen. Wir haben immer als Programm unsrer Handelspolitik aufgestellt, möglichst die alten Verträge in neue zu konvertieren, um das deutsche Wirtschaftsleben vor schweren Erschütterungen zu bewahren. (Zuruf rechts: Und die deutsche Landwirtschaft!) Ich würde niemandem raten, aus der Taktik, die wir jetzt befolgen und im gegenwärtigen Augenblick für richtig halten, sie zu befolgen, irgend welche Schlüsse auf die Zukunft zu ziehen. Deutschland hat bekanntlich eine große internationale passive Handelsbilanz. Ich ziehe nicht aus dieser wirtschaftlichen Tatsache die Schlüsse, die wiederholt von Rednern der rechten Seite des Hauses darauf gefolgert sind. Aber es folgt aus unsrer passiven Handelsbilanz mit unzweifelhafter Sicherheit, daß Deutschland ein großer, sehr leistungsfähiger und sehr zahlungsfähiger Staat ist. Wir sind Gott sei Dank keineswegs für den Bezug unsrer Rohmaterialien und Rohwarenmittel auf einen bestimmten Markt angewiesen. Wir können uns unter Umständen andre Bezugsquellen eröffnen. Der Handel ist in dieser Beziehung elastisch. Wenn wir also bisher die Taktik verfolgt haben, den Versuch zu machen, die alten Verträge in die neuen zu konvertieren, so folgt daraus für die Zukunft keinesfalls, daß wir nicht zu Entschlüssen gedrängt werden, die uns eine andre Haltung einnehmen lassen. Neue Verträge abzuschließen, ist sehr leicht, es kommt aber darauf an, wie die Verträge aussehen (Sehr wahr! rechts) und zu Verträgen gehören bekanntlich zwei Parteien. Gerade daraus, daß wir Ihnen bisher neue Verträge nicht vorgelegt haben, sollten Sie schließlich ersehen, daß wir gewisse elementare Forderungen festhalten und festhalten werden und daß wir nur unter Erfüllung dieser elementaren Forderungen neue Verträge abschließen können. — Wenn heute diese Interpellation im gegenwärtigen Stande der Verhandlungen an uns gerichtet ist, so kann ich nicht annehmen, daß die Herren Interpellanten erwarten haben, daß von dieser Stelle aus irgend welche sachliche Mitteilungen gemacht werden, denn diese sachlichen Mitteilungen würden die Interessen des Landes schwer schädigen.

Ich nehme vielmehr an, daß die Herren das Bedürfnis empfinden, ihre eignen politischen Ansichten zu der Sache zu äußern. (Weiterleit im Centrum und links.) Wenn hier von der rechten Seite des Hauses verlangt wurde, wir sollten schneller arbeiten, so hängt die Arbeit von zwei Seiten ab, und wir lassen es an Eifer und Energie, unser Ziel zu erreichen, nicht fehlen.

Der Reichskanzler steht am Steuer des Reichsschiffes und hat seine verfassungsmäßige Stellung; er kann auf Grund der Thatsachen allein den Kurs berechnen, den er steuern muß, und er kann sich von diesem Kurs durch nichts, auch nicht durch eine Interpellation, abbringen lassen, insbesondere bei der gefährlichen Fahrt in fremde Gewässer!

Auf Antrag des Abg. v. Kardorff (Rp.) erfolgt die Besprechung der Interpellation.

Der Staatssekretär hat uns keinerlei Anhalt über den Stand der Verhandlungen geben können. Das ist verständlich, denn die Verhandlungen befinden sich im vollen Fluß. Aber darüber sind wir allerdings bekümmert, daß die Verhandlungen noch bisher zu keinem Resultat geführt haben. Man hätte doch erwarten sollen, daß die Sache etwas eiliger angefaßt werde. Wir wünschen den Abschluß neuer langfristiger Handelsverträge, die im Interesse sowohl der Landwirtschaft als der Industrie liegen. Wir wünschen weiterhin keine Unterbrechung in unseren Handelsbeziehungen zu anderen Ländern und haben deshalb Verständnis dafür, daß die Handelsverträge noch nicht gekündigt sind. Dagegen sollte man einen größeren Teil der Meißbegünstigungsverträge kündigen, wenigstens diejenigen, bei denen die Handelsbilanz für uns ungünstig liegt. Das Weiterbestehen dieser Meißbegünstigungsverträge bildet ein Hindernis für den Abschluß neuer Handelsverträge.

Interessant war das Geständnis des Grafen Kanitz, daß bisher das Aniedelungsgeschäft im Osten vollständig Kiaslo gemacht habe. (Sehr richtig! im Centrum.) Wahrscheinlich, diese Millionen hätten besser nutzbar gemacht werden können. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.)

Wir hoffen, daß die Regierung bei den neuen Handelsverträgen die Interessen der Landwirtschaft voll wahren wird. Ich erinnere besonders an die Forstwirtschaft, die Produkte des Schafwollens, die Gärtnerei und den Weinbau. Aber wir müssen auch Rücksicht darauf nehmen, daß unsere Ausfuhr nicht durch allzu hohe Zölle gehindert wird. Die Majorität des Reichstages wird nicht davor zurückschrecken, Verträge, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, abzulehnen. Möge sich die Regierung ihrer hohen Aufgabe gewachsen zeigen. Reichstag und Regierung haben gemeinsam ein großes Werk zu stande gebracht. Wir hoffen nun, daß die Regierung die Waffe, die wir ihr gegeben, mit mehr Energie führen wird als bisher und zu besseren Handelsverträgen gelangen wird, als wir sie jetzt haben. (Beifall im Centrum.)

Abg. Bernheim (Soz.):

Als wir die Rede des Interpellanten und die Antwort des Staatsministers hörten, haben wir Sozialdemokraten uns gefragt, ob es sich überhaupt lohnte, in diesen häuslichen Streit einzugreifen.

Im ganzen hielten die drei Redner die beste Bestätigung der Kritik, die unsere Fraktion an diesem Zolltarif geübt hat. Wir haben schon längst Zweifel geäußert, ob überhaupt Handelsverträge auf Grund dieses Zolltarifs zu stande gebracht werden können. Jetzt hat Graf Posadowski die handelspolitische Situation mit der Weisgluthige verglichen. Graf Kanitz hat am 12. Dezember des letzten Jahres von einer Erbitterung des ganzen Volkes gesprochen, das die Kündigung der Handelsverträge erwarte. Da hat er den Mund etwas voll genommen, die arbeitende Bevölkerung ist durchaus nicht Ihrer (zu den Konservativen) Ansicht, die Partei, der drei Millionen Wähler soeben ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Lesen Sie nur die Berichte der Handelskammern nach. Graf Kanitz verlangt Kündigung der Handelsverträge, obwohl er selbst sagt, die Ausfuhr sei jetzt ungünstiger als je. Ungeachtet will es der Abg. Herold mit der Kündigung halten. Die Agrarier sind sich selbst über den besten Zeitpunkt der Kündigung nicht einig, und da interpellieren sie und verlangen einen Schritt, der für unser ganzes Wirtschaftsleben verhängnisvoll sein kann und Tausende und Hunderttausende von Arbeitern brotlos machen kann. Graf Kanitz singt das Lob der neuerdings von Chamberlain propagierten Schutzoll-Politik in England. Chamberlain hat allerdings zunächst Erfolg gehabt, aber schon zeigt sich unzweifelhaft eine starke Gegenströmung. Bei den vor ein paar Tagen erfolgten Nachwahlen in einem landwirtschaftlichen Bezirk, in dem bisher die Konservativen die Mehrheit hatten, erhielt der liberale Kandidat über 8000 Stimmen, der Sozialdemokrat 2500 und der Konservative nur 6000 Stimmen. Die beiden ersten waren Gegner des Chamberlain'schen Programms und nur der Konservative dafür.

Graf Kanitz möchte die Landwirtschaft nur auf niedrige Getreidepreise zurückführen. Es kommen dafür aber doch noch zahlreiche andere Gründe in Betracht, wie die schlechte Löhnung der Landarbeiter, ihr ganzes Leben und ihre Behandlung. Es ist auch nicht bewiesen, daß die Interessen der Vaterlandverteidigung leiden dadurch, daß die Landarbeiter zu städtischen Fabrikarbeitern werden. Die Rede von Jaurès, in der er einen Weizen-Getreidepreis von 20 Frank pro Tonne als Minimalpreis bezeichnet, kenne ich nicht. Möglicherweise hat die Weizenpreise vom heutigen Datum für die Jahre 1899 und 1900 nachgesehen: Danach betrug der Weizenpreis am 18. Januar 1899 in Berlin 167 M., in Paris allerdings 176 M., 1900 am 18. Januar in Berlin 149 M., Paris 148 M., also trotz des Getreidezolles noch 1 M. weniger als in Deutschland, weil eben Frankreich das Getreide aus Ägypten zollfrei einläßt. Die ganze Folge der französischen Agrar-Gesetzgebung ist, daß Frankreich in seiner Bevölkerung rational bleibt, wenn nicht zurückgeht.

Graf Kanitz fragte den Reichskanzler, wie er denn ohne Agrarzölle die drei Millionen Sozialdemokraten loschlagen wolle. Die Sozialdemokratie kann man nicht niederschlagen oder andröten, am allerwenigsten durch eine Politik, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung aufs höchste verletzt! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Graf Kanitz hat den Mut gehabt, zu sagen, die Industrie habe kein Interesse an neuen Verträgen. Ich gebe zu, daß die Industrie kein sehr großes Interesse hat an neuen Verträgen auf Grund dieses Zolltarifs; aber sie hat ein sehr großes Interesse an einem Vertragszustande, an guten Handelsbeziehungen zum Auslande. Es ist ja sehr leicht zu sagen — was zu meinem Staunen auch Graf Posadowski gesagt hat — daß wir von keinem Lande so abhängen, daß wir bezüglich des Rohmaterials auf dies Land angewiesen wären. Gewiß! Denn Graf Posadowski nicht Wolle und Baumwolle für Rohmaterialien für unsere Industrie? Für Baumwolle sind wir zum allergrößten Teil auf die Vereinigten Staaten angewiesen. Graf Kanitz sollte also nicht die Handelsverhältnisse zu diesem Lande so auf die leichte Achsel nehmen. Wenn wir uns in einen Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten begeben, wer bürgt uns dafür, daß man dort nicht einfach einen Ausfuhrzoll auf alle Baumwolle nach deutschen Häfen legt?

Der Staatssekretär hat die Interpretation in einer Weise beantwortet, die wahrscheinlich die Herzen von der Rechten sehr befriedigt, wenn sie es auch nicht sagen. Er hat ziemlich deutlich durchblicken lassen, daß Deutschland beim Abschluß von Handelsverträgen für Getreide, für agrarische Produkte auf den Mindestzöllen beharren wird, die der Reichstag angenommen hat. Ob England, ob andre Getreide exportierende Länder unter diesen Umständen mit uns Handelsverträge abschließen werden, habe ich nicht zu erörtern, das wollen wir seinen Ländern überlassen. Es sieht so aus, als ob der Widerstand doch so groß ist, daß daran die ganze Frage der Handelsverträge scheitern muß. — Die ganzen bisherigen Erörterungen waren eine unfruchtbar kritische der deutschen Zollpolitik, in die das Reich unter dem Einfluß der Rechten mit dem neuen Zolltarif eingetreten ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist zu zweifeln, ob die Regierung damit Handelsverträge zu stande bringt. Wenn aber doch Handelsverträge auf Grund dieses Mindesttarifs zu stande kommen, welche Konsequenzen wird Deutschland dann den anderen Ländern machen müssen? Das eine steht fest, findet der Abschluß von Handelsverträgen statt auf Grund der Mindestzölle, gegen die sich drei Millionen Wähler des deutschen Volkes erklärt haben, dann — diese Erklärung las ich nur wiederholen — wird unsere Fraktion für derartige Handelsverträge nun und nimmer zu haben sein. (Hört! hört! links. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gothein (fr. Bg.):

Wir empfinden den gegenwärtigen Zustand der Unsicherheit in allen handelspolitischen Beziehungen als einen sehr unangenehmen für Handel und Industrie. Die alten, eingeführten Firmen sind zwar in der Lage, den auswärtigen Markt für sich zu erhalten, neue Firmen aber können es schwer wagen, sich Absatzmärkte zu suchen. Nur sie ist

das Risiko so groß, daß sie nicht wissen, ob nicht vielleicht im nächsten Jahre schon ganz andre Fälle in Kraft sind als jetzt. Die Folge ist, daß unser Export sich nicht entwickelt wie unter gesicherten Verhältnissen und die weitere Folge, daß im Auslande weniger Produktionsstätten entstehen. Niemand von uns hätte die Aufgabe, in die wir durch die Annahme des Zolltarifs gekommen sind, besser charakterisieren können, als es Graf Kanitz heute getan hat. Wir könnten mit einem gewissen Galgenhumor Genugthuung darüber empfinden, daß wir diese Lage vor einem Jahre klipp und klar vorausgesehen haben. Damals hieß es, der russische Handelsvertrag sei so gut wie fertig. Ich habe immer die Kavität bewundert, die so etwas glauben konnte. Heute sieht man, daß die Verhandlungen vollständig ins Stocken geraten sind. Nun wollen die Herren Interpellanten unsere Situation dadurch verbessern, daß die Handelsverträge gekündigt und der autonome Zolltarif in Kraft gesetzt wird. Dadurch würden in erster Linie wir selbst in eine Zwangslage versetzt. Nun ist nur das eine Gute, daß der neue Tarif eine solche Fülle von Unstimmigkeiten enthält, daß er gar nicht in Kraft gesetzt werden kann. Viele seiner Positionen hat die Regierung wiederholt für absolut unannehmbar erklärt. Aber in der großen Kammerabstimmung (Unruhe rechts) haben sie dann doch alle diese unannehmbaren Positionen angenommen, und zerbrechen sich jetzt den Kopf, wie sie sie wieder los werden sollen. Man weiß auch nicht, wer der gute Freund sein soll, der uns von diesen Ungeheuerlichkeiten befreit. Für die Herren Interpellanten kommen lediglich die Interessen der Landwirtschaft in Betracht. „Wir Bauern“, wie Graf Kanitz so schön sagt, für die Herren scheint der Bauer jetzt schon bei einem recht großen Grundbesitz anzufangen, in der That haben die Herren um Graf Kanitz zum großen Teil die Forderung der wirklichen Bauern mit verschuldet. (Unruhe rechts.) Die Vorteile für den Großgrundbesitz sind die Herren gern bereit einzustreichen, wenn der neue Zolltarif eingeführt wird; wie es den andern Berufsständen ergeht, das ist Ihnen ganz gleichgültig. Eine Regierung, die auch nur einen Funken von Verantwortlichkeitsgefühl hat, darf die Verträge nicht kündigen, ehe sie neue hat. (Sehr richtig!) Jetzt erntet die Regierung den Dank vom Hause Deutsche, daß sie der Rechten gehorcht hat, den Tarif durchzuführen. Wir wollen auch nicht Handelsverträge erlassen durch Zulassung von Anleihen, die andre Länder nicht mehr nehmen wollen, und auch nicht durch Kaufleute, die unsern Export der Willkür anheimgeben, wie die Exportprämien-Kaufleute. Ein Mitglied der Mehrheitspartei hat mir erst kürzlich gesagt, die industriellen Zölle seien heute nur Schutzzölle für Schindlätze. Da Graf Kanitz vom System der Handelsverträge so wenig hält, vielleicht strebt er die internationale Regelung wie beim Jüder an. Inzwischen werden wir freilich Handelsverträge gebrauchen. Da wird wohl Graf Bälou heute schon bereuen, den parlamentarischen Staatsstreik mitgemacht und dem neuen Zolltarife zur Annahme verholfen zu haben. Denn Handelsverträge ohne Mindestzölle lehnt die Mehrheit dieses Hauses ab und da unter diesen Bedingungen keine neuen zu haben sind, muß man wie in Deutschland fortwährend. Wir stehen nicht günstig da für Handelsverträge, denn wir exportieren Massenartikel und haben den enormen Geburtenüberschuß von 900 000 Seelen im Jahre. Der Kapitalist kann schließlich mit seiner Fabrik oder seinem Kapital ins Ausland gehen. In Bodenbach in Böhmen sind jetzt allein schon 67 Familien deutscher Fabrikanten. Also die kleinen Unternehmer, die Arbeiter und der von ihnen abhängige Mittelstand haben das größte Interesse an festen Handelsbeziehungen. Handelsverträge, die die fremden Produkte ausschließen und uns den Export freilassen, kann eben keine Regierung abschließen. Im Gegensatz zu Ihnen treten wir für eine Politik des Schutzes der nationalen Arbeit ein, die nur möglich ist unter neuen Handelsverträgen. (Lebhafte Beifall links, Lachen rechts.)

Abg. Graf Schwerin-Löwis (L.):

Die Rede des Abg. Gothein scheint mir doch etwas post festum gekommen zu sein. Er sprach von der Nützlichkeit und Vorzüglichkeit der Einführung eines neuen Tarifs in seinem Sinne. Aber die Frage ist ja vor 13 Monaten entschieden worden. Es war vorausgesehen, daß von Ihrer Seite (nach links) die Höhe der Getreidezölle als Grund für das Nichtzustandekommen neuer Verträge ins Gespräch geführt werden würde. Selbst dem Abg. Gothein dürfte es doch aber schwer werden, die Gründe der russischen Regierung zu erörtern. Jedenfalls könnte das nur der Grund sein für Rußland und Rumänien, vielleicht noch für Dänemark in Bezug auf Gerste, aber nicht für die andern Vertragsstaaten. In Wahrheit ist aber auch für Rußland Landwirte nicht die Höhe der Getreidezölle, sondern die unglückliche Meißbegünstigungsklausel der Stein des Anstoßes. Ich erkenne an, daß die Regierung überhaupt eine Antwort erteilt und das Haus nicht verlassen hat. Aber diese Antwort hat trotz stark herabgestimmter Erwartungen doch enttäuscht, weil sie jeden positiven Inhalt entbehrt. (Sehr richtig! rechts.) Redner tadelt in weiteren, mit welcher Langsamkeit die deutsche Zollpolitik vorwärts schreite. Die ganzen Verhandlungen haben keinen Zweck, wenn die Regierung nicht fest entschlossen ist, die bestehenden Verträge zu kündigen und den neuen Zolltarif in Kraft zu setzen, falls keine Handelsverträge zu stande kommen. Ist man dazu nicht entschlossen, so sollte man lieber die Kosten der Entsendung von Unterhändlern nach St. Petersburg und Rom sparen. (Bravo! rechts.)

Abg. Rümpf (fr. Bp.):

Wir verstehen es vollständig, daß die Regierung von der Verantwortung zurücksteht, die unerhöht hohen Agrarzölle des neuen Tarifs in Kraft treten zu lassen, ehe entschieden ist, wie unsere Handelsbeziehungen zu den Vertragsstaaten sich gestalten. Die Herren von der Rechten sprachen immer nur von den Getreidepreisen für die Landwirtschaft, aber es war nie die Rede davon, daß das deutsche Volk einmal billiges Brot essen will! (Lärm und Lachen rechts. Bravo! links.) Wir wollen Handelsverträge, die auch den Interessen der Exportindustrie genügen. Wir müssen entweder Waren oder Menschen exportieren (Große Unruhe rechts); Menschen zu exportieren aber bedeutet den moralischen Ruin eines Landes! Ist denn die Geschichte der englischen Kornzollbewegung spurlos an uns vorübergegangen? (Rufe rechts: Chamberlain!)

Daß der neue Zolltarif vollständig seinen Zweck verfehlt, darüber kann heute kein Zweifel mehr sein. (Sehr richtig! links.) Er ist von vornherein nur eine Drohung. (Lachen links.) Aber welches Geschäft fängt man mit einer Drohung an!?

Staatssekretär Graf Posadowski:

Es ist sehr bedenklich, während des Ganges der internationalen Verhandlungen in solche Fragen einzugreifen. (Sehr richtig! links.) Wenn hier in diesem hohen Hause jetzt, wo wir mit andern Staaten verhandeln, erklärt wird, dieser Zolltarif könne nie in Kraft treten, er sei ein ganz ungeeignetes Instrument, um überhaupt damit zu verhandeln, so wird damit die Stellung der deutschen Regierung nicht gestärkt. (Wielaches Sehr richtig! rechts.) Wenn man auf dem Standpunkte steht, der neue Zolltarif sei eine Drohung, so müßten wir eine ganze Reihe von Zolltarifen anderer Staaten unter demselben Gesichtspunkt betrachten. Die Schweiz hat ihre Zölle zum größten Teile viel mehr erhöht als wir unsere Zölle. Und doch ist auch sie zu Vertragsverhandlungen bereit, auch sie denkt mit uns einen günstigen Vertrag abzuschließen. — Ja, wenn die Staaten so edel wären wie manche Herren hier im Hause, stets sofort ihr Herz auszustrecken und ihre letzten Absichten zu verraten (Heiterkeit), dann wären wir mit den Handelsverträgen längst fertig. Aber auch in andern Staaten hält man die Politik für berechtigt, sich nicht sofort ganz zu erschließen, sondern ganz allmählich zu einem Kompromiß zu kommen. Daß wir zu diesem Kompromiß kommen, das glaube ich, hoffe ich, und zu dieser Hoffnung berechtigt uns die starke Stellung, die Deutschland im wirtschaftlichen Leben hat.

Graf Schwerin-Löwis äußerte eine gewisse Ungebuld über die Langsamkeit der Verhandlungen. Was würden Sie aber zu einem Vertreter des Deutschen Reiches sagen, der, während diese geheimen Verhandlungen mit andern Kontrahenten geführt werden, hier irgendwelche loschlägen Mitteilungen machte. Damit würden wir das Vertrauen aller andern Regierungen verlieren.

Denn wir verlangen auch von ihnen, daß sie das Vertrauen dritten Regierungen gegenüber bewahren. Das haben die Regierungen bisher getan und deshalb können auch wir selbst absolut keine mündlichen Mitteilungen machen. Graf Schwerin-Löwis wünscht schon jetzt wieder Änderungen im neuen Zolltarif. Unser alter Zolltarif datierte vom Jahre 1890 und erfährt in der Bismarck'schen Periode nur ganz wenig Änderungen. Jetzt aber will man an einem Zolltarif, der von der Nacht vom 18. bis 14. Dezember 1902 datiert und überhaupt erst in Kraft treten soll, schon wieder Änderungen vornehmen. Sie wissen doch selbst am besten, durch welche Schwierigkeiten dieser Tarif hindurchgegangen ist. Einen Erfüllungstermin konnten wir nicht versprechen, weil wir nicht wissen konnten, wie lange die Verhandlungen im Reichstage und die Vertragsverhandlungen dauern würden. Wir konnten nur glauben, daß zur Verabschiedung des Zolltarifs, der so durcheinander gearbeitet war, der in all seinen Positionen in der Öffentlichkeit besprochen war, über ein Jahr notwendig war. Aber wir konnten deshalb keinen bestimmten Termin angeben, wann der neue Zolltarif in Kraft treten würde und neue Verträge abgeschlossen würden, weil wir selbst nicht wußten, wie lange die Verhandlungen dauern würden. Das „natürliche“ Ende der bisherigen Verträge war der 31. Dezember 1903. Wir schreiben heute den 18. Januar 1904 und deshalb wird uns schon eine mora, eine Verzögerung zum Vorturf gemacht, weil wir in dieser Zeit nicht mit sieben großen Staaten neue Verträge abgeschlossen haben. Wir sollen schnell arbeiten! Mit Schnelligkeit ist es nicht gemacht, sondern es handelt sich bei Vertragsverhandlungen um Fähigkeit und um nachdrückliche Vertretung der eignen Interessen. Ich muß mit allem Nachdruck den Vorwurf zurückweisen, daß wir in dieser Beziehung das Allergeringste veranlagt hätten. Wir wollen unser Wirtschaftsleben auf neue Grundlagen stellen, wir wollen der Landwirtschaft helfen, aber wenn Sie dem Lande und Ihren Wählern einen Dienst thun wollen, dann sagen Sie Ihnen, daß es ein großes und schwieriges Unternehmen ist, das ganze Wirtschaftsleben auf einen andern Tarif zu setzen und daß es sich da nicht um Tage, nicht um Wochen und nicht um Monate handelt.

Abg. Dr. Panjke (natl.):

Es kann kein Zweifel sein, daß die Schwierigkeit der Vertragsverhandlungen durch diese Interpellation nur vermehrt ist, vor allem aber durch die Reden der Linken. (Oho! links.) Das hat Graf Posadowski selbst gesagt. (Heiterkeit links.) Die Herren, die fortwährend erklären, wie es von der Linken geschehen ist, die Regierung steht vor einer unlöslichen Aufgabe, die vertreten allerdings die Interessen des Auslandes. (Große Unruhe links.) Es ist nicht richtig, daß die große Mehrheit des Volkes gegen den Zolltarif ist, wie es die Sozialdemokratie unter Hinweis auf ihre drei Millionen Stimmen immer behauptet. Die großen Parteien, die für den Zolltarif gestimmt haben, sind fast ungeändert wieder zurückgekehrt. (Lebhafte Zurufe links.) Sie haben bisher nie gelehrt, daß unter dem jetzigen allgemeinen, gleichen und geheimen Wahrecht die Volksstimme zum Ausdruck kommt. (Sehr wahr! rechts, Zurufe links.) Wenn so die große Mehrheit des Volkes sich für den Zolltarif ausgesprochen, so hat die Regierung auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Tarif sobald wie möglich in Kraft gesetzt wird. Ich würde die Kündigung der Verträge nur sehr ungern sehen, aber als ultima ratio muß die Regierung nicht im Zweifel sein, daß sie auch zur Kündigung schreiten muß, wenn es nicht gelingt, baldigt neue Verträge abzuschließen. Verträge, die einen erhöhten Schutz für die Landwirtschaft vermischen lassen, würden in diesem Hause keine Mehrheit finden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Wolff (wirtsch. Bg.):

Wir werden auf keinen grünen Zweig kommen, wenn wir nicht den Mut haben, die alten Capitulativen, dem Auslande günstigen Verträge zu kündigen. Unsere Bauern werden aufs äußerste verärgert. Liegt das im Interesse der Regierung!? (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. v. Czarlinski (Polc):

Graf Kanitz steht gegenüber dem Anwachsen der polnischen Bevölkerung ratlos da, und das tröstet mich. (Große Heiterkeit.) Die Liebe des Grafen Kanitz zur Landwirtschaft ist mir nicht ganz unverständlich; er will nur die deutschen Agrarier, nicht die polnischen, schützen. Ich habe früher selbst einmal Ihr Vorgehen (nach rechts) dahin charakterisiert, daß man der polnischen Landbevölkerung nichts geben, den deutschen Agrariern aber einfach das Geld in die Tasche stecken sollte. (Lebhafte Widerspruch rechts.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Nachtrags-Gesetz für Südwest-Afrika wegen des Herero-Aufstandes; Interpellation Auer (Soz.) wegen des Verhaltens russischer Polizei-Agenten in Deutschland; Gesetz über die Kaufmannsgerichte.)

Partei-Nachrichten.

Ein Polizeispittel treibt sich, wie das „Volkrecht“ meldet, schon seit Jahren in Zürich umher; er nennt sich Regener-Zollistofe und stammt aus Saarbrücken. Er sucht sich an die organisierten Arbeiter heranzumachen, indem er ihnen versichert, daß er nicht nur Sozialist, sondern „noch mehr“ sei. Zur Legitimation „verleiht er das „Neue Leben“ und andre anarchistische Blätter. Seit Oktober 1901 — also seit bald 2 1/2 Jahren — hat das kantonale Polizeikommando die urchundlichen Belege dafür in Händen, daß Regener ein Polizeispittel ist und im Dienste der preussischen Polizei steht. Diesen preussischen Polizeispittel hat Polizeihauptmann Kappold in seine Dienste genommen. Er liefert dem Polizeikommando seit mehr als zwei Jahren wöchentliche Berichte über die gesamte Züricher Arbeiterbewegung. Dafür wurde er bezahlt aus der Bundes-subsidation.

In einer „Entgegnung“ bestritt Regener, Spittel zu sein, das „Volkrecht“ hält jedoch seine Behauptungen aufrecht und will die Beweise hierfür erbringen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Abermals Flugblattverbreitung am Sonntag.

Die Kaiserliche Regierungs-Polizeiverordnung vom 31. Dezember 1898, welche das öffentliche Ausdragen und Verteilen von Flugblättern an Sonn- und Feiertagen verbietet und welche nennlich vom Kammergericht für rechtsgültig erklärt worden ist, sollte der Parteigewisse W. in Ziegenhain überlesen haben. Ein öffentliches Verteilen konnte ihm nicht vorgeworfen werden, so daß als Angriffspunkt nur das öffentliche Ausdragen verblieb. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach jedoch den Angeklagten frei und führte aus, daß das Ausdragen der Blätter von Haus zu Haus nicht geeignet gewesen sei, die äußere Heiligkeit des Sonntags zu stören. — Das Kammergericht gab der hiergegen eingelegten Revision der Staatsanwaltschaft statt, hob die Vorentscheidung auf und verteilte die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Es komme bei Anwendung dieser, zum Schutze der äußeren Sonntagsheiligkeit erlassenen Polizeiverordnung nur darauf an, ob das Ausdragen an sich geeignet sei, eine Störung der äußeren Sonntagsfeier herbeizuführen, nicht darauf, ob im besonderen Einzelfalle eine Störung eingetreten sei. Zururteilung müsse das Ausdragen öffentlich bemerkbar sein, wenn eine Vermehrung eintreten solle. Nähere Feststellungen darüber fehlten, deshalb die Zurückverweisung.

Aus der Frauenbewegung.

Köpenick. Der Frauen- und Mädchenbildungsverein für Köpenick hält Mittwoch den 20. Januar 1904 abends 8 Uhr im Lokal Helling, früher Stippeloh, Schöneberg, 5, seine regelmäßige Vereins-versammlung ab, zu welcher außer einem lehrreichen Vortrag noch mehrere wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen. Jahresendes, pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. Männer haben als Gäste Zutritt.

Frauenstudium. Den weiblichen Studierenden an der Universität
Dnigoberg ist von der medizinischen Fakultät nunmehr die
Teilnahme am Unterricht in der Anatomie und zwar separat gestattet
worden.

Briefkasten der Redaktion.

S. W. 67. Ihr Bericht ist gelesen, teilt jedoch mit zahllosen andern
das Schicksal, wegen Raumangels zurückgestellt zu sein.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends
von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

N. 2. 6. Soweit ersichtlich, kann die Ausübung des Abbederei-
Briefflags noch in vollem Umfange geltend gemacht und Schadenersatz
begehrt werden. Die Klage müßte durch einen Anwalt eingereicht werden.
Ob etwa das Briefflag beim Hausauftrag übertragen ist, können Sie aus den
Grundbüchern feststellen. Ob Verjährung vorliegt, läßt Ihre Frage nicht
ersehen. — **N. 99. N. 2. 3. B. 88. Ja. — 17. G. 7.** 1. Auch die
katholischen Geistlichen nehmen Gebühren für die einzelnen Handlungen.
Der außer diesen Accordinen den Pfarrern zuteilende Teil ist in den
verschiedenen Pfarren sehr verschieden. 2. Teilen Sie die Sachlage dem Gewerbe-
Inspektor mit oder beantragen Sie bei der Staatsanwaltschaft Verhaftung. —
Gewerkschaftshaus Straßburg. Wenn die Kündigung der 1. Januar
nicht etwa, wozu der Chef berechtigt war, die Entlassung am 1. De-
zember ausgesprochen ist, so ist für den Dezembermonat Gehalt zu zahlen.
— **G. S. 1.** Wenn Ihr Lohn 1500 M. jährlich nicht übersteigt und es sich

um eine andre als eine Alimenten- der Steuerforderung handelt, so ist
Ihr Lohn unpfändbar. — **Ernst Aren.** Vorwiegend würde der Wert
mit seiner Schadenersatzforderung durchbringen, weil in dem Offenlassen
des Hauses ein Verschulden liegt. — **S. 3. 603.** 1. Nehmen Sie mit
dem Geistlichen Rücksprache. 2. Wie zu 1: zulässig ist das. — **Paulsen-
straße 100.** Die unentgeltliche Vierung der Lehrmittel ist keine Armenunter-
stützung. Wird das Buch nicht geliefert, so ist der Vater zur Beschaffung verpflichtet.
— **Lehmann.** 1. Vom 4. März ab. 2. Vierteljährlich. 3. Die Einigung
mit der Mutter ist ohne Zustimmung des Vormundes und Genehmigung
durch das Vormundschaftsgericht rechtsunfähig. 4. und 5. Die Vollstreckung
ist zulässig. 6. und 7. Nein. — **G. S. 100.** Ja. Wenn Sie großjährig
sind, so sind Sie verbunden, den Vertrag zu halten, den Sie durch Ihre
Untertänigkeit eingegangen sind. — **G. R. Kobenburg.** Sowie ersichtlich,
kann Ihre Forderung ohne Zustimmung ihres Mannes die Schenkung nicht vor-
nehmen. Ein Testament kann sie ohne seine Zustimmung errichten. —
N. 3. 69. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — **Otto J. 17.** Wenn
die Schuld im Jahre 1902 oder später anerkannt ist, sind Sie rechtlich zur
Zahlung verbunden, sonst nur moralisch. — **26 267.** 1. Das Amtsgericht,
in dessen Bezirk der Schuldner wohnt, ist für einen gegen ihn zu erlassenden
Zahlungsbefehl zuständig. 2. Nein. 3. Die Kostenhöhe hängt von
der Höhe des Objekts ab. 4. Nach jeder Pfändung. 5. Nein.
— **Reform 26.** 1—3. Nein, niemals. — **Tempelhof.** Nein.
— **August Schröder.** Ihrem Antrage auf Wiederaufnahme in den deutschen
Staatsverband muß, soweit ersichtlich, stattgegeben werden. Bleiben Sie
Ausländer, so können Sie sowohl wie Ihr Sohn als Ausländer ausgenutzt
werden. Deshalb Ihr Gesuch abgelehnt sein soll, geht aus Ihrer Anfrage
nicht hervor. Legen Sie den Sachverhalt unter Beifügung einer Abschrift
der bezüglichen Bescheide klar oder sprechen Sie in der juristischen Sprech-

stunde vor. — **N. Winter.** Geheilige Vorschriften hindern einen Amts-
wärtcher an dem Betrieb derartiger Gewerbe nicht. — **M. R.** Sie können
der Gemeinde-Krankenkasse (Straßenstr. 3-6, Gemeinde-Deputation)
beitreten. — **W. B. 14.** Sie würden Ihre Frau voll zu alimentieren
haben, wenn Sie von ihr fortgehen. Wollen Sie sich gegen Schuldenmachen
von ihrer Seite schützen, so müssen Sie ihr Vorgehen beschreiben oder auf-
heben. Das geschieht durch Eintragung eines Vermerks im Grundbuche.
Ein Beispiel hierfür finden Sie S. 25 Nr. 20 und 21 des dem „Arbeiter-
recht“ beigegebenen Führers. — **P. 3.** Das kann nicht mehr möglich sein.
— **P. R. 24.** Lassen Sie Ihrem Mündel vom Vormundschaftsgericht be-
stimmten, daß es außer Hande ist, Kosten zu tragen, überreichen Sie dann
das Attest unter Vorlegung des Sachverhalts dem Amtsgericht (Prozeß-
gericht) mit dem Antrage, dem Mündel das Alimentenrecht zu bewilligen, und
wählen Sie entweder selbst oder durch einen Anwalt die Alimentenlage ein.
Ein Beispiel für solche Klage finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ beige-
gebenen Führer S. 218 Nr. 9. Das Buch liegt in den öffentlichen Leses-
hallen aus. — **M. W. 100.** Die Verpflichtung des Vaters bleibt be-
stehen. Den Namen des nicht von Ihnen erzeugten Kindes können Sie
nur mit Genehmigung des Polizeipräsidenten ändern. Für die Genehmigungs-
urkunde werden 50 M. erfordert.

Briefkasten der Expedition.

Niederösterreich. Der „Arbeiter-Rotkalender“ ist seit Sonnabend
wieder vorrätig.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, im Elskeller, Chausseest. 88:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Alberty über: Der Socialismus in Rußland.
2. Diskussion. 3. Antrag des Genossen Rortz.
Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Achtung! Frauen! Männer!

Dienstag, den 19. Januar, abends 8^{1/2} Uhr:

Volks-Versammlung

im Lokal des Herrn Liehm, Hasenheide, großer Saal.

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Arthur
Stadthagen über: Du sollst Deinen Nächsten lieben wie
Dich selbst.

Genossen, sorgt dafür, daß auch Eure weiblichen Angehörigen diese Versammlung zahlreich
besuchen.

Die Vertrauenspersonen der Frauen.

Achtung Moabit!

Sonntag, den 21. Januar 1904, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 17-19:

Wohlthätigkeits-Matinee für Crimmitschau

arrangiert vom

Gesangverein „Vereinte Sangesbrüder Moabit“

(R. d. V. S. S.)

unter Leitung des Dirigenten E. Himmel

unter gütiger Mitwirkung der Hauskapelle C. Tugendheim sowie mehrerer Mitglieder des Turnvereins
„Fichte“ und des Charakter-Dumorfisten H. Schreiber.

Anfang präc. 12 Uhr. — Billet 25 Pf.

Das Komitee.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(S. S. 29 Hamburg)

Filialen Berlin 9 und 10.
Sontag, Dienstag, den 19. Januar,
abends 8 Uhr, in den Arminius-
Hallen, Bremerstr. 72/73:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Klassenbericht von Filialen 9 u. 10.
 2. Bilanzberichterstattung.
 3. Anträge zur General-Versamm-
lung.
 4. Verschiedenes. 10836
- Hierzu laden ergebenst ein
Die Ortsverwaltungen.

Am Freitagvormittag zwischen 11
und 12 Uhr wurde auf dem Wege
von der „Vorwärts“-Druckerei bis
zum Gewerkschaftshaus (durch die
Köpenicker, Damm-, Alte Jacob- und
Lindenstraße) ein

Portemonnaie mit Inhalt

(620 M. in Gold, ein Fünfmärkstück und
45 Pf.) Geld für die Crimmitschauer
Weber von einem Gewerkschafts-
beamten verloren. Der eheliche Finder
wird gebeten, das Geld auf dem Ge-
werkschaftsbureau, Engel-Ufer 15, ab-
zugeben.

Achtung! Vereine!

Sonabend, der 27. Februar 1904
ist frei geworden. Schulz, Kran-
furterstraße 74. 40112*

Von der Reise zurück! Dr. med. Schaper

Homöopathischer Arzt, Special-
arzt für Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrätzerstrasse Nr. 27.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Bartels über: Die Arbeiter und der Klassen-
kampf. 2. Diskussion. 3. Regelung der Jubiläumseinfestungen und deren
Entschädigungen. 4. Verschiedenes. 1299/3

NB. Zu dieser Versammlung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder
notwendig, auch werden die Mitglieder, welche noch Beiträge vom
Jahre 1903 restieren, aufgefordert, dieselben im Bureau, Straßauerstr. 18,
zu bezahlen, widrigenfalls ihnen die „Einigkeit“ entzogen wird.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3363.

Mittwoch, den 20. Januar 1904, abends 8^{1/2} Uhr, bei Wilke,
Brannensstraße 188:

Versammlung der chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Weyl über: „Kerze und Kranken-
tassen“. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 1101/0

Mittwoch, den 20. Januar 1904, abends 8^{1/2} Uhr:
Konferenz der Vertrauensleute des Südens
im Gewerkschaftshaus, Saal I.

Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend.

Mittwoch, den 20. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, im Fürstentof,
Köpenickerstraße 137: 186/1

General-Versammlung.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen dringend
notwendig.
Der Vorstand.

Achtung! Lackierer! Achtung!

Donnerstag, den 21. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal III: 107/2

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

der Filiale II Berlin der Vereinigung der Maler, Lackierer etc.

Tages-Ordnung:
1. Die Versammlungsfrage. Referent: Kollege N. Tobler, Hamburg.
2. Wahl zweier Delegierten zum Provinzialtag. 3. Verschiedenes.
Kollegen! Angehts der äußerst wichtigen Tagesordnung ermahnen wir
das Erscheinen aller Mitglieder.
Die Ortsverwaltung.

Das Gute bricht sich immer Bahn.

langsam, wenn man es durch sich allein wirken läßt, schneller,
wenn man schlicht und sachlich darauf hinweist. Daher ist es
eigentlich die Pflicht eines jeden Menschenfreundes, das Gute,
das er einmal als solches erkannt und erprobt hat, auch
andern nach Kräften mitzuteilen. So sollte zum Beispiel jeder,
der den Wert und die Güte von Kathreiners Malztafee an
sich und den Seinen erfahren, seine Freunde und
Bekannte auf dieses gesunde, wohlschmeckende
Getränk aufmerksam machen. Er verhilft damit
denen, die seinen Rat befolgen, zu zwei wertvollen Gütern —
Gesundheit und Zufriedenheit.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen, Mittwoch, den 20. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: 77/13

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
1. „Das Recht der Streikposten.“ Referent: Rechtsanwalt Dr. Heise-
mann. 2. Streiks und Differenzen. 3. Verbandsangelegenheiten.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Vertrauensmänner-Karte nebst Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Portefeuller! Achtung!

Verband der Portefeuller und Federgalanterie-Arbeiter
und Arbeiterinnen. Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

in Graumanns Festsaal, Rauschstr. 27.

Tages-Ordnung: 1. Anträge zum Verbandstage. 2. Berichte
der Ortsverwaltung und des Kassierers. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung
und Kassierers. 4. Bericht der Arbeitsnachweise- und Agitationskommission.
5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Der außerordentlichen Wichtigkeit wegen
ist es Pflicht aller Mitglieder, in der Versammlung zu erscheinen.

Voranzeige.

Sonntag, den 21. Februar, in Kellers Festsaal (großer Saal),
Köpenickerstraße 29:

3. Stiftungs-Fest.

Die Billets werden in der Versammlung ausgegeben und sind bei den
Berkstätten-Vertrauensleuten zu haben.
109/1

Die Ortsverwaltung.

Socialdemokratischer Wahlverein Weissensee.

Dienstag, 19. d. M., abends 8^{1/2} Uhr, im „Prälaten“, Lehberstr. 122:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers. 3. Bericht der
Billetschleure. 4. Bericht des Vertrauensmannes. 5. Bericht der Revoluten.
6. Neuwahl des Gesamtvorstandes und des Vertrauensmannes. 7. Vereini-
gungsangelegenheiten. 18/1

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Zahlstelle des Wahlvereins be-
findet sich bei Schum. Köpenicker-Chaussee 38.
Der Vorstand.

Um meine Firma der ganzen Welt

bekannt zu geben, liefere mein Bekanntheits-Koll. Nr. 3 für Lage und
Länge 1.95 M. Bedingung: sofort bestellen, mehr wie 2 Koll. werden
an eine Adresse nicht abgegeben. 47/19*

1 Dose mit 25 Bismarck-Feitelschokolade in Zerk-Sauce und
25 Stück ff. Nollmörse in gl. Sauce, fett, 18/1

1 Dose mit ff. Del-Sardinen, fett, 18/1

15 Goldbällchen, höchste Reinheit, und neue Feinsilber.
E. Napp Nachf., Swinemünde No. 56A. Rischer-Str., Ern.

Vollständige Jahrgänge

diverser Zeitschriften
verkauft billigst 38920*

Journal-Lesezirkel German,

SW., Zolmsstraße 41.
Abonnements von 20 Pfennig an
pro Woche. — Preisgeld gratis.

5^{3/4} Pfund Brot
Badware 50 Pf.

6 Stück 10 Pf. 186/1

Albrechts Bäckereien:
Drangelstraße 9, Krautstraße 19,
Kalksteinstr. 28, Zauscherstr. 2,
Karlshofe Wälderstr., Stand 222/23,
Karlshofe Andrastr., Stand 16/18.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Specialarzt für (41/10)
Haut- und Harnleiden. 20512*

10-2, 5-7. Sonntag 10-12. 2-4

Masken-Garderobe

von 38242*

Carl Ernst,
Königsstr. 126, 1 Tr.
Grüße Auswahl!
Billigste Preise!
Vorleger dieser Annonce
erhält 10% Preisermäßigung.

Künstl. Zähne,

tadellose Ausführung
von 3 M. an, Plomben von 2 M. an

Max Guckel,
Lausitzer Platz 2.

Vorleger dieses erhält: 4 M. Er-
mäßigung bei Auftrag von 20,00 M.,
unter 20 M. 2 M. 20512*

Teilzahlung gestattet.

Erster Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, in Dräsel's Festsaal,
Neue Friedrichstraße 35:

Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Zur Eröffnung des preussischen Landtages. Referent: Genosse
Dr. Leo Arons. 2. Diskussion. 206/1

Zahlreichen Besuch erwartet
Die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (O.).

Dienstag, den 19. Januar 1904, abends 8 Uhr,
in den Andreas-Festsaal, Andreasstraße 21:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revoluten
2. Ergänzungswahl des Vorstandes: Es scheiden aus der erste Vorsitzende,
der erste Schriftführer, der erste Kassierer und der Beisitzer. 3. Wahl der
Revoluten. 4. Vortrag des Stadtverordneten Hugo Heilmann über: Rückblick auf das
Wahljahr 1903. 5. Diskussion. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreichen Besuch ersucht [242/4] Der Vorstand.

Töpfer-Träger Berlins und Umgegend!

Verband der Bau-, Erd- und
gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin und Umgegend.)

Dienstag, den 19. Januar 1904, abends 6 Uhr, im Rosenthaler
Vereinshaus, Rosenthalerstraße 57:

Gruppen-Versammlung der Töpfer-Träger.

Tages-Ordnung:
1. Die Verhandlung mit dem Innungs-Vorstand und das Ergebnis der-
selben. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 195/2

Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer (Filiale Berlin)

Engel-Ufer 15, Zimmer 35.
Fernsprecher-Nr.: Nummer 9720 der Vermittlungsanstalt Nr. 4.

Mittwoch, den 20. Januar, abends 8^{1/2} Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht und Klassenbericht. 2. Diskussion. 3. Verbands-
angelegenheiten. 177/1

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Mitglieds-
buch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Fracht od. portofrei g. Nachh. So lange Vorrat!

Das Konkurrentenkoli.

1 ganz fett. Rauchsalz. 1/2 Pf. Lachs. 2 Dose. ca. 50 Rollmörse u. Deli-
catesseringe. 1 Dose. Oelsardine. 40 Sprott-Büchl. u. Bräther. 3/2 M.
E. Degener, Nord- u. Ostsee-Fischerei-Exp., Swinemünde 102

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 19. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Schauspielhaus. Rom wie altern. Die Romanischen.
Neues König. Opern-Theater. Der Bassenano.
Deutsches. Novella d'Andrea.
Berliner. Maria Theresia.
Leipzig. Papstfisch.
Westen. Die Nidin.
Königs. Der Strom.
Reichens. Der keusche Casimir.
Central. Das Schwalbennest.
Thalia. Der Hochtourist.
Belle-Alliance. Der reichste Berliner.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater): Kollege Crampton.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstadt): Uriel Acosta.
Zutten. Einer von unsere Leut.
Kleines. Die Doppelgänger-Komödie.
Trionon. Madame X.
Carl Weiss. Reineidbauer.
Wipolo. Frühlingluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten.
Gedr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Metropol. Durchlaucht Radieschen.
Cassio. Wie einst im Mai. Die Wenzel.
Winter-Garten. Cléro. Otto Reutter. Spezialitäten.
Vossige-Theater. Entauptung. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubentrage 48/49. Der Erdball als Träger des Lebens.
Im Hofsaal abends 8 Uhr: Dr. B. Donath: „Michael Faraday.“
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Sonabendnachmittag 4 Uhr: Kinder- vorstellung, jeder Erwachsene ein Kind frei. Halbe Preise.
Der gestiefelte Kater.
Märchenspiel in 4 Akten mit Gesang und Tanz.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Der Strom.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Einer von unsere Leut'.
Mittwoch: Der Sohn der Bildnis.
Donnerstag: Othello.
Freitag zum erstenmal: Rean.
Sonabend: Der Weichhändler.
Sonntag: Der Weichhändler.
Abends: Rean.
Montag: Der Weichhändler.

Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg.
Heute und folgende Tage:
Der keusche Casimir.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Anfang 8 Uhr! Köpfnickerstr. 67.
Zum GASTSPIEL
AD. PHILIPP
Ueber'n
144. GROSSEN TEICH
MALE:
Apollo-Theater.
Um 8 Uhr:
Frühlingluft
mit dem reizenden Ballett
Blütenhochzeit.
7 1/2 Uhr: Die glänzenden
Januar-Spezialitäten.
Programm: Selma Brantz.
Miss Blanche Sloan. Les Perez.
Little Pich. Martin Kettner
mit neuen Schlägern.
Messers Biophon und Kosmograph.
Neue Bilder-Serie.
Anfang 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.

Metropol-Theater
Durchlaucht Radieschen!
Burleske Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Sonabend, den 23. Januar 1904:
II. grosser Metropol-Theater-Ball.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Vorletzte Woche.
Abends 8 Uhr: Gastspiel
des Oberbayerischen Bauern-Theaters.
Der Reineidbauer.
Vollständ. in 5 Akten v. 2. Angener.
Morgen: Die Kreuzschreiber.
Donnerstag: Die Leut von Ober-
ammergau.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Der Verschwendter.
Morgens (ein Dettler): Dr. Rob. Dill.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.
Komödie in 5 Akten von Gehart Hauptmann.
Mittwoch abends 8 Uhr:
Der Compagnon.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Ein Duell. Vorher: Ein Sonnenstrahl.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater).
Dienstag abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzkow.
Mittwoch abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Direktion Jean Kron
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der Hochtourist.
Guido Thiloischer in der Litzke.
Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.
Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Direktion Jean Kron
und Alfred Schönfeld.
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der reichste Berliner.
Große Ausstattungsgesellschaft in 4 Akten.
Sonntagnachm. 3 Uhr: **Krebse.**
Darauf: Der Raub der Sabinerinnen.

Cirkus Schumann.
Immer das Neueste - Immer das Original!
Die phänomene
offene Loop.
Babel.
Creator: Konf. Ancillotti.
Herrn Julius Seeths einzig bestehende
25 männliche dressierte Löwen. 25
dressierte Tiere des Clowns Gontard.
Gr. Ausstattungsgesellschaft
der Gegenwart. Eine Wande-
rung durch 8 Jahrtausende.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath:
„Michael Faraday.“
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Ein Naturwunder:
Die bildschönen
Herkules-Brüder
Der Indianer-Riese
Hianko Karoo.

ALT-CHINA Kunst-Ausstellung
LAPZIBER-STRASSE 12

Täglich geöffnet 10-8.
Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochen-
tags 5 Uhr. Anfang der Abend-
vorstellung 6 Uhr.
Entauptung
einer lebenden Dame!
Willy Prager
mit seinem Schläger:
Die kleine Garnison.
14 neue erstklassige Nummern.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Die Doppelgänger-Komödie.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Elektra.

Casino-Theater.
Goltzingerstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
Wie einst im Mai.
Schauspiel mit Gesang in 2 Akten.
Dazu neu: Die Wenzel
und das brillante Januar-Programm.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Der ver-
tauschte Sohn.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Vorletzte Woche.
Abends 8 Uhr: Gastspiel
des Oberbayerischen Bauern-Theaters.
Der Reineidbauer.
Vollständ. in 5 Akten v. 2. Angener.
Morgen: Die Kreuzschreiber.
Donnerstag: Die Leut von Ober-
ammergau.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Der Verschwendter.
Morgens (ein Dettler): Dr. Rob. Dill.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Anfang Sonntag: 8 Uhr. 7 Uhr.
„Wieder ein neuer grosser Erfolg!“
lautet die einstimmige Kritik der
gesamten Presse über die
H. und D. Herrnsfeldsche Komödie:
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe
mit den Wutoren in d. Hauptrollen.
Serner: Januar-Attraktionen
mit Bonidix.
Sonderverkauf 11-2 Uhr mittags.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Jeden Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der beliebtesten Norddeutsche Sängers.
Um 10 Uhr: **Grosser Ball.**
Entree 30 Pf. Sperrst. 50 Pf.

Steidl-Theater
Linien-Oranien-
strasse 132-burger Thor.
Neu! Das Neu!
teure Vaterhaus.
Lebensbild von Fritz Steidl.
Letzte Woche:
„Der grosse Cohn“.
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich-
und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Heute abends 8 1/2 Uhr:
Zum letztenmal:
Berlin, wie es weint und lacht.
Vollständ. mit Gesang in 9 Akten
von Halls. Musik von Cornabl.
Luffenow, Stadt: Dr. R. Winkler.
Ausführung: erfolgreiche Spezialitäten.
Mittwoch abends 8 1/2 Uhr:
Gensia für Hans Reiz u. Karl Pohl.
Grosse Premiere.
Das Millionenmädchen.
Lebensbild mit Gesang in 5 Akten
von Jacobson und Hülsen.
Nach d. Vorstellung: **Tanzkränzen**
ohne jede Nachzahlung.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Dienstag, den 19. Januar 1904:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Der jüngste Nientenan.
Poffe m. Ges. in 3 Akten v. C. Jacobson.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag, den 21. Januar: Der
Lumpensammler von Paris.

Sanssouci.
Stettiner Thor - Stat. der Hochbahn.
Heute Dienstag:
Don César
Romant. Schauspiel in 5 Akten.
Donnerstag, Sonntag und
Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers
und
Tanzkränzen.
Vortragsarten an allen
Wochentagen gültig.
Jeden Dienstag: Theaterabend.

Sie brauchen keine Wäsche mehr zu kaufen!!
Die **Wäsche-Lieferungsgesellschaft m. b. H.**
Friedrichstr. 85
Liefert Ihnen Ihren ganzen Bedarf kostenlos.

Sie bezahlen nur das Waschgeld!
Mit dem heutigen Tage eröffnet die Wäsche-Lieferungsgesellschaft m. b. H.

Hamburg Berlin
Stadthausbrücke 31 Friedrichstr. 85
Telephon Amt I 4456 Telephon Amt I 8991
ihre Filiale in Berlin und liefert:

Oberhemden, Vorhemden, Kragen, Manschetten, Unterbeinkleider, Nachthemden etc.
jedermann unentgeltlich und kostenfrei ins Haus unter nachfolgenden **Bedingungen:**

1. Die Wäsche-Lieferungsgesellschaft m. b. H. verpflichtet sich, spätestens 20 Tage vom Tage der Erteilung der Bestellung dem Abonnement die Wäsche unentgeltlich und kostenfrei ins Haus zu liefern.
2. Jede Woche, an einem vom Abonnement zu bestimmenden Tage, verpflichtet sich die Wäsche-Lieferungsgesellschaft m. b. H. die Wäsche zum Reinigen abzuholen und am gleichen Tage der nächsten Woche gereinigt wieder zuzustellen.
3. Die Wäsche-Lieferungsgesellschaft m. b. H. verpflichtet sich, für die **Instandhaltung der Wäsche** des Abonnement zu sorgen, und hat jeder Abnehmer das Recht, wenn sich ein sichtbarer Mangel an einem Wäschestück zeigt, eine **unentgeltliche Neulieferung des Stückes zu verlangen.**
4. Jeder Abnehmer erhält zu Beginn des Abonnements vollständig **neue Wäsche zu nur ausschliesslich eigener Benutzung.**

Der Abnehmer verpflichtet sich hingegen:
1. Seine unrein gewordenen Wäsche ausschliesslich nur in der Wäscherei der Wäsche-Lieferungsgesellschaft m. b. H. waschen zu lassen und dieselbe sowie das Waschgeld für die gereinigte Wäsche an dem von ihm für die Zustellung und Abholung der Wäsche bestimmten Tage bereit zu halten, damit in der Abholung und Zustellung keine Verzögerung eintritt. Kann durch Verschulden des Abonnement Wäsche an dem festgesetzten Tage nicht abgeholt werden, so ist der Abnehmer verpflichtet, für jede Neu-Andienung 10 Pf. zu bezahlen. (Es ist ratsam, jemand zu Hause mit der Übernahme, Ausfolgung und Zahlung der Wäsche zu betrauen, damit bei Abwesenheit die Zustellung nicht unmöglich gemacht wird.)

2. Bei etwaiger Wohnungsänderung ist der Abnehmer verpflichtet, die Wäsche-Lieferungsgesellschaft ungesäumt hiervon in Kenntnis zu setzen. - Falls der Abnehmer aber in eine andere Stadt übersiedelt oder Berlin für dauernde Zeit verlässt, so ist er verpflichtet, die ihm von der Gesellschaft zu seiner Benutzung gelieferte Wäsche auf feste Rechnung zu übernehmen und derselben für jedes Oberhemd M. 3.50, Vorhemd M. - .90, Nachthemd M. 2.50, Unterbeinkleid M. 2.50, für jeden Stehkragen M. - .25, Stehmuldekragen M. - .30, Manschetten M. - .30 und Taschentücher M. 3.50 per Dutzend zu bezahlen.

3. Im Falle einer längeren Krankheit oder zeitweisen Abreise des Abonnement kann das Abonnement, d. h. das Reinigen der Wäsche durch die Wäscherei der Gesellschaft unterbrochen werden, doch ist der Abnehmer verpflichtet, die Wäsche-Lieferungsgesellschaft hiervon rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Die Dauer des Vertrages wird in diesem Falle um die versäumte Zeit verlängert.

4. Die Abonnements-Dauer beträgt 2 Jahre, vom Tage der ersten Lieferung der Wäsche, und verbleiben die gelieferten Wäsche-Stücke während dieser 2 Jahre Eigentum der Gesellschaft. Nach Ablauf derselben geht die Wäsche in das Eigentum des Abonnement über. - Es steht jedoch dem Abnehmer frei, nach Ablauf von 3 Monaten gegen Übernahme der Wäsche zu den im Absatz 2 genannten Preisen vom Vertrage zurückzutreten, in welchem Falle er aller seiner Verpflichtungen entbunden ist.

5. Als Sicherstellung für die Einhaltung des Vertrages und für die Ansprüche der Gesellschaft verpflichtet sich der Abnehmer, folgende Beträge zu erlegen:
Für ein Oberhemd inkl. 2 Kragen und 1 Paar Manschetten M. 1.75, Vorhemd M. - .75, Nachthemd M. 1.25, Unterbeinkleid M. 1.25, Taschentuch M. - .05.

Wasch-Preise.
Oberhemden mit fester Manschette M. - .45, Oberhemden ohne Manschette M. - .38, Vorhemden M. - .15, Kragen M. - .08, Kragen (Stehmulde) M. - .12, Manschetten M. - .12, Nachthemden M. - .20, Unterbeinkleider M. - .15, Taschentücher M. - .05.
Da die Wäsche-Lieferungsgesellschaft m. b. H., wie aus den Bedingungen ersichtlich, während der Abonnements-Dauer jedes schadhafte gewordene Wäschestück durch ein neues zu ersetzen verpflichtet ist, so muss sie im eigenen Interesse nur beste, dauerhafte Ware liefern.
Jedermann, der Abnehmer der Wäsche-Lieferungsgesellschaft wird, entledigt sich ein für allemal der Notwendigkeit, je wieder Wäsche kaufen zu müssen, da er, ins solange er Abnehmer der Gesellschaft bleibt (sei es auch 10 und 20 Jahre), immer schadhafte gewordene Wäsche kostenlos durch neue ersetzt bekommt.
Während der Abonnements-Dauer sind keinerlei Nachzahlungen mehr zu leisten.

Nur das Waschgeld wird bezahlt.

IX. Berliner Saison.
Cirkus Busch.
Zum 27. Male:
Aus den Alpen.
Besonders bemerkenswert:
Der Automobilsturz.
Die Original-
Offene Schleife
(8 Meter Sprung).
- Mr. Richard Sawade -
mit seiner berühmten
Tiger-, Löwen- und Bären-Dressur.
Die besten Clowns der Welt:
Robert Belling, Gebrüder Fratellini u. Alfr. Daniels.



Neues Programm:
Harry Rochoz Hundedresseur.
Wood u. Bates Amerik. Excentrica.
Lorraine's Lebende Bilder.
Die beiden Freydes Gymnastiker.
Cook u. Clinton Amerik. Kunstschützzinnen.
Meers u. Oms Drahtsoilkünstler.
Otto Reutter Humorist.
Salerno Meister-Jongleur.
Annette Gillard Pariser Opernsäng.
Mlle. Otéro Spanische Tänzerin
in ihrer Pantom. „Opiumrausch“,
Therese Komischer Hypnotiseur,
„Karnavalsgeister“ Wiener Ballett
Biograph.

Reichshallen Stettiner Sängers.
Anfang: 8 Uhr.
Mittwoch: 7 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

Etablissement Guggenhausen
Horitzplatz.
Im Keller:
Sünter - Ensemble
„Nordsterne“
unter Leitung d. Herrn
Rudolf Schauss.
Kasseneröffnung 5 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Nach der Vorstellung:
Tanzfrühstück.
An den unteren Sälen:
Görlich-Konzert und Vordierfeld.
Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Franz Sobanski.
Mila Roselli, Georg u. Papi Wagner.
Berlotti - Müller - Reuss.
Zum Schluss: 8 3. Zum Schluss:
Jubiläum mit Gesang.
Nach der Vorstellung: **Mittwochs,**
Sonabend u. Sonntag: **Tanz.**

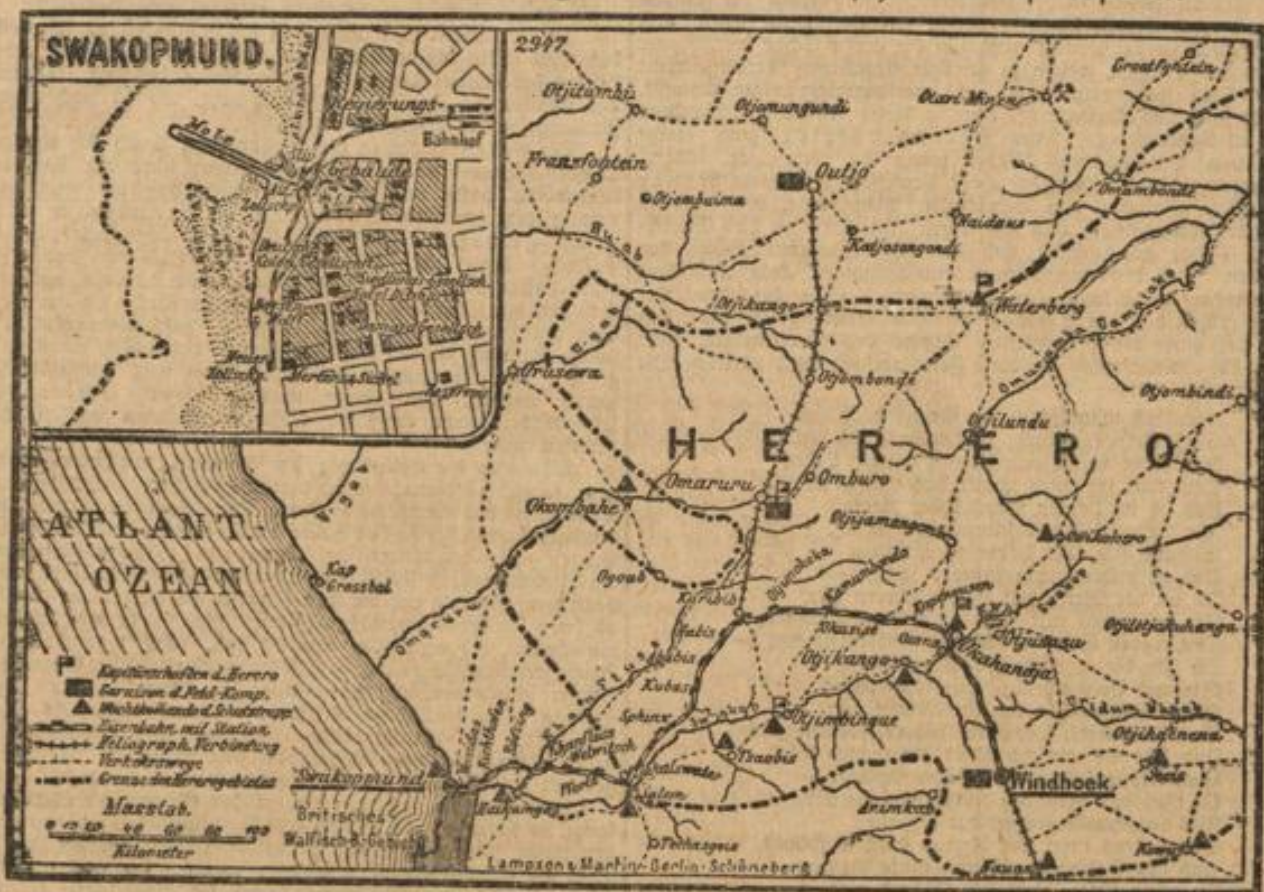
Schmuck für jede Wohnung!
Winter, Sommer, Herbst, Frühling.
Orsa, Petrol-, Glühl-, Brenner.
m. Strumpf, Gl. 6.50, 9.50, 15 gold. Web. Leucht. wie Wachs, darf auf j. Lampe, 1. Liter ca. 30 St. Gut. Funf. gar., event. a. Probe. Elektr. in Taschen. u. a. v. 85 Pf. an. Orsa, Berlin S. 6, Prinzenstr. 32.

Cotillon-Artikel
empfehlen
Pohl & Weber Nachf.
Fabrik und Versand:
Berlin S., Neue Jakobstrasse 6.
Zweiggeschäft: 39962
Alexanderstrasse 51/52, 1. Etage,
Ecke Prenzlauerstrasse.
Man verlange Kataloge.

Bruch - Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Gorbältern, Spritzen,
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege.
Eigene Werkstätte.
Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenfürsorge
Berlin C.
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen
Belastungen, angenehm und leicht
am Körper.
38252*

Cotillon-, Ball-, Karneval-, Bockbierfest-Artikel
Fabrik
Paul Schimlick,
SW. 68, Lindenstr. 79,
neben dem „Gonpärts“.
Freundliche Wohnungen.
Zwei Stuben, Küche, Keller, Boden,
Kloset, Wasserleitung billig zu ver-
mieten in **Adlershof.** Zu er-
fragen in der Bieder- Bismarck-
straße 18, A. Wartenberg. 40302*

Das Aufstandsgebiet der Hereros in Deutsch-Südwest-Afrika.



Nachdem erst vor wenigen Wochen die Aufstände der Bondelzwarts im südlichen Teil Deutsch-Südwestafrikas niedergebriht worden sind...

Unsre beisehende Karte giebt über die Lage der verschiedenen Ortshäfen, über die Trace der Eisenbahn Swakopmund-Windhoek und über die Ausdehnung des gemäßigten Gebietes...

Wenn Justizminister schimpfen.

Hidenburg, den 16. Januar.

Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde heute unter riesigem Andrang des Publikums der Beleidigungsprozess verhandelt, welchen der Verleger des hier erscheinenden „Residenzboten“...

In der heutigen Verhandlung war als einzige Zeugin Frau Biermann geladen. Die Zeugin erklärte zunächst, daß sie der festen Überzeugung gewesen sei, der Minister werde trotz der ihm seitens ihres Mannes zugesagten Ehrenränkungen doch soweit eine Grenze zu ziehen wissen...

Im Anschluß an die Vernehmung der Zeugin erhielt der Kläger Biermann das Wort zur Begründung der Klage. Er sehe davon ab, an dieser Stelle nochmals seinen früheren Prozeß aufzurollen...

Vorsitzender: Sie haben sich hier aller Beleidigungen des Herrn Ministers zu enthalten und nur Ihre Anträge zu stellen!

Biermann: Nun, ich bin in dem Verfahren des Herrn Ministers gegen mich ganz anders hergenommen worden. Hier war es, wo der Herr Vertreter des Ministers von meinem „verbrecherischen Willen“ sprach...

Vorsitzender (unterbrechend): Ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, daß Sie sich hier aller Beleidigungen zu enthalten haben.

Biermann: Der Herr Minister hat auch oft genug die Grenzen des Zulässigen weit überschritten. Es ist doch weit schlimmer, wenn ein Minister seinen Mund nicht halten kann...

Rechtsanwalt Wigger als Vertreter des Justizministers erklärt zunächst, er gebe namens des Ministers ohne weiteres zu, daß eine Beleidigung vorliege...

mal die Gelegenheit geboten gewesen, die ihm zugefügten Beleidigungen des „Residenzboten“ zu erwidern. Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Jena sei eine Aufrechnung solcher Erwidrerungen auch dann möglich...

Nach längerer Beratung erging folgendes Urteil: „Der Privatbelleagte Justizminister Ruffrat wird wegen einfacher Beleidigung des Redakteurs Biermann zu einer Geldstrafe von 20 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von zwei Tagen tritt, verurteilt.“

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

Mit dem Ersuchen um Veröffentlichung geht uns folgendes zu: Im „Vorwärts“ vom Sonntag, den 17. Januar 1904, wird unter Soziales berichtet, daß ich als das Endziel der jetzigen ärztlichen Bewegung in der letzten Nummer der „Medizinischen Reform“...

selbstverständlich um so michtiger ist, je mehr der Stand überfüllt ist. Ganz abgesehen von diesen logischen Thatsachen, welches Interesse sollte — rein materialistisch diese Bewegung aufgefaßt — die gegenwärtige Ärztegeneration in ihrer Majorität daran haben...

Wir haben dieser Aufschrift Raum gewährt, um uns nicht dem Verdacht auszusetzen, als wollten wir unsere Leser — in der Mehrzahl Krankenlassenmitglieder — absichtlich falsch unterrichten über die Ziele der gegenwärtigen ärztlichen Standesbewegung...

Ueber die Frage der freien Arztwahl kann man wohl auch vom Kassensandpunkt geteilter Meinung sein, aber immer nur von der Voraussetzung ausgehend, wie etwa das Interesse des einzelnen Versicherten mit dem Interesse der Gesamtheit der Versicherten in Einklang zu bringen sei.

Die Versicherten haben ein Interesse daran, daß die Ärzte angemessen honoriert werden, doch wenn die Ärzte wie in Köln und Leipzig Honorarerhöhungen um zwei Drittel des bisherigen und mehr fordern...

Die Krankenkassenkommission der Ärzte Düsseldorf und Umgebung erläßt folgende öffentliche Erklärung: Die königliche Eisenbahndirektion Elberfeld hat für ihre Betriebskrankenkasse die freie Arztwahl nicht nur rundweg abgelehnt...

Der Kampf gegen die Heimarbeit.

Der Vorstand des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine hat zur Regelung der Heimarbeit seinen Mitgliedern die Annahme folgender Thesen empfohlen:

1. Durch die Heimarbeit mit ihrer unbegrenzten Arbeitszeit, ihren niedrigen Löhnen, ihren ungesunden Arbeitsstätten werden die in ihr beschäftigten Männer, Frauen und Kinder wirtschaftlich und geistig zu Grunde gerichtet.

2. Die Heimarbeit erschwert auch den in Werkstätten und Fabriken beschäftigten Arbeitern den Kampf um die Hebung ihrer Lage, weil viele Unternehmer sich den Anforderungen der Arbeiter-Lohn- und Versicherungsorgane zu entziehen suchen...

3. Um die verhängnisvolle Lücke zu verstopfen, die in der deutschen Arbeiterschutzbewegung laßt, so lange die Heimarbeit unreguliert ist, sind die folgenden gesetzgeberischen Maßnahmen zu fordern:

- a) Gesetzliche Beschränkung und entsprechende Vergütung der Ueberstunden, sowie Verbot der Uebergabe von Arbeit nach Hause.
b) Verpflichtung der Arbeitgeber und Zwischenmeister, eine genaue Liste aller von ihnen beschäftigten Arbeiter zu führen...
c) Erlass strenger allgemeiner Vorschriften über die sanitäre Beschaffenheit der Räume, in denen Heimarbeit verrichtet werden darf...
d) Grundliche, häufig wiederkehrende Aufsicht über diese häuslichen Arbeitsstätten; dazu ist eine starke Vermehrung des Gesundheitsinspektorspersonals nötig...
e) Ausdehnung der Arbeiterschutzesorges auf die Heimarbeit, vor allem der Paragrafen betr. Sonntagserhube, Verbot der Kinderarbeit, Regelung der Arbeitszeit und Pausen...
f) Erlass strenger Strafen für die Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften; die Arbeitgeber sind mit haftbar zu machen für die Innehaltung der unter e angeführten Bestimmungen.

g) Unterstellung der Heimarbeiter unter die Arbeiterversicherungs-gesetze (Kranken-, Unfall-, Invaliditätsversicherung) und zwar sind die Arbeitgeber zu einer höheren prozentualen Beitragspflicht für die von ihnen beschäftigten Heimarbeiter heranzuziehen, als sie für ihre Fabrik- und Werksstättenarbeiter leisten. Diese höhere Beitragspflicht ist ein Ausgleich dafür, daß die Arbeitgeber durch die Heimarbeiter an Betriebskosten (Fabrikraum, Maschinenabnutzung, Beleuchtung) sparen.

4. Infolge der unter 3 aufgeführten Maßregeln ist zu erwarten, daß die Heimarbeit immer mehr eingeschränkt werden wird, weil sie sich für den Arbeitgeber nicht mehr profitabler stellt als die Fabrik- und Werksstättenarbeit; diese Folge wäre mit Freuden zu begrüßen, weil die Kontrolle über Fabriken und Werksstätten viel leichter durchführbar ist als über die verstreuten Kleinbetriebe, und weil die in Fabriken und Werksstätten arbeitenden Männer und Frauen leichter zu organisieren sind als die zerstreuten Heimarbeiter.

5. Das Verschwinden der Heimarbeit würde keinen Schaden, sondern einen Vorteil für den nationalen Wohlstand bedeuten. Die Industrien, welche mit dem Schwitzsystem arbeiten, bereichern sich auf Kosten des allgemeinen Volkswohls und Volkvermögens, denn: die unterbezahlten und unterernährten Arbeiter müssen zum Teil von der Armenverwaltung unterstützt werden; sie nehmen in weit stärkerem Maße die Krankenkassen und Krankenhäuser in Anspruch als die besser gestellten Arbeiterkategorien; die in der Heimarbeit beschäftigten Frauen werden häufig aus Not der Prostitution in die Arme getrieben; aus den gewerblich tätigen Kindern rekrutieren sich nur gar zu oft die Verbrecher.

Kaufmannsgerichte.

Der Hauptvorstand des kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte in Berlin hat an den Reichstag das Ersuchen gerichtet, den Gesetzentwurf betr. die Kaufmannsgerichte nach folgenden Richtungen abzuändern: das Wahlrecht für die Richter auch den Frauen zuzugestehen, die Errichtung von Kaufmannsgerichten von der Größe der Stadt unabhängig zu machen, auch Streitigkeiten aus einer Konkurrenzklause der Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts zu unterwerfen und vertragliche Vereinbarungen, wonach Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Anstellungsverhältnis einem privaten Schiedsgericht unterbreitet werden sollen, für nichtig zu erklären.

Aus Musterwerkstätten.

Die Eisenbahn-Direktion Köln erließ im vergangenen Sommer eine Verfügung, in der nach dem „Bedarf“ der Eisenbahner folgendes Musterbeispiel von sozialistischer Socialpolitik enthalten war: „Trotz wiederholter Aufforderung ist der Verdienst der Arbeiter derselbe geblieben und vermindert noch geblieben. Wir verordnen hiermit noch einmal, den Verdienst den Verhältnissen entsprechend zu revidieren und werden bei der nächsten Rechnungsrevision in Betracht ziehen, inwieweit davon Gebrauch gemacht ist.“

Danach sind dann den Rangierern, die bei zwölfstündiger Arbeitszeit 3,20 M. verdienen, Abzüge von 10 und 20 Pf. gemacht worden.

Wem gehören die Schularbeiten? Anlässlich eines Konflikts, der zu gunsten eines Schuldirektors, zur Abwendung einer Privatklage gegen diesen erhoben worden war, hat das Ober-Verwaltungsgericht ausgesprochen, daß die von Schülern geleisteten Arbeiten zur Verfügung der Schule ständen, und daß Lehrer und Schulleiter berechtigt seien, die Arbeiten im Interesse des Unterrichts und der Erziehung zurückzuhalten und zwar auch dann, wenn der Schüler von der Schule abgehe. Die Schule schulde den Eltern nur, die Ansicht der Arbeiten ihnen zu gestatten und ihnen die leeren Blätter zurückzugeben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zu den Gemeindevahlen.

In Johannisthal liegt die Wählerliste während der Dienststunden im Gemeindebureau aus, ferner ist sie bei Martins, Roonstr. 2, einzusehen.

In Rudow liegt die Liste im Gemeindebureau aus.
In Schmargendorf im Rathaus von 9 bis 10 Uhr. Wer verhindert ist, die Liste selbst einzusehen, wende sich an Genossen Leonhardt, Bornemünderstr. 6.

In Stralau im Gemeindebureau; ebenso in Bries während der Dienststunden im Zimmer 9. Diejenigen, welchen es an Zeit fehlt, selbst die Listen einzusehen, können sich bei folgenden Herren melden: Friedrich Beniger, Werderstr. 26, Restaurant; Aug. Klinge, Chausseestr. 38, Cigarrengeschäft; Hugo Sachs, Rudowstr. 86, vorn I.

Wilhelmsruh. Die Einkommensliste kann im Gemeindebureau zu Rosenhal, Borsichtnagel von 8-12 Uhr vormittags und 2-6 Uhr nachmittags, Sonntags von 9-12 Uhr stattfinden. Wer verhindert ist, die Liste selbst einzusehen, wende sich an die mit roten Plakaten versehenen Stellen.

Dritter Wahlkreis. Donnerstag, den 21. Januar, Zahlabend des Wahlvereins.
Der Vorstand.

Schöneberg. Heute, Dienstag, findet bei D. H. Reimingerstr. 8, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil: „Küßlich und Ausblick“ und Stellungnahme zur Tagesordnung der Kreis-Generalversammlung.

Weißensee. Die Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins findet am Dienstag, den 19. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, statt. Da der gesamte Vorstand sowie der Vertrauensmann zur Wahl stehen, erwarten wir, daß alle Mitglieder zur angegebenen Zeit in der Versammlung erscheinen.
Der Vorstand.

Bries. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, spricht Stadivordneter Gwald Berlin in einer bei Veltke, Chausseestr. 39, stattfindenden Volksversammlung über die Ausperrung der Crimmitschauer Weber. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Nowawes. Mittwochnachmittag 5 Uhr wird die Gemeindevertretung sich mit der von den socialdemokratischen Gemeindevertretern wegen der Friedhofshandlung eingereichten Interpellation zu beschäftigen haben. Unsere Parteigenossen sind der Ansicht, daß bei besserer Verwaltung die Rudolfsgräben nicht hätten verübert werden können, und so wird es vielleicht zu scharfen Auseinandersetzungen kommen. Ebenso steht die Sanierungsfrage und der Schulhausbau auf Tagesordnung.

Dalldorf-Vorligwalde. Mittwoch findet bei G. Koll in Dalldorf ein Diskussionsabend für Dalldorf und Vorligwalde statt. Außer einem Vortrag des Genossen Schulz steht die Gemeindewahl, besonders die Kandidatenfrage, auf der Tagesordnung und es wird deshalb auf das Erscheinen sämtlicher Mitglieder gerechnet.

Spandau. Donnerstagabend 8 Uhr: Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins bei Genosse Köpcke, Büchel-dorferstr. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Revisoren. Vorstandswahl. Gäste willkommen.

Lokales.

Zu meinem diesjährigen Geburtstag sind mir so zahlreiche Gratulationen und Wünsche zu teil geworden, daß ich mir verlagern muß, dieselben — so gern ich es möchte — einzeln zu beantworten.

Allen Genossen, Genossen und Organisationen, den Partei-Organen und den Freunden im Reich, sowie den Vertretungen und Organen der ausländischen Bruderparteien, die in so überaus freundlicher Weise meiner danken, sage ich hierdurch wärmsten Dank für die Beweise der Liebe, Freundschaft, Anerkennung und des Vertrauens, die mich herzlich erfreuen und hoch geehrt haben.

Die Verhätigung meines innigen Dankes wollen die Genossen in der Verhätigung erlösen, daß ich, so weit Fähigkeit und Kraft reichen, in bisheriger Weise weiter im Dienste der Partei arbeiten und wirken werde.
Berlin, 19. Januar 1904. Paul Singer.

Die Arbeiter-Bildungsschule

hat am Sonntag in würdiger Form ihr 13. Stiftungsfest gefeiert. Stellers Festsäle in der Stoppentrage sind wohl die größten Räume, die der Arbeiterchaft in Berlin zur Verfügung stehen, und doch genügten sie bei weitem nicht, um die große Schar der Männer und Frauen zu fassen, welche zu geistiger Erquickung herbeigeströmt waren. Das Programm war nicht umfangreich: Männermusik, Konzertgesang und Recitation; aber in dieser weissen Beschränkung brachte es Auserlesenes. Frau Helene Köpcke sang einige Lieder von Wagner und Weber sowie die Arie „Er schlief“ aus „Lohengrin“. Herr Professor Waldemar Meyer spielte allein Violinsoli von Wieniawski, Bizet, Saint-Saens und eigener Komposition, und mit seinen drei Partnern das Streichquartett G-dur von Haydn und das Streichquartett F-dur von Beethoven. Daß diese vorzüglichen Kunstleistungen gute Aufnahme fanden, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Eine besondere Bedeutung erhielt das am Sonntag gefeierte Stiftungsfest aber dadurch, daß einer der bekanntesten Dichter des Proletariats, Karl Henckell, einen Prolog für diese Feier verfaßte und vortrug. Die Schlussstrophen lauten:

Unendlich mannigfaltig, im Grund doch eins
Sind Geistesordnung, Wissenschaft und Kunst,
Der einen Punkt erreicht mit ganzer Seele,
Dem tritt im einen Punkt das Ganze nah.
Und ob im bunten Wandel der Natur
Ihr nachgeht dem bestimmenden Gesetz,
Wodurch sich alles höher zu entfalten
Und passender Emporjungen scheint —
Ob an der Menschheit Helmsführer Ihr,
Die selten nur mit Kron' und Scepter kamen,
Den eignen Sinn zu führen Mut entflammt —
Ob Ihr die regelnde Gestaltung spürt,
Die aus Vergangenheit zur Gegenwart
Gemeinschaftsleben sich im Wechselgang
Von Rückwärts, Vorwärts höhere Formen zeitigt,
Und Ihr als wirkend Glied am rechten Platz
Euch selbstziehend einzufügen trachtet —
Ob Ihr des Menschen Körperbau studiert,
Das Ineinandergreifen der Organe,
Des Lebens Lauf, der Nerven dicht Gewinnst
Und des Gehirnes meldungsfähige Leitung:
In allem Eifer, d'rin sich glühend regt
Erkenntnisdrang, ist Bildungsjaat entsprossen.
Die schwachen Halme sammeln Kraft, zu tragen,
Aus grünem Saatfeld steigt der Wehren Gold.

Arbeiter aller Länder, bildet Euch!
In solchen Zeichen kann der Markt ein Sieg,
Der nicht verderblich ist, verleben werden,
Und neu von unten" schaltet sich, die „oben“
Längst Niße zeigt, die menschliche statur.

Unendlich tiefverzweigt, im Grund doch eins
Sind Geistesammlung, Wissenschaft und Kunst,
Der liebend sie besitzt, kann sich erlösen.
So laßt den Tonen, drin aus Kampf und Not
Stets höher sich die Harmonie erhebt
Und laßt die Seele von des Dichters Liedern
Zum Ring in's Land der Schönheit Euch bestedern!

Dreizehn Jahre sind verfloßen, seitdem eine Massenversammlung bei Zippis am 13. Januar 1891 die Arbeiter-Bildungsschule zu gründen beschloß. In dieser Versammlung sagte Liebknecht als Referent:

Wir haben große Kräfte, die für die Zwecke unserer Partei wirken möchten, zur Verfügung, aber es ist unsre Pflicht, diese Kräfte auszubilden, uns anzuschauen und die Talente zu suchen und heranzuziehen. Die besten und berufensten Agitatoren für die Ziele unserer Partei entstammen doch aus dem Arbeiterstande selbst.

Diese Kräfte nach jeder Richtung hin zu schulen, ihnen die höhere Bildung zu geben, die die Volksschule ihnen vorenthalten hatte, das sollte der Zweck der Arbeiter-Bildungsschule sein. Manche Enttäuschung ist seitdem über die Schule gekommen. Anfangs war in wenigen Monaten die Zahl der Mitglieder auf 5000 gestiegen und über die Hälfte davon nahmen am Unterricht teil. Dann zeigte sich, daß es unmöglich war, mit den beschränkten Geldmitteln, die Arbeitern zur Verfügung stehen, eine „Arbeiter-Universität“ dauernd zu erhalten. Eine Deroute trat ein, es fehlte nicht an inneren Streitigkeiten und Mitte der 90er Jahre stand die Schule vor der Auflösung. Langsam kam die Genugthuung und jetzt wirkt die Schule zwar nicht in dem weiten Rahmen, den sie sich bei der Gründung gesteckt hat, aber sie kann mit einem auf zweimäßige Fächer beschränkten Lehrplan getrossen Mutes in die Zukunft blicken. Daß die Sympathien der Berliner Arbeiterchaft für die Schule sich befestigt haben, hat von neuem das letzte Stiftungsfest gezeigt.

Vor zehn Jahren.

Am 18. Januar 1894 brachte ein Ereignis, dessen Wirkung noch lange nachglühete, die Bevölkerung Berlins in Erregung. Der strenge Winter hatte das Gend riesengroß anwachsen lassen, und um der Densität ein Bild ihres Jammers zu geben und das Gewissen der Behörden zu scharfen, waren einige tausend Arbeitslose am Vormittag zu einer Versammlung in der Brauerei Friedrichshain vereinigt. Es geschah aber etwas ganz anderes als die Arbeitslosen erwarten mochten. Die Versammlung wurde aufgelöst und die Teilnehmer dann bei einem Polizei-Vorgehen zusammengehauen. Uniformierte Schulleute bearbeiteten die Leute mit dem Säbel; eine große Schar dieser Beamten war aber in Lumpen gekleidet und mit Gummischläuchen bewaffnet worden, und in dieser fragwürdigen Gestalt schlugen sie auf die Arbeitslosen ein. Getroffen wurden, wie der Bericht feststellt wurde, durch Gummischläuche auch als Arbeiterverkleidete Polizeizugehörige. Es war ein Anblick zum Götterbarren, als die Hühndelken in der ersten Vorkriegszeit zu Tausenden in unserer Redaktion erschienen, um hier, teilweise blutend, den Vorfall zu melden und Hilfe zu suchen. Durch die Berliner Bevölkerung ging ein Aufschrei der Empörung aus, die Affaire bekannt wurde und fast alle Zeitungen legten am nächsten Tage die Polizei des Amtsmißbrauchs an. Nur ganz wenige Blätter, darunter der damals schon offizöse „Volk-Anzeiger“, wagten die Polizeithätigkeit zu beschönigen und die Arbeitslosen als Rob zu beschimpfen.

Die Polizei verteilte auf ein sensationelles Mittel, um sich zu rechtfertigen. Sie arrangierte einen Konstruktprozess gegen die Berliner Presse, und die Staatsanwaltschaft richtete es so ein, daß der Prozess vor Brausewetter kam. Dieser nach einiger Zeit im Wahnsinn verstorbenen Richter war verächtlich wegen des Fanatismus, mit dem er in Prozeßsachen gegen die Angeklagten wütete, und eine Verurteilung zu harten Strafen war daher auch selbstverständlich. Es erhielten Robert Schmidt vom „Vorwärts“ 3 Monate, Kehler vom „Zelthor-Volkblatt“ 3 Monate, Wifberger von der „Berliner Zeitung“ 3 Monate, Schaub von „Socialdemokrat“ 2 Monate, Garnich von den „Lichtstrahlen“ 2 Monate Gefängnis, Grüttesin vom „Berliner Tageblatt“ 300 M. Geldstrafe, Schütte von der „Kath.-Zeitung“ 150 M. Geldstrafe aufgebremmt.

Es soll ja Beamte geben, die dem Glauben nachhängen, daß eine gerichtliche Verurteilung im Stande sei, eine in der Presse angelegte Verhütung vor den Augen der Densität zu rehabilitieren. In diesem Sinne war also die Reprimandierung der Berliner Polizei mit einem geradezu unheimlichen Uebermaß wieder ins Lot gebracht worden. Der in der Verhandlung seines Amtes vollendete Staatsanwalt —

Venedix hieß der heute längst verfloßene Mann — sagte denn auch im vollen Ernst in seinem Plädoyer:

Zweifellos wird der Segen dieses Prozesses dadurch, daß er Klarheit herbeigeführt hat, ein weittragender sein und wohl auch für die Entwicklung unseres politischen Lebens von weittragender Bedeutung bleiben, weil für jeden, der hören und begreifen will, klargestellt ist, daß das Misstrauensvotum, das die sogenannte Densität dem Polizeipräsidenten dargebracht hat, in Wirklichkeit zu einem Vertrauensvotum des großen, durch die Verhandlung aufgeklärten Publikums geworden ist.

In Wirklichkeit war der Erfolg des Gummischläuch-Prozesses der, daß nicht allein die bekannte Anschauung des Publikums über das Wirken der Polizei durch die Verhandlung befestigt, sondern auch das Ansehen der Justiz selbst auch dort, wo es noch etwas galt, für lange Zeiten erfrischt wurde.

Die Polizei wurde in der Verhandlung durch die Aussage des Oberstaatsanwalts v. Egidij gekennzeichnet, der der Polizei-Attende beigezogen hatte und als Zeuge sagte, daß die feindselige Erregung der deutschen Soldaten in Frankreich nicht so groß gewesen sei, wie die der Schulleute bei diesem Vorfalle, der den überfallenen Arbeitslosen das Zeugnis musterhaften Ordnungsinnes gab, sodas, wie er sagte, auch nicht ein Schatten von Veranlassung zum Einschreiten für die Polizei vorgelegen habe und der weiter sich dahin äußerte, daß jedermann im Vaterlande, der noch für sich die Verzeimung patriotisch, religiös, ehrlieh, gestiftet, gut, ordnungsliebend oder auch nur feinsüßig in Anspruch nehme, von einem unfähigen Schmerz erfüllt sein würde, wenn er Zeuge dieser 15 Minuten im Friedrichshain gewesen wäre.

Was aber die Bewertung der Brausewetter-That angeht, so gab es damals sogar preussische Richter, die mit geziemender Deutlichkeit das fanatische Gebaren ihres Kollegen beurteilten. Der Landgerichtsrat Köpcke fällt 14 Tage nach dem Gummischläuch-Prozess gegen den Anarchisten Pawlowitsch in derselben Sache ein eklatant mildes Urteil und fragte in der Verhandlung mit einem deutlichen Hinweis auf die Brausewetterische Bewertung der Affaire, ob denn bei der Gummischläuch-Praxis nicht die Gefahr vorliege, daß ein Skandal, der vermieden werden soll, sich vermehre. Der Reichsgerichtsrat V. a. r. aber griff wegen eines mit der Gummischläuch-Affaire zusammenhängenden Falles in einem in der „National-Zeitung“ veröffentlichten Artikel die Brausewettererei so scharf an, daß später der verantwortliche Redakteur des erwähnten Blattes neben unserm Kollegen Köpcke, der den Artikel im „Vorwärts“ abgedruckt hatte, zu 600 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Was nun die weiteren Folgen der Gummischläuch-Affaire angeht, so schien es als ob einige Polizeibeamte aus ihr einen Ansporn herleiteten, weiter nach den Prinzipien zu wirtschaften, die bei der That am Friedrichshain maßgebend waren. In mehreren Polizeihandlungs-Prozessen freilich konnte der Angeklagte als Beweismittel nur anführen: „Wäre Bergamont mein Nicken und Tinte jeder Schlag, so könnte ich beweisen, was jetzt ich nicht vermag.“ Erst nach einem Ereignis, über dessen Folgen einige Polizeibeamte sich vorher gewiß nicht klar waren, trat allmählich Wandel zum Bessern ein. Unser Parteigenosse Stadthagen hatte sich im Oktober 1898 wegen Verleumdung des Berliner Polizeipräsidenten zu verantworten; der Prozess war eingeleitet worden, weil Stadthagen die Unwahrheit vermeldet hatte, daß auf Berliner Polizeiwagen geprügelt werde. Stadthagen brachte für diese Behauptung eine solche Ueberfülle erdäuernder Beweise herbei, daß die Prügelpraxis für alle Zeiten gerichtet war und man oben sich sagen mußte, daß es so nicht weiter gehe. Gewiß sind auch noch später Schutzmansausbreitungen schlimmer Art ans Licht gekommen, aber es ist nicht zu verkennen, daß sich die Dinge seit den Tagen der Gummischläuch-Affaire wohl doch geändert haben.

Eine Erscheinung im öffentlichen Leben ist jedoch stabil geblieben, nämlich die Bewertung der unabhängigen Presse am Gerichtstisch. Erst die letzte Zeit hat Beispiele dafür erbracht, nach welchen Regimen die Justiz in politischen Prozessen glaubt urteilen zu müssen; ja, es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß das Geschlecht der Köpcke, Schmidt, Demo und Waer nur noch in der Erinnerung fortlebt. Das gilt nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland. Die Socialdemokratie ist in den letzten zehn Jahren von knapp anderthalb auf drei Millionen Wähler angewachsen.

Ordensfest.

Ruhnen trachten am Sonntag auf den öffentlichen Gebäuden und Häusern der Hoflieferanten. Die Reichsfarben schienen an diesem Tage verpönt zu sein. Nur preussische Adler auf schwarz-weißem Tuch flatterten im Winde. Die Straßenpassanten, in deren Halbeser böhsche Feste nicht verzeihet sind, fragten verwundert: „Was ist denn heute los?“ — Auf dem Schloßplatz und Unter den Linden sah man, was los war. Pomphast aufgeputzte Staatskarossen rollten dahin; die Kutsher auf den Böden und die Diener auf den Treppentritten waren in altertümliche, grellfarbene, von Gold und Silber strotzende Gewänder gekleidet, auf ihren Köpfen prangten gepuderte Perrücken, über denen dreieckige Hüte throneten. Die „gute“ alte Hofzeit, die ja in den maßgebenden Regionen des preussischen Staates immer noch fortlebt, trat an diesem Tage auch äußerlich in die Erscheinung. Sie hatte ihr Festgewand angelegt, denn man feierte im Königsschloß ein dem Geiste jener Zeit entsprechendes Fest: Das preussische Ordensfest. Unter den Linden gab es, wie immer bei solchen Gelegenheiten, ein Heer von Offizieren. Eine Menge Polizeibeamte waren in Tätigkeit, die Mannschaft der Hauptwache hatte fast ohne Unterbrechung mit präsentem Gewehr und Trommelklang die vorüberrollenden Equipagen zu ehren. Aufgeputzte Staatskarossen und einfachere herrschaftliche Kutschen fuhrten in das Portal des Schlosses. — Da rollt in bedächtigen Tempo — eine auffallende Erscheinung in all dem festlichen Glanz — eine ganz alltägliche Taxameterdroische heran. Sie nimmt ihren Kurs gerade auf das Schloßthor zu. — Handbewegungen der Schulleute, welche befragen sollen: Gehst du hierher? — Selbstbewußtes Kopfnicken des Hofkellers als Antwort. — Energetischer Wink des Schutzmans: Die Droische fährt nicht ins Portal, sondern hält an der Vordschwelle. Ein ganz gewöhnlicher Eblisli, mit schwarzem Rod und Angströfje besetzt, steigt aus. Die Schulleute und Militärposten haben bisher nur glänzende Uniformen passierten, sie betrachteten den Mann im bürgerlichen Rod mit misstrauischen Blicken, und erst nach Vorzeigung eines Legitimationspapiers öffnet auch ihm sich der Weg ins Schloß. Es ist einer aus der untersten Schicht der Ordensbesetzten. Ein kleiner Beamter, dem als Anerkennung für treue Pflichterfüllung und gute Befinnung das allgemeine Ehrenzeichen winkt, der aber schon am Schloßportal recht deutlich daran erinnert wird, daß zwischen ihm und den höher gestellten Festteilnehmern eine breite Kluft gähnt, die durch Pflichttreue und gute Befinnung nicht überbrückt wird.

Der unerwartete Schneefall führte gestern vormittag zu vielen Störungen im Straßenverkehr. Da am Morgen die Straßen trocken waren und niemand an einen Schneefall dachte, so wurden alle Kollwagen so schwer beladen, wie es für einen ungehinderten Verkehr üblich ist. Dieser Last waren aber in dem Schnee die Pferde nicht gewachsen und bis Voripann geholt war, blieb mancher Wagen liegen und sperrte oft auch andern Fahrzeugen die Bahn. Beim Wiederaufrichten gestürzter Pferde leistete oft die Feuerwehrlhilfe. Auch die Omnibusspedee hatten einen schweren Tag.

Die Maßnahmen zur Lösung der sozialen Frage mehrten sich. Zwar ist Herr August Scherl mit seiner Sparkassette abgegangen, aber schon kommt jemand anders, der zwar auf kleinerem, aber wenn der Augenchein nicht täuscht, etwas soliderer Grundlage die Welt reformieren will. Von der Wäschelieferungs-Gesellschaft in d. S. O. Friedrichstraße 85, erhalten wir eine Zuschrift, in der es heißt:

Die unterzeichnete Wäschelieferungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung unternimmt es, wie schon aus ihrem Namen hervorgeht, an jedem Mann, gleichviel welchen Standes, vollkommen kostenlos

Wäsche, d. h. Handen, Kragen, Manschetten etc. zu liefern unter der einzigen Bedingung, daß diese Wäsche zu den in Berlin üblichen Preisen in der mit allen modernen Einrichtungen ausgestatteten Wäscherei der Gesellschaft gewaschen wird. Es ist selbstverständlich, daß die gelieferte Wäsche zur ausschließlichen Benutzung des Bestellen den Kunden geliefert und zu diesem Zwecke mit einer Marke versehen ist. Da es schon in unserem Interesse liegt, daß die gelieferte Wäsche dauerhaft sei, so ist es selbstverständlich, daß wir nur allerbeste Qualitäten liefern.

Der Plan ist original. Allerdings wird der Leser die Frage aufwerfen, wie die Gesellschaft sich sichern will. Hier kommt der metallische Belegband. Der Abnehmer hat eine Kautions zu hinterlegen, deren Betrag ungefähr die Hälfte des Wertes der gelieferten Wäsche ausmacht; diesen Betrag erhält er nach Ablauf der zweijährigen Vertragsdauer zurück, ebenso bleibt ihm dann die gelieferte Wäsche als Eigentum überlassen. Die Wäschepreise entsprechen ungefähr den in besseren Wäschhandlungen üblichen. Ob der auf den ersten Blick frapierende Gedanke, der diesem Unternehmen zu Grunde liegt, sich im großen realisieren läßt, das muß der Zukunft überlassen bleiben. Vielleicht findet er in mannigfachen Variationen Nachahmung. Wie wäre es, wenn der Bevölkerung nach den Grundrissen der G. m. b. H. auch das berühmte Hahn im Topfe kostenlos geliefert würde?

Protokollverfassungen der Handelsangestellten. Der Bundesratliche Entwurf über die Kaufmannsgerichte, von dessen Gesetzgebung die Handelsangestellten mit voller Veranlassung schwere Gefahren für die langjährige berufliche Rechtspflege befürchten, hat eine starke Protestbewegung in den beteiligten Kreisen hervorgerufen. Zu heute Dienstagabend 9 Uhr hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands eine öffentliche Versammlung nach den Brunnenfalten, Brunnenstr. 15, abgehalten, die zu der Vorlage Stellung nehmen wird. Das Referat hat Herr Richard Döring vom Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbande übernommen. Es sind auch die verschiedenen Fraktionen des Reichstages eingeladen worden.

Zu dem gleichen Zweck haben der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband, der Verein der Deutschen Kaufleute, der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte, die Allgemeine Vereinigung Deutscher Ausbildungs-Gehilfen, der Verein junger Droguisten und der Gesellen-katholischer Kaufleute „Concordia“ gemeinsam eine öffentliche Handlungsgehilfen-Versammlung für Mittwoch, den 20. Januar, abends 9 Uhr, nach Vuggenhausen-Club, Eichenstr. 10, abgehalten, großer Saal, einzutreten. Das Referat hat Herr Richard Döring vom Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbande übernommen. Es sind auch die verschiedenen Fraktionen des Reichstages eingeladen worden.

Die Empörung über diesen Geleitentwurf hat den Verband für weibliche Angestellte mit kaufmännischen Vereinen zusammengebracht, die entweder grundsätzlich die Frauenarbeit im Handelsgewerbe bekämpfen oder doch stets gegen das aktive und passive Wahlrecht der weiblichen Angestellten zu den Kaufmannsgerichten eingetreten sind.

Polizeilicher Frauenfunk. Das Polizeipräsidium giebt bekannt: Im September 1903 wurde zunächst versuchsweise ein Straßendienst von nichtuniformierten Polizeibeamten zum Schutze der Frauen und Mädchen gegen Verlastigungen eingerichtet. Die gewonnenen Erfahrungen haben bestätigt, daß ein Bedürfnis nach Maßnahmen dieser Art im Straßleben Berlins besteht, und daß der eingeschlagene Weg geeignete Abhilfe schafft. Zum Jahresbeginn hat bei dem Polizeipräsidium die erforderliche Beamtenvermehrung stattgefunden, welche die Durchführung eines ständigen Dienstes ermöglicht. Schutzmänner in Zivilkleidung überwachen nicht nur die Hauptverkehrsstraßen der inneren Stadt, sondern auch die entlegeneren Stadtteile, um insbesondere auch den Frauen und Mädchen des Arbeiterstandes auf ihren Wegen den wünschenswertesten Schutz zu verleihen. Die Tätigkeit der Beamten soll hauptsächlich eine beobachtende und vorbeugende sein. Sie werden Damen, deren Frauenehre angegriffen wird, schützend zur Seite treten, indem sie sich als Kriminalhauptleute zu erkennen geben und, soweit erforderlich, die Feststellung der Personen bewirken, denen Ausschreitungen, insbesondere Verleumdungen, grober Anstöß oder dergleichen zur Last fallen. Die Einführung des besonderen Patronatendienstes läßt selbstverständlich die bestehende Dienstverteilung unberührt, welche die sämtlichen uniformierten und nichtuniformierten Beamten verpflichtet, belästigten Frauen oder Mädchen jeden gewünschten Schutz angedeihen zu lassen. Es steht zu hoffen, daß die getroffenen Maßnahmen genügen werden, unliebame Auswüchse des Straßens, welche sich gegen alleingehende Damen richten, mehr und mehr zu verhindern, vorkommenden Falles aber die Verlastiger der verdienten Bestrafung zu überweisen. Zur Förderung dieses Zweckes können auch die betroffenen Damen in wünschenswerter Weise beitragen, wenn sie die Beamten, die zu einem täuschungslosen und unauffälligen Vorgehen angehalten sind durch Mitteilung des Sachverhaltes und Stellung von Strafanträgen unterstützen.

Die Maßnahmen der Polizei zum Schutze alleingehender ausführender Frauen wird man nur billigen können. Sie sind um so beachtenswerter als die Zeit noch nicht sehr weit zurückliegt, wo Mittelungen unter dem Stichwort „Was einer anständigen Frau passieren kann“ ständig in der Tagespresse wiederkehrten.

Heber ein Schwinderpaar wird uns mitgeteilt: Am vorigen Sonnabend erschien ein Krüppelpaar unter dem Namen Wilson und Frau auf dem vom Auerverein „Freiheit“ im Klubhause in der Kommandantenstraße veranstalteten Vergnügen und produzierte sich als „Suggestionen- und Münzbeswörer“. Nach Schluß ihrer Vorstellung gestatteten sie sich eine Teilerkennung vorzunehmen, deren Ergebnis durch geistige werden sollte, indem sie das Anerkennen machten, den vollen Betrag des Grummisgänger Bedern zu bekommen zu lassen. Als jedoch die fremdsprachlichen Bedern die Prüfung des Ergebnisses der Sammlung vornehmen wollten, war das „selbstlose“ Krüppelpaar mit dem Teilerkennung verschwunden. Sollten diese Münzbeswörer bei Arbeiterfestlichkeiten wieder eine ähnliche Gastrolle spielen, so wird denselben gewiß die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Falschmünzer. Seit fünf Monaten liefern im Berliner Geschäftsverkehr falsche Fünfmark- und Zweimarkstücke. Nach langen vergeblichen Untersuchungen wurde in dem Maler Emil Mauritz, der im Osten der Stadt im Keller eines Hofgebäudes seine Wohnung und eine kleine Werkstatt hatte, der richtige Mann gefast. Zwar ließ sich auch ihm zunächst das Verbrechen nicht nachweisen, bei der Vernehmung aber war er so besorgt, daß der Verdacht gegen ihn sich noch steigerte. Mauritz wurde wieder auf freien Fuß gesetzt, aber bei Tag und Nacht beobachtet. Im den Verdacht abzulenkten, arbeitete er öfter in seinem Besess. Anfallend war sein roter Versteck mit einem Manne, den man zunächst nicht kannte. Was es mit diesem Versteck für eine Bewandnis hatte, ließ sich aber lange nicht aufklären. Ebenso wenig gelang es, zu erfahren, was Mauritz in seiner Werkstatt trieb. Erst als ein Kriminalbeamter als Maler seine Bekanntschaft machte, kam die Aufklärung. Der zweite Mann, der einen falschen Namen führte und in einem Vorort wohnte, wurde erkannt als ein ehemaliger Arbeiter Wilhelm Krüppel, ein alter Falschmünzer, der vor längerer Zeit die Strafanstalt wieder verlassen hatte. Mehrere Beamte seien nun in die Werkstatt ein und ertappten den alten Falschmünzer mit seinem Gehilfen, den er „angeleitet“ hatte, bei der Arbeit. Beide wurden festgenommen und in Untersuchungshaft gesetzt. In der Werkstatt beschlagnahmte die Kriminalpolizei alles, was zur Herstellung falscher Münzen dient, und auch einen Sad voll Falschstücke.

Engländerische Liebe hat den 18 Jahre alten Russen Ernst Fabian in den Tod getrieben. Der junge Mann kam vor einigen Monaten von seiner Heimat Mühlenthor hierher und fand Stellung bei einem Kollereibesitzer in der Müllerstraße. Nach acht Tagen verliebte er sich auf dem Tanzboden in eine Mäherin, die fünf Jahre älter ist als er. Weil er noch so jung war, gab er sie jedoch überall für seine Schwester aus. Sonnabendmorgen war er sehr betrübt und beichtete einem Arbeitsgenossen, daß das Mädchen nicht seine Schwester, sondern seine Frau sei. Den Abend vorher habe er mit ihr neuen Berges gehabt, den er nicht überleben könne. Mehr sagte er nicht. Abends vermisste man den jungen Russen, suchte nach ihm und fand ihn auf dem Heuboden als Leiche an einem Balken hängen.

Auf dem Heimwege vom Tode überrascht wurde am Sonnabendabend um 7 Uhr der 62jährige Cigarrenmacher Karl Eger aus Französisch-Buchholz. Eger hatte in Berlin zu ihm geholt und wollte um 7 Uhr vom Bahnhof Gesundbrunnen heimfahren. Auf der Treppe zum Bahnhofsgeleise fiel er plötzlich um und war tot. Wahrscheinlich hat ihn der Schlag gerührt.

Bei einem Automobil-Unfall schwere Brandwunden erlitten hat der Hausdiener Weder, welcher bei einer Kaufmann in der Alten Schönhauserstr. 30 angestellt ist. V. wollte auf dem Hofe des genannten Grundstücks aus dem Kessel eines Automobils die Benzinfüllung ablassen und gendete ein Streichholz an, um damit nach der Schraube des Kessels zu leuchten. Aus unbelannten Ursachen — V. befreit entschieden, dem Benzinhälter zu nahe gekommen zu sein — entzündete sich der auslaufende explosive Stoff, eine gewaltige Stichflamme ergriff den V., dessen Kleidung im nächsten Augenblick in hellen Flammen stand. Einige auf dem Hofe beschäftigte Arbeiter eilten sofort zu Hilfe, und es gelang ihnen auch, die Flammen durch Ueberwerfen von Decken zu ersticken. Trotzdem hatte V. bereits schwere Brandwunden an der rechten Hand erlitten.

Kann man da seine Sinne beisammen haben? Uns wird geschrieben: Dieser Tage hatte ein in Ostrowo dienender Soldat hier vor Gericht in Reaktiv als Zeuge zu erscheinen. Die Verhandlung begann vormittags 9 Uhr. Um 5 Uhr morgens war der Mann aber erst auf dem Schlesischen Bahnhof angekommen, er hatte während der nächtlichen Fahrt natürlich nicht auf Rücksicht denken können und vier Stunden später sollte er schon einen schwerwiegenden Eid leisten. So kam es denn, daß der Zeuge allem Anschein nach wirklich nicht ganz bei der Sache war, so daß der Staatsanwalt ihn fragte, ob er auch wisse, was er beschwöre, und welche Schule er besucht habe. Hatte der Urlaub des Soldaten sich bei dieser Sachlage nicht so einrichten lassen, daß der Mann seiner Nachtruhe teilhaftig wurde und er dann mit frischen Geisteskräften der doch wahrlich nicht geringfügigen Zeugenpflicht zu genügen im stande gewesen wäre?

Die Deutsch-Internationale Transport-Gesellschaft, Köpnickstr. 21, ersucht uns, folgendes bekannt zu geben: Am 15. ds. abends zwischen 6—7 Uhr ist einem unserer Kautiger auf dem Hamburg-Wehler Silberbahnhof während des Abfahrens seiner Führer ein Reiseloch, Eigentum des Herrn Dr. Hellmann hier, abhanden gekommen. In dem Korb befanden sich: ein neuer Frackanzug, bezogen von der Firma Nobel, Köpnickstrasse, eine Stunduhr, zwei Bilder und diverse wissenschaftliche Bücher, letztere sind mit dem Namen des Herrn Dr. Hellmann beschriftet. Die Firma sichert dem Ueberbringer der Wertgegenstände eine Belohnung zu.

Zwei vollständige Vortragsabende fanden am Sonntag im Gewerkschaftshaus statt. Die Hörschaft von Maria Holgers, den Mitgliedern der Neuen freien Volkshöhe seit langem rühmlich bekanntem Schauspieler und Meccatorin, hatte sich im Saal 1 des Gewerkschaftshauses zahlreich eingefunden. Der Hauptteil des Programms umfachte Dichtungen von Ada Regri und Ernst Preegang. Traurige-Erregendes mit sozialen Anlässen, gemütvoll sinnende Naturbetrachtung und hier und da Kampfes-liche. Nichts Heiteres, Erheitendes. Und erst, wie der Vortragsoffizier, so die Künstlerin. Ein tiefes Empfinden und Mitempfinden scheint ihr zu eigen. Jede Stimmung holt sie heraus. Ganz gleich, ob stilles Sehnen, gemütvoll Traumen oder die Ergriffenheit starrer Trauer in Liebe lebt: sie erlebt es mit und mit ihr die Hörer. Und auch für den, der sich kraftbewußt reakt und vorwärts strebt zu besserem Sein, findet die Künstlerin den richtigen Ausdruck. Wohlthuend berührt auch die reine, klare Aussprache. Fräulein Holgers, die zum Schluß noch einige Goethesche Gedichte brachte, erntete vielen Beifall. Wirklich unterstützt wurde sie durch den Violinisten Jean Ul und den Pianisten Stinide, welche einige Sachen von Bizet, Grieg und Sinding spielten. Ueberflüssig seien und die Erklärung der Vortragenden, daß sie die Gedichte von Ada Regri und Preegang nur als Künstlerin vortrage, die sich, wie jeder Künstler, nur an das menschliche Gefühl wenden.

Im großen Saal hatte der Holzarbeiter-Verband einen solchen Abend veranstaltet. Hier brachten Gertraud Arnold vom Schiller-Theater und Max Alberty eine reiche Anzahl sozialer Dichtungen von Heine, Wendell, Glasbrenner u. a. recht wirkungsvoll zu Gehör. Der Besuch des Abends war infolge einer Anzahl ähnlicher Veranstaltungen etwas beeinträchtigt.

Im Hofsaal der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Charlottenburg, Französischstr. 11/12 (in unmittelbarer Nähe der Station „Anie“ der Untergrundbahn), beginnt am Dienstag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Professor Dr. Th. Sommerfeld eine auf vier Vorträge berechnete Vortragsreihe über gewerbliche Gesundheitspflege. Der Zutritt zu den Vorträgen steht jedermann frei und ist unentgeltlich.

Irania, Professor Dr. v. Drngalski hat sich bereit erklärt, da so überaus viele Besucher Plätze zu seinem ersten Vortrag nicht mehr erhalten konnten, seinen Vortrag „Die Südpolar-Expedition der Gorch“ am Montag, den 23. d. M., abends 8 Uhr, im großen Saale der Irania, Laubstr. 48/49, noch einmal zu wiederholen. Biletts zu diesem Vortrag sind bereits von heute ab an der Kasse der Irania erhältlich.

Aus den Nachbarorten.

In Charlottenburg wird die Hundsteuer nicht erhöht. Der Magistrat von Charlottenburg beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Erhöhung der Hundsteuer auf 40 M. Wie verlautet, war unter den Magistratsmitgliedern sehr wenig Stimmung für eine derartige Vermehrung der Steuererhöhungen vorhanden. Nach längerer Debatte wurde mit großer Majorität beschlossen, das Projekt abzulehnen, umso mehr, als keine Aussicht vorhanden ist, die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung für eine solche Vorlage zu erhalten.

Schwere Brandwunden erlitten hat am Freitagabend die neunjährige Tochter des Gastwirts Helling in Köpenick, Schönhauserstraße 8. In diesem Abend wollte das Kind die Fenster der im ersten Stock befindlichen Wohnung schließen. Beim Anbrennen einer Lampe muß wohl von dem brennenden Streichholz ein Funke an die Kleider der Kleinen gekommen sein, sie fing Feuer und im Nu schlugen helle Flammen empor. Durch das Geschrei aufmerksam gemacht, eilten Hausbewohner herbei und erstickten das Feuer. Das Kind, an Händen, Brust und im Gesicht schwer verletzt, wurde mittels Krankenwagens nach dem Kreis-Krankenhaus in Trieb gebracht. Dort liegt es hoffnungslos darnieder.

Gerichts-Zeitung.

§ 175. Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I fand am Sonnabend eine bis zum späten Abend währende Verhandlung gegen den Grafen Tschikewitz und seinen Complicen, den Schlächtergehilfen Hermann Knorre statt. Beide waren beschuldigt, sich gegen den § 175 des Strafgesetzbuches vergangen und im Zusammenhang damit schwere Erpressungen verübt zu haben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und führte hinein in die tiefsten Tiefen moralischer Verkommenheit und die Gefahren, die die Juridit vor dem § 175 des Strafgesetzbuches für sexuell veranlagte Naturen herbeiführt und sie als die geeigneten Opfer gemeiner Erpresser erscheinen läßt. Aus der Urteilsverfälligung sei hervorgehoben, daß ein der Opfer dieser gemeingefährlichen Entfesselung, der 68jährige homosexuelle Komul K. v. S. G. n. l. Bruder des Wiesbadener Polizeipräsidenten und des Obersten v. S. G. n. l. sich im vorigen, nachdem er, wie sich der Vorbericht ausdrückt, „bis aufs Blut gepöbeln“ war, in Buenos Ayres seinem Leben gewaltsam ein Ende bereitet hat. Graf Tschikewitz wurde wegen Erpressung zu ein Jahr neun Monaten, wegen Vergehens gegen § 175 zu sechs Monaten, insgesamt zu zwei Jahren Gefängnis, Knorre wegen Er-

pressung zu einem Jahr drei Monaten, wegen Vergehens gegen § 175 zu vier Monaten, insgesamt zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vom händischen Obdach. Die Flucht von vier weiblichen Insassen des städtischen Obdachs in der Frobelsstraße beschuldigte gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I. Die Hausdiener Ferdinand Hartwig und Eduard Schmidt hatten sich wegen Gefangenenerkennung zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagten, welche in der genannten Anstalt als Hausdiener angestellt waren, sich in der pflichtwidrigen Weise gegen die Hausordnung vergangen hatten. Im städtischen Obdach befindet sich eine von den übrigen männlichen getrennte Station, welche zur Aufnahme derjenigen geschlechtskranken Frauenzimmer dient, welche von der Polizei aufgegriffen worden sind. Diese Personen sind im Gegenatz zu den sogenannten „freien Kranken“ als Gefangene zu betrachten und werden bis zu ihrer Genesung hinter Schloß und Riegel gehalten. In der Nacht zum 1. Juli vorigen Jahres wandelte die beiden Angeklagten die Luft an, den Insassen dieser Station einen Besuch abzustatten. In der Thür zu dem gemeinsamen Schlafsaal, in welchem sich sieben Frauenzimmer befanden, befand sich ein Guckloch, durch welches die Angeklagten zunächst das Innere beobachteten. Dann machten sie sich bemerkbar und reichten den Frauenzimmern, die aus den Betten aufgestanden waren, Cigaretten zu. Dann holten die Angeklagten einen Kasten voll Kaffeebohnen, Hartwig öffnete die Thür mittels eines Dietrichs oder eines falschen Schlüssels, und nun wurde in dem Schlafsaale eine förmliche Orgie abgehalten. Endlich ängerten einige der Mädchen den Wunsch, daß sie gern zur Anstalt hinaus möchten, und die schon stark angetrunkenen Angeklagten erklärten sich bereit, ihnen dabei zu helfen. Die Mädchen erreichten ohne Schwierigkeit den Hof, der von einer Mauer umgeben war. Ueber diese gelangten sie mit Hilfe der beiden Hausdiener. Es waren vier Personen, welche von der Fluchtgelegenheit Gebrauch machten. Natürlich wurden die Angeklagten am folgenden Tage entlassen.

Im Termin legten sie ein Geständnis ab und führten nur Angetrunkenheit als Milderungsgrund an. Sie wollten auch nicht geübt haben, daß die weiblichen Insassen als Gefangene zu betrachten seien. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß die Angeklagten eine sehr hohe Strafe zu gewärtigen hätten, wenn sie Beamteneigenschaft beibehalten, aber immerhin sei ihre Handlungsweise eine so pflichtvergeßene und verdammenswerde, daß er gegen sie eine Gefängnisstrafe von je drei Monaten beantrage. Der Gerichtshof verurteilte Hartwig zu zwei Monaten, Schmidt zu einem Monat Gefängnis.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. H. B. Hamburg). Illalen Berlin 9 und 10. Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 19. Januar 1904, abends 8 Uhr, in den Arminiusgallen, Bremerstr. 72/73.

Vermischtes.

Bei der Gefährdung eines Eisenbahnzuges ist nach amtlicher Nachricht aus Essen am Sonnabend ein Mann getötet worden. Die Meldung lautet: Sonnabendmorgen gegen 7 Uhr ersetzte die Lokomotive des Personenzuges 633 auf der Strecke Saarn-Steinwig bei Nummerstein 8,5 und 7 einen dem Arbeiterstande angehörigen Mann Namens Johann Wolterhof bei dem Verzuge, den Personenzug durch Auslegen von Steinen auf das Geleis zur Entgleisung zu bringen. Wolterhof wurde sofort getötet. Das Geleis war auf eine Länge von ungefähr 80 Meter mit Steinen bedeckt. Der Zug hat keinen Schaden erlitten.

Der streitende Schnellzug. Eine kleine, nicht uninteressante Episode, durch welche Gericht, Staatsanwalt etc. einmal den Bureaualtrismus in ihrem lieben Vaterlande gründlich kennen lernten, spielte sich gelegentlich des Bilderer-Prozesses Schöllbach in Gräfenhainchen ab. Das Schwurgericht hatte von Halle aus mit der Bahn in dem Jähresheften Gemeindehalle, wo der Amtsvorsteher Weidmann erschossen wurde, eine Lokalspektion unternommen. Die beteiligten Gerichtsherren wollten 4 Uhr nachmittags, als sie von dem Walde zurückkehrten, mit dem Schnellzuge, der sonst in Gräfenhainchen nicht anhält, nach Halle zurückfahren. Die zuständige Bahnbehörde war telegraphisch ersucht worden, für die Station Gräfenhainchen einen Wagon zweiter Klasse bereit zu halten. Als der Schnellzug in Gräfenhainchen eintraf, gab der Stationsvorsteher das Haltesignal und der Zug blieb auch stehen. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen, und der Zugführer ließ sich darauf nicht ein, die betreffenden Gerichtsherren mitzunehmen, da dort keine Haltestelle vorgesehen sei. Er dampfte ab, dabei vielleicht denkend, den Schnellzug in seinem Lauf, hält auch das Schwurgericht nicht auf, und ließ später zwei Herren, die aus Unkenntnis eingestiegen sein sollen, sitzen. Alle übrigen Herren konnten infolgedessen erst mit dem Zuge, der abends 8 Uhr in Halle a. S. eintrifft, abfahren.

Ueber einen Hausbrand wird aus Järid gemeldet: In der Straße zwischen Unter- und Ober-Weiditz stürzte Sonnabendmorgen infolge einer Gasexplosion ein Haus ein. Drei Bewohner des Hauses wurden getötet, einer verletzt. Eine aus vier Personen bestehende Familie fiel aus der Giebelwohnung in ihren Betten herunter, ohne Schaden zu nehmen.

Aus Bilbao wird gemeldet: Im hiesigen Deutschen Klub brach Sonnabendabend bei einer Festlichkeit ein Gardinenbrand aus, durch den eine große Verwirrung in der Gesellschaft angerichtet wurde. Die städtische Feuerwehr löschte das Feuer; dabei erlitt ein Feuerwehrmann Verletzungen.

Wasserkatastrophe. Aus Ploemfontein wird vom 18. Januar gemeldet: Der niedriggelegene Teil der Stadt ist gestern infolge Verens der Wasserleitung überflutet worden. Drei Hotels und viele Häuser sind zerstört. Die Anzahl der Toten ist noch unbekannt, Hunderte von Personen sind obdachlos.

Marktpreise von Berlin am 16. Januar 1904
nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

Ware	16. Jan.	15. Jan.	14. Jan.	13. Jan.
Weggen, gut	16,35	16,30	16,30	16,30
mittel	16,25	16,20	16,20	16,20
gering	16,15	16,10	16,10	16,10
Hoggen, gut	12,85	—	—	—
mittel	—	—	—	—
gering	—	—	—	—
Gerste, gut	14,00	12,90	—	—
mittel	12,80	11,90	—	—
gering	11,70	10,70	—	—
Hafers, gut	15,50	14,50	—	—
mittel	14,50	13,60	—	—
gering	13,50	12,60	—	—
Rübsstroh	3,82	3,50	—	—
Heu	7,00	4,80	—	—
Erbsen	40,00	28,00	—	—
Speisebohnen	50,00	28,00	—	—
Winsen	60,00	20,00	—	—
ab Bahn				
† frei Wagen und ab Bahn				

Witterungsübersicht vom 18. Januar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (mm)	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temp. in C.	Stationen	Barometer (mm)	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temp. in C.	
Stettin	761	SW	4	3,0	Wien	762	SW	bedeckt	-16	
Berlin	762	SW	4	3,0	Petersburg	762	SW	1-3	-1	
Hamburg	763	SW	4	3,0	Genève	773	SW	1	3	
Frankfurt	770	SW	1	bedeckt	London	—	—	—	—	
München	765	SW	2	bedeckt	Paris	772	SW	2	bedeckt	-3
Wien	768	SW	2	bedeckt						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 19. Januar 1904.
Veränderung mäßig mit Niederschlägen und ziemlich trübem wolkigen Himmel; Temperatur wenig verändert.

